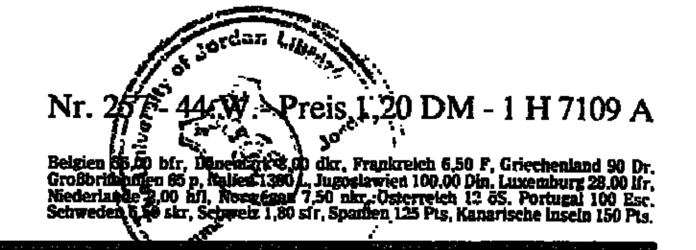
Donnerstag, 3. November 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Nr. 257 - 44 W - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 35,00 bfr, Dänemark 6,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Weg frei für MX: Die im US-Kongreß heftig umstrittene Produktion der ersten 21 MX-Langstreckenraketen ist praktisch gesichert. Mit 217 zu 208 Stimmen lehnte das Repräsentantenhaus einen Antrag ab, das Projekt doch noch zu Fall zu bringen. Im Haushalt '84 sollen 2,2 Milliarden Dollar zur Aufnahme der Produktion bereitgestellt werden.

Massenausweisung: Der britische Generalgouverneur von Grenada hat die Diplomaten Kubas, der UdSSR, Nordkoreas, der „DDR", Bulgariens und Libyens ausgewiesen. Havana verlangt von seinen Diplomaten, so lange auf der Insel zu bleiben, bis alle Kubaner freigelassen worden seien.

Vertrag in Sicht: Ein Abkommen mit der „DDR" über die von Bonn gezahlte Postpauschale kann nach Angaben von Minister Schwarz-Schilling schon in den nächsten Wochen erzielt werden.

Weniger Aussiedler: Insgesamt 3557 deutsche Aussiedler aus Polen, Rumänien und der UdSSR trafen im Oktober in der Bundesrepublik ein, verglichen mit 3652 im Oktober 1982.

Wahlen in Japan? Ministerpräsident Nakasone soll für Dezember Neuwahlen beschlossen haben. Damit hoffe er, die Kontroverse um den früheren Regierungschef Tanaka zu lösen, der sich seit seiner Verurteilung im Lockheed-Skandal weigert, das Parlamentsmandat abzugeben.

Letztes Angebot? CSU-Chef Strauß sieht Tendenzen in der Bundesregierung, auf ein mögliches letztes Angebot der Sowjetunion zur Verhinderung der westlichen Nachrüstung einzugehen. Es sei denkbar, daß die Sowjets noch eine umfangreiche Reduzierung ihres SS-20-Arsenals anbieten würden. In Bonn gebe es „hinter den Kulissen erkennbare Tendenzen", eine solche Offerte als so bedeutend zu betrachten, daß man darüber „nicht zur Tagesordnung übergehen" könnte.

Warnung an Libanon: Die USA würden eine einseitige Aufkündigung des israelisch-libanesischen Vertrags durch Beirut nicht akzeptieren, erklärte Unterstaatssekretär Eagleburger. Auch Israel hat Libanon mit Sanktionen gedroht. Syrien fordert in Genf die Annullierung als Bedingung für erfolgreiche Friedensbemühungen.

Nachrüstung: Den Fahrplan für die Aufstellung neuer Atomwaffen in Westeuropa hat NATO-Generalsekretär Luns genannt. Falls es zu keiner Einigung in Genf kommt, soll die Nachrüstung in der Bundesrepublik nach dem 22. November, in Großbritannien im Dezember und in Italien im Januar anlaufen.

Heute: Bundeskanzler Kohl besucht Indonesien. – Außenminister Genscher setzt Gespräche in Finnland fort. – Bundesregierung und Landesregierung des Saarlands beraten über Zukunft von Arbed Saarstahl.

ZITAT DES TAGES



„Die nächste sowjetische Panzerdivision steht vier Stunden von meinem Schreibtisch entfernt"

Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz in Tokio

FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Hilfe für SMH: Das Hamburger Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH-Bank) ist durch Aktivitäten im Nicht-Bankenbereich in Schwierigkeiten geraten. Durch eine gemeinsame Aktion namhafter Kreditinstitute wurde sichergestellt, daß das Bankengeschäft fortgeführt werden kann. (S. 1)

Industrie zurückhaltend: Die Stimmung der Unternehmen in der Bundesrepublik hat sich im Laufe des Jahres verbessert; gleichwohl sind Hoffnungen auf eine rasche und starke Trendwende bei vielen bisher nicht in Erfüllung gegangen, ergab eine DIHT-Studie. (S. 1 und 11)

Zoll auf Stahl: Einen vorläufigen Antidumpingzoll auf spanischen Betonstahl von 12,5 Prozent oder 91 DM je Tonne hat die EG-Kommission beschlossen.

Waggon-Union besorgt: Eine akute Gefährdung ihrer 1000 Berliner Arbeitsplätze ab 1985 befürchtet die Waggon-Union GmbH. Es gebe Anzeichen, daß die Bundesbahn Aufträge abziehen wolle.

Fusion geplatzt: Weil die von Bonn in Aussicht gestellte Sonderhilfe von 500 Millionen Mark nicht ausreiche, haben die Stahlunternehmen von Thyssen und Krupp Fusionspläne aufgegeben.

Börse: Die Schwierigkeiten bei der SMH-Bank drückten gestern die Aktienkurse. WELT-Aktienindex 147,8 (148,4). Am Rentenmarkt lief das Geschäft schleppend. Dollar-Mittelkurs 2,6510 (2,6477) Mark. Goldpreis je Feinunze 383,00 (377,75) Dollar.

KULTUR

Sippenverfolgung: Wegen der Aktivitäten seines Sohnes in Dissidentenkreisen hat der international angesehene sowjetische Theaterwissenschaftler Professor Juri Kargalitskij seinen Posten am Lunatscharskij-Institut in Moskau verloren.

Theater: Die Besucherzahlen der Theater in der Bundesrepublik sind weiter rückläufig. In der Spielzeit 1981/82 wurden 17 Millionen Besucher registriert. Den stärksten Andrang hatten die deutschen Theater 1964/65 mit 20,4 Millionen erlebt.

SPORT

Sommersport: Den vierten Platz in der Welt bei den Sommersportarten nimmt auch in diesem Jahr der deutsche Sport ein. Das ist die Bilanz des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL). (S. 9)

Hockey: Bei der World-Champion-Trophy in Karachi verlor Vize-Weltmeister Deutschland gegen Weltmeister Pakistan klar mit 1:3. Es war die 24. Niederlage gegen Pakistan.

AUS ALLER WELT

Erstes Urteil: Im Bochumer Rezeptskandal ist ein Apotheker zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Gegen 13 weitere Apotheker und Ärzte werden Anklageschriften erstellt. (S. 20)

Wolfs-Gefahr: Durch Leichengeruch angezogene Wolfsrudel bedrohen Überlebende im osttürkischen Erdbebengebiet. Gestern früh kam es zu mehreren Nachbeben. Mindestens 75 000 Menschen sind inzwischen obdachlos. Die Behörden befürchten insgesamt mehr als 2500 Tote.

Wetter: Im Norden vereinzelt Regen, im Süden trocken. 9 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan setzt sich durch. Geld für MX-Rakete bewilligt

Knappe Stimmenmehrheit im Repräsentantenhaus / Baubeginn 1984

TH. KIELINGER, Washington

Mit knapper Stimmenmehrheit – 217:208 – hat das amerikanische Repräsentantenhaus beschlossen, die Gelder zum Bau der ersten 21 von geplanten 100 MX-Kontinentalraketen bereitzustellen. Die landgestützte Waffe – sie führt je zehn Sprengköpfe – soll 1984 in Produktion gehen. Das Votum kam als Entscheidung gegen den Antrag des Abgeordneten Joseph Addabo zustande, der die im Pentagon-Haushalt vorgesehenen 2,2 Milliarden Dollar Produktionsmittel gestrichen sehen wollte.

Für Präsident Reagan stellt das Ergebnis einen der wichtigsten parlamentarischen Siege seiner bisherigen Amtszeit dar. Die MX galt seit Jahren als ein moribundes Objekt der Strategie-Planer. Nicht nur war unter Experten allmählich der Glaube an die Nützlichkeit schwerer Merfachsprengkopfraketen geschwunden, es fehlte schon allein an der überzeugenden Idee, wie man ein so teures und durch feindlichen Erstschlag verwundbares System sicher stationieren könne. Seit 1972 stand diese Rakete im Streit der Meinungen.

Der Umschwung kam Anfang dieses Jahres, als die von Präsident Reagan eingesetzte Scowcroft-Kommission – genannt nach ihrem Vorsitzenden, dem früheren Leiter des Nationalen Sicherheitsrats General Brent Scowcroft – mit bahnbrechenden Vorschlägen den Weg aus der Strategie-Sackgasse wies, in die die MX geraten war.

Die Kommission machte eine Reihe von Empfehlungen, die allesamt

SEITE 2:
Ein Zeichen namens MX

von Präsident Reagan angenommen wurden, darunter:

1. Es gibt keine Unverwundbarkeit eines einzelnen strategischen Systems. Sicherheit der Abschreckung entsteht aus einer glaubhaften Mischung aller Bestandteile der amerikanischen „Triade" (Waffen, die zu Wasser, zu Land und in der Luft disloziert werden). Die Suche nach einer unverwundbaren Stationierungsart für die MX kann also aufgegeben werden. Jetzt plant man daher die Aufstellung der Rakete in vorhandenen – verbesserten – Silos der Minuteman-III-Raketen in Wyoming und Nebraska.

2. Es genügt der Bau von nur 100 Exemplaren der MX als Gegengewicht zu den schweren landgestützten Raketen der UdSSR. Gleichzeitig soll das System aber sofort in die Abrüstungsgespräche eingebracht werden, als Baustein der Stärke, auf den verzichtet werden kann, wenn beide Seiten ihre Arsenale hinlänglich reduzieren.

3. Ziel langfristiger Abrüstung für beide Supermächte muß es sein, von bedrohlichen Mehrfachsprengkopfwaffen wie der MX oder den sowjetischen SS 18 und SS 19 wegzukommen und wieder zum Prinzip der Waffen mit nur einem Sprengkopf zurückzukehren. Solche Systeme seien am wenigsten verwundbar, während sie gleichzeitig die geringste Form der Bedrohlichkeit darstellten.

Über die MX muß jetzt noch das Plenum des Senats abstimmen, doch wird es in dieser Kammer, in der die Partei des Präsidenten ohnehin die Mehrheit hat, keine Probleme geben. Das Repräsentantenhaus stimmte am Dienstag ebenfalls für die Bewilligung der Gelder für die verbesserte Version des B-1-Bombers, des B-1B. Er soll ebenfalls mit einer Stückzahl von 100 gebaut werden, zu einem Gesamtpreis von 20,5 Milliarden Dollar.

Kohl: SS 20 bedroht Europa und Japan

Vor dem Parlament in Tokio greift der Kanzler die expansive Politik des Kreml an

BERNT CONRAD, Tokio

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich gestern zum Abschluß seiner politischen Gespräche in Tokio gegen eine „expansive Hegemonialpolitik" gewandt, die über Vietnam in den Pazifik ausgreife, das afghanische Volk unterjoche und den Freiheitswillen des polnischen Volkes unterdrücke. „Wir erkennen in diesen Krisenherden nicht nur das Unglück anderer Völker, sondern die eigene Bedrohung", sagte Kohl in einer Rede vor beiden Häusern des japanischen Parlaments.

Der Kanzler fügte hinzu: „Mit der Dislozierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen hat in den vergangenen Jahren die Bedrohung eine neue Qualität erhalten. Um der Freiheit unserer Völker willen sind wir verpflichtet, dieser neuen Bedrohung mit all unseren Kräften entgegenzutreten." Der Kanzler, der sich bei seinen vorausgegangenen Gesprächen in Tokio stets um eine gleichgewichtige Betonung von Verteidigungswillen und Dialogbereitschaft bemüht hatte, benutzte seine etwa 40minütige Parlamentsrede, um den Abgeordneten eindringlich die Gefahren des sowjetischen Expansionismus vor Augen zu führen. Dabei hob er hervor, daß die SS-20-Raketen

SEITE 2:
Wo liegen die Interessen?
SEITE 3:
Kanzler baut am Kräftedreieck mit

Japan ebenso bedrohen wie Europa. Er selbst habe dem sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow versichert, daß Bonn die legitimen Sicherheitsinteressen Moskaus anerkenne, erklärte Kohl. „Aber wir sind nicht bereit, einen Sicherheitsanspruch der Sowjetunion zu akzeptieren, der dazu führt, daß Westeuropa und Japan zu einer Zone minderer Sicherheit werden."

Kohl ließ keinen Zweifel daran: „Wenn die Genfer Verhandlungen scheitern sollten, dann scheitern sie an der starren Haltung der Sowjetunion." Der Westen wolle ein Abkommen, aber er suche kein „Verhandlungsergebnis um jeden Preis", vor allem nicht „zum Preis der eigenen Sicherheit, zum Preis des Friedens und nicht zum Preis unserer Freiheit und Unabhängigkeit".

Mit großem Ernst wies Kohl darauf hin, daß Deutschland und Berlin gegen den Willen ihrer Bürger geteilt seien. „Das deutsche Volk erwartet von uns, daß wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem es in freier Selbstbestimmung seine Einheit vollenden kann. Der Friede in Europa wird in dem Maß sicherer, in dem es gelingt, die Härten der Spaltung Deutschlands abzubauen und die Teilung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu überwinden."

EKD beunruhigt über Kirchenaustritte

Bischof Lohse: Christen sollen gegen Mißstände in Pfarrgemeinden energisch auftreten

DW. Worms

Von höchster Stelle der evangelischen Kirche in Deutschland ist bestätigt worden, daß gerade in jüngster Zeit „entschiedene, bewußte Christen" ausdrücklich mit „kirchlichen Argumenten" die Kirche verlassen. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Eduard Lohse (Hannover), zeigte sich gestern auf einer Pressekonferenz während der in Worms tagenden EKD-Synode „außerordentlich beunruhigt" über diese Entwicklung. Zu den Gründen für die Kirchenaustritte bemerkte Lohse, viele Menschen sähen das, was die Kirche eigentlich zur Kirche mache, nicht mehr gewährleistet.

Bischof Lohse gestand ein, daß ihn diese „Qualität" der Austretenden besorgt mache. In seinem Bericht vor der Synode hatte der Ratsvorsitzende geäußert, weil Pastoren und kirchliche Mitarbeiter – „bisweilen gewiß auch in ungeschickter und überzogener Weise – der tiefen Besorgnis Ausdruck gäben, die weite Kreise der Bevölkerung angesichts der gegenwärtig unruhigen Zeit erfaßt habe", entschlössen sich manche zum Kirchenaustritt.

Lohse kritisierte auf der Pressekonferenz, daß es manchmal Probleme in den Gemeinden gäbe, da einzelne Pastoren im Alleingang Entscheidungen träfen, ohne sich mit dem Kirchenvorstand abzustimmen. Hier sollten Christen vom „Priestertum aller Gläubigen" Gebrauch machen und gegebenenfalls widersprechen. Den Christen, die aufgrund von Mißständen austreten wollten, müsse im Gespräch klargemacht werden, daß ein Austritt nicht weiterhelfe. Statt dessen sollten diese Menschen ihre Meinung zur Geltung bringen.

Der Vorsitzende des ständigen Haushaltsausschusses der EKD-Synode, Wilhelm Imhoff (Hamburg), sagte auf der Pressekonferenz, eine Änderung des Kirchensteuersystems sei nicht geplant, „sonst wären wir am Ende der Volkskirche". Auch eine Erhöhung des Kirchensteuersatzes komme nicht in Frage. „Bei einer Steigerung der Kirchensteuer würden nur die die Kirche verlassen, die bisher vergessen haben auszutreten."

Die Alterspräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Ursula Besser (CDU), berichtete gestern, von den 65 Mitgliedern der CDU-Fraktion des Landesparlamentes sei im vergangenen Jahr eine „bemerkenswerte Anzahl" aus der Kirche ausgetreten, weil sie „noch an Gott glauben, trotz der Mißstände in der Kirche".

Stützungsaktion rettet Privatbank

Übernahm sich Schröder, Münchmeyer, Hengst bei Krediten für Baumaschinen-Holding?

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einer raschen Stützungsaktion haben 20 große deutsche Banken und der Feuerwehrfonds des privaten Bankenverbandes den Zusammenbruch des Privatbankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co verhindert. Das in Hamburg, Frankfurt und Offenbach domizilierende Institut, das in Luxemburg mit einer Tochter vertreten ist, gehört mit einer konsolidierten Bilanzsumme von rund 3,3 Milliarden Mark (Ende 1982) zu den größten deutschen Privatbanken und galt als eine der ersten Adressen des Gewerbes. Mit einer Kapitalinfusion von rund 600 Millionen Mark wird sichergestellt, daß die Fortführung des Bankgeschäfts gewährleistet ist. Einlagen der Kundschaft bei der SMH-Bank sind also nicht gefährdet.

In Schwierigkeiten geraten ist die SMH-Bank vor allem durch ihre Kreditengagements bei der IHB Holding AG, Mainz, die von Horst Dieter Esch in kurzer Zeit zum drittgrößten Baumaschinenhersteller der Welt hochgepusht worden ist und die für 1982 einen Verlust von 120 Millionen Mark ausweist, der nach Angaben von Esch in diesem Jahr etwa halbiert werden soll. Außerdem ist die SMH-Bank mit 7,5 Prozent an den 240 Millionen Mark Kapital der IHB beteiligt. Esch bestritt zwar gestern, daß die Probleme der SMH-Bank mit einer Schieflage in seinem Konzern zu-

SEITE 2:
Allzu risikobereit

sammenhingen. Aus Bankkreisen hörte man jedoch andere Darstellungen über die Situation bei der IHB; man spricht von Finanzmanipulationen über eine von Esch vor drei Jahren in der Schweiz gegründete Factoring-Gesellschaft.

Nach Informationen aus Bankkreisen, die von keiner Stelle offiziell bestätigt werden, soll die SMH-Bank beim IHB-Konzern angeblich mit 1,1 Milliarden Mark engagiert sein, und zwar vorwiegend über die Luxemburger Tochter. Das entspräche dem Zehnfachen des Eigenkapitals der SMH-Bank, von dem nach den Großkreditbestimmungen des Kreditwesengesetzes nur 75 Prozent an einen Kreditnehmer ausgeliehen werden dürfen. Die Bank soll diese Gesetzesüberschreitung über ihre Luxemburger Tochter verschleiert haben.

Um die SMH-Bank am Leben zu halten, haben 20 große private und öffentliche Banken ihre bisherigen Geldhandelslinien in nachrangig haftendes Kapital in Höhe von 490 Millionen Mark umgewandelt. Damit hat die SMH-Bank die Möglichkeit, Wertberichtigungen zu bilden. Die Banken befürchten, daß der größere Teil ihrer „unfreiwilligen Beteiligung" an der SMH-Bank als verloren angesehen werden muß. Weitere rund 100 Millionen Mark wird der Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes zur Stützung zur Verfügung stellen.

In Bankkreisen war zwar lange bekannt, daß die SMH-Bank ein größeres Engagement bei der IHB-Gruppe hat; doch war man über den jetzt bekannt gewordenen Umfang überrascht und entsetzt. Die Probleme sind angeblich „heiß" geworden, als nach den Schwierigkeiten bei der Leasinggesellschaft DAL auch die zu Esch gehörende Factoringgesellschaft Finzag AG in Luzern unter die Lupe genommen wurde.

Die Geschäftsleitung der SMH-Bank soll vorerst unverändert bleiben. Inzwischen sollen jedoch Bankfachleute von außen in die Bankleitung delegiert worden sein.

DER KOMMENTAR

Zu kurz gesprungen

JOACHIM GEHLHOFF

Der großen Hoffnung folgt der Katzenjammer. Das Fusionsprojekt Krupp/Thyssen ist nun offiziell für tot erklärt worden. Gescheitert ist damit auch der Aufbruch zu gesünderen Strukturen der gesamten Branche, für den dieses Projekt die entscheidende Pilotfunktion hatte.

Der Hauptgrund des Scheiterns ist schnell auszumachen. Wie viele Stahlunternehmen, so hat auch Krupp-Stahl in der vom Subventionswahnsinn der Nachbarn in der EG verursachten und prolongierten Stahlkrise zu viele Verluste durch zu viele Schulden finanzieren müssen. Auch die von 300 auf 500 Millionen DM „nachgebesserte" Entschuldungshilfe der Bundesregierung war kaum halb so hoch wie der benötigte Betrag, der die Fusion auf den Weg gebracht hätte.

Wieder einmal ist Bonn, wie so oft in den neun Jahren der Stahlkrise, zu kurz gesprungen, als daß mit vernünftiger nationaler Stahlpolitik ein Sanierungsziel erreicht werden könnte. Diese Politik der zu kurzen Sprünge hat schon unselige Tradition. Die alljährlich neuen Horrormeldungen über den nur mit neuen Staatsgeldern abzuwendenden Zusammenbruch fast der gesamten saarländischen Stahlindustrie sind da nur besonders schlimm unter vielen schlimmen Belegen.

Der Fall Arbed Saarstahl lehrt aber auch, daß alle Staatshilfe, die an der Saar notabene pro Beschäftigten gut und gerne schon drei Jahreseinkommen ausmacht, vergebliche Liebesmüh bleibt, wenn nicht unternehmensübergreifende Sanierungskonzepte für die ganze Branche verwirklicht werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist mit dem Scheitern der Krupp/Thyssen-Fusion noch nicht alles verloren. Man kann beispielsweise auch hier zu einer für den Bundesetat gelegeneren Zeit die Fusionshilfe ein zweites Mal „nachbessern".

Bessern muß die Bundesregierung jedoch vor allem ihre stahlpolitische Grundsatzposition. Alle ihre Stahlhilfen bleiben teures und doch nutzloses Stückwerk, wenn man nicht – bis hin zur Ausgleichsabgabe auf subventionierte Stahlimporte – das nationale Potential, das unter fairen Wettbewerbsbedingungen allemal überlebensfähig wäre, wirkungsvoll verteidigt.

Grenada-Streit: Neue Attacke der CSU

DW. Tokio/Bonn

Bundeskanzler Kohl hat gestern in Tokio angedeutet, daß neue Erkenntnisse zu einer Revision des Bonner Urteils über die amerikanische Intervention auf Grenada führen könnten. Vor Journalisten sagte Kohl, hätte ihn die US-Regierung vor dem Eingreifen gefragt, so hätte er bei seinem Kenntnisstand wahrscheinlich von der Aktion abgeraten. Aber was er jetzt höre, sei auch bemerkenswert. Offenbar habe es auf Grenada militärische Vorbereitungen der Kubaner gegeben. Kohl: „In wenigen Tagen werden wir mehr wissen und dann unser abschließendes Urteil fällen."

Der CSU-Vorsitzende Strauß griff gestern abermals die „windelweiche Haltung und windige Phraseologie westlicher und deutscher Politiker" an. In München erklärte Strauß, er sei jedoch froh, daß der stellvertretende Bonner Regierungssprecher Sudhoff den ersten Regierungssprecher, Peter Boenisch, korrigiert und das gesagt habe, was zwar nicht Vizekanzler Genscher, aber „der eigentliche Kanzler" Kohl denke. Genscher hatte erklärt, die Regierung hätte von einer Intervention abgeraten, falls sie gefragt worden wäre. Sudhoff sprach von einer „Augenblicksbewertung", die nicht als Verurteilung der USA angesehen werden dürfe.

Im „Bayernkurier" griff CSU-Präsidiumsmitglied Max Streibl den Bundesaußenminister an. Die Bewertung der US-Haltung durch Genscher müsse „zutiefst erschrecken".

Seite 2: Tennis mit dem Revolutionär
Seite 10: Weitere Beiträge

Stahlfusion Thyssen-Krupp gescheitert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Firmen Thyssen AG und Krupp Stahl AG werden nicht fusionieren. Der Grund: Thyssen hält die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Sonderhilfe für die Fusion von einer halben Milliarde Mark für unzureichend. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der auf die Frage nach der Verantwortung für den Verzicht auf die Fusion nicht einging, wies darauf hin, daß damit zusätzliche Rationalisierungsvorteile von jährlich rund 400 Millionen Mark verlorengingen.

Die zuletzt von den Unternehmen geforderte Sonderhilfe von 1,2 Milliarden Mark hätte nicht nur die haushaltspolitischen Möglichkeiten der Bundesregierung bei weitem überstiegen, sie hätte auch andere Stahlunternehmen zu Ausgleichsforderungen veranlaßt, um Wettbewerbsverzerrungen begegnen zu können. Die Bundesregierung bedauerte, daß die Entscheidung so lange hinausgezögert wurde. Sie forderte Thyssen und Krupp auf, ohne Verzug ihre Unternehmenskonzepte klarzustellen und mitzuteilen, welche unternehmensübergreifenden Maßnahmen vorgesehen werden. In Übereinstimmung mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wies sie darauf hin, daß es nicht Aufgabe des Staates sein könne, unternehmerische Entscheidungen zu treffen. Sie werde sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß der im Durchschnitt der vergangenen Jahre gehaltene Produktionsanteil der deutschen Werke an der EG-Stahlproduktion nicht gemindert werde.

USA bestätigen Lockerung der Polen-Sanktionen

„Trybuna Ludu" kritisiert Lebensmittel-Rationierung

AFP/AP/DW. Washington/Warschau

Die Vereinigten Staaten werden in Kürze ihre Handelssanktionen gegen Polen, die nach Einführung des Kriegsrechts 1981 verhängt worden waren, teilweise aufheben. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, bezeichnete diese Absichten als Antwort auf eine Lockerung der Restriktionen in Polen. In diesem Zusammenhang nannte Speakes den Besuch des Papstes in seiner Heimat und die Freilassung einer Reihe von politischen Gefangenen. Wie es hieß, denkt Washington beim Umfang der Maßnahmen an eine Aufhebung des Fangverbots für polnische Fischer in amerikanischen Gewässern und an eine Teilnahme der USA an den internationalen Umschuldungsverhandlungen.

Speakes sprach ausdrücklich von „maßvollen Schritten" und fügte hinzu, daß die Lockerung der Sanktionen jedoch nicht von großer Bedeutung sein würde. Im Weißen Haus warte man immer noch auf spürbare menschliche Erleichterungen und auf den von Washington befürworteten Dialog zwischen den verschiedenen Vertretern der polnischen Gesellschaft.

In Polen ist die KP derzeit bemüht, den aufgekommenen Unmut über die am Sonntag beschlossenen Rationierungen für Butter, Margarine und Schmalz zu kanalisieren. Die Parteizeitung „Trybuna Ludu" warf den Behörden nicht nur vor, einen falschen Zeitpunkt gewählt zu haben, sondern stellte die Frage: „War diese Entscheidung wirklich nötig?"

Im polnischen Fernsehen hatten Binnenhandelsminister Andzej Burs und der Vizepräsident des Zentralverbandes der Milchwirtschaft, Wieslaw Majewski, die Rationierung mit einem saisonal bedingten Rückgang der Milcherzeugung begründet.

Am Tag nach Bekanntgabe der Rationierungsmaßnahmen war es in den polnischen Läden zu „alptraumhaften Szenen" („Trybuna Ludu") gekommen. Die aufgebrachte Bevölkerung habe die Kaufhäuser gestürmt und innerhalb weniger Stunden alle Vorräte aufgekauft. Letztlich, so „Trybuna Ludu", führten die Pa- Käufe zu Verlust und Ver- dung.



Ein Zeichen namens MX

Von Thomas Kielinger

Ein historisches Datum ist zu verzeichnen: Nach elf Jahren der Planung und des Meinungsstreits hat das amerikanische *Repräsentantenhaus am Dienstag* endgültig die Produktion der ersten 21 Exemplare der MX-Interkontinentalrakete freigegeben. Das große Fragezeichen über dem strategischen Willen und Wollen der amerikanischen Legislative ist weggeräumt worden: Die Modernisierung nuklearen Arsenals findet nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika statt.

Wie ist dieser erstaunliche Erfolg der Reaganschen Verteidigungspolitik im Kongreß zu erklären? Zunächst durch die große Flexibilität, die der Präsident in den letzten Wochen bei der Abrüstungsfrage an den Tag gelegt hat. Die landgestützte MX hat im strategischen Konzept der USA inzwischen jenen Stellenwert erhalten, den auch die neue Generation von INF-Waffen in Europa innerhalb des europäischen Szenariums gewonnen hat: Sie dient der Sicherheit der Abschreckung und ist gleichzeitig ein Lockmittel im Abrüstungsdialog. Aber die Lockung entfaltet sich nur, wenn der Wille zur Modernisierung sichtbar wird: Das war es, was die Legislatoren schließlich zur Billigung eines sonst nicht gerade geliebten Systems bewog.

Ein weiteres Element kommt hinzu. Die amerikanische sicherheitspolitische Debatte hat sich von der Affektgeladenheit der sogenannten Friedensbewegung inzwischen weit entfernt. Am Tag, da in Bonn Tausende ihren Marsch erlebten, fanden sich vor dem Weißen Haus etwa siebenhundert Demonstranten ein, nicht genug, auch nur die Stirnseite des Präsidentenwohnsitzes mit verschränkten Händen zu säumen. So verwunderte es schließlich nicht, als vor zwei Tagen der Senat mit einer Mehrheit von 54:40 die Resolution zum Einfrieren der Atomarsenale in Ost und West ablehnte. Die „Freeze"-Aufregung ist vorbei; was an Illusionen fortbestand, hat durch den Abschuß der KAL-Passagiermaschine vor zwei Monaten einen lähmenden Schlag erlitten. Das sind Erfahrungen, die auf brutale Weise zur Sachlichkeit erziehen. Zurück bleibt, was allein zählt: Die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik.

Allzu risikobereit

Von Claus Dertinger

Das deutsche Kreditgewerbe verdient Lob ob seiner Solidarität. Mit einer raschen Hilfsaktion haben zwanzig große private und öffentliche Banken den Zusammenbruch eines der größten deutschen Privatbankiers und damit eine Vertrauenskrise verhindert, die weitaus größere Ausmaße angenommen hätte als vor neun Jahren die Pleite der Kölner Herstatt-Bank. Das ins Schleudern geratene Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. (SMH-Bank) wird weitergeführt. Kein Einleger braucht auch nur um einen Pfennig zu bangen. Die Banken haben gelernt aus der Herstatt-Krise, die seinerzeit das gesamte Gewerbe in Verruf gebracht hatte.

Auch sonst gibt es keine Parallele zum Fall Herstatt. Diese Bank war durch betrügerische Manipulationen im Devisengeschäft zugrunde gerichtet worden. Die SMH-Bank, die bis vorgestern noch als eine der feinsten Adressen im Privatbankiersgewerbe galt, hat sich dagegen im Kreditgeschäft übernommen, und zwar bei dem zu rasch gewachsenen und in tiefroten Zahlen steckenden Baumaschinenkonzern IBH, an dem die SMH-Bank auch beteiligt ist. Daß es dieses Beteiligungsverhältnis war, das den Weg zu einer allzu großzügigen Kreditvergabe ebnete, ist bislang nur eine Vermutung; aber selbst die bloße Vermutung, für die viel spricht, wird die längst eingeschlafene Diskussion über eine Verquickung von industriellen Bankbeteiligungen und Kreditgeschäft wieder aufleben lassen.

Aber unabhängig von einer solchen Verquickung im aktuellen Fall stellt sich die Frage, wo bei der SMH-Bank die kaufmännische Vorsicht und Sorgfalt geblieben ist, wenn das Mehrfache des Eigenkapitals an einen noch dazu wackeligen Schuldner ausgeliehen wird – ganz davon abgesehen, daß das obendrein einen eindeutigen Gesetzesverstoß darstellt. Einen Verstoß allerdings, der durch geschickte Umgehung der Vorschriften vor den Augen der aufmerksamen Bankenaufsicht verborgen wurde. Und weiter ist zu fragen: Haben die Wirtschaftsprüfer geschlafen?

Auch wenn die SMH-Bank aufgefangen wird und dank der Solidarität anderer Banken eine Erschütterung im deutschen Bankwesen vermieden werden konnte: Die SMH-Bankiers haben ihrer Branche einen schlechten Dienst erwiesen.

Dialog mit Schlägen

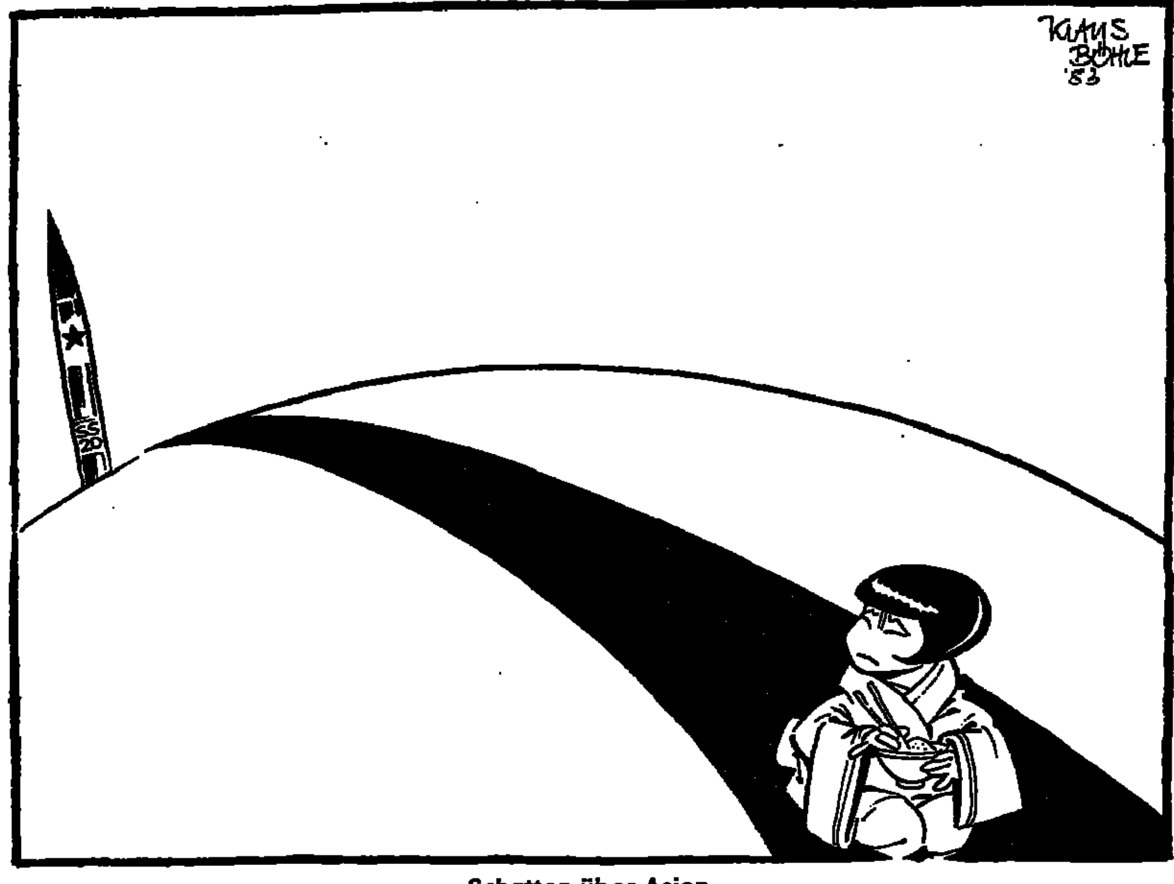
Von Günter Friedländer

Lateinamerikaner pflegen zu sagen, daß ihre Länder so arm sind, daß sie sich nicht einmal Feinde außerhalb ihrer Grenzen leisten können: Sie müssen sie sich im eigenen Land erfinden. Die Comandantes in Managua haben Nicaragua in so bittere Armut gestoßen, daß sie dringend Feinde brauchen, um das Volk von seinen Sorgen abzulenken. Sie haben sich zu diesem Zweck einen überraschenden Feind erfunden: die katholische Kirche.

Seit einigen Wochen weigert sich die nicaraguanische Jugend, den Vorschriften des neuen Gesetzes nachzukommen und sich zum Heeresdienst zu melden, den die Comandantes obligatorisch gemacht haben. Das ist verständlich: Die Perspektiven, an der Seite oder gar statt ihrer kubanischen Meister nach Afrika oder in andere Krisenherde der Erde geschickt zu werden, sind nicht verlockend. Die Comandantes brauchten jemanden, den sie für die Verweigerung des Heeresdienstes schuldig machen konnten. Sie entschieden sich für die katholische Kirche.

Am vergangenen Sonntag schickten sie den Mob auf die Straßen und ließen den Weihbischof von Managua, Msgr. Bosco Vivas, vor seiner Kirche St. Judas verprügeln. Die „spontanen" Kundgebungen gegen die katholische Kirche hinderten am gleichen Tag in mindestens acht Kirchen der Hauptstadt die Priester, die Messe zu lesen. Störungen der Messe gehören seit dem Papstbesuch zum Repertoire der Sandinisten.

Besonders bemerkenswert ist, daß die Comandantes inzwischen einen spanischen und einen costaricanischen Salesianer-Priester des Landes verwiesen, weil sie angeblich „dem Ungehorsam gegenüber dem Gesetz des Heeresdienstes Vorschub leisteten und die Gegenrevolutionäre dadurch legitimieren wollten, daß sie einen Dialog der Regierung mit ihnen forderten". Da hatte man doch immer gehört, daß alles, was die *„fortschrittlichen"* Kräfte in Zentralamerika suchten, der Dialog sei, für den sich denn auch die katholische Kirche und die Contadora-Gruppe einsetzten, weil er als der einzige Weg zum Frieden galt. Dialog scheint im Wörterbuch der Sandinisten aber etwas anderes zu bedeuten, etwas, was den Priestern erst eingebleut werden soll.



Schatten über Asien — ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Selbstverständnisnöte

Von Günther Bading

Keine Gewerkschaftsveranstaltung in diesen Tagen, auf der nicht lauthals nach der 35-Stunden-Woche gerufen würde. Fast unbeachtet bleiben jene fünf Gewerkschaften, die sich der arbeitsverteuernden Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung nicht angeschlossen haben. Sie setzen auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit – ohne Zweifel eine realistischere und berechtigtere Forderung als die Verkürzung der Vierzig-Stunden-Woche. Diese fünf Gewerkschaften sind Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Textil und Bekleidung (GTB), IG Chemie, Papier, Keramik, die IG Bau-Steine-Erden und auch die Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE).

Die Vorruhestandsregelung, von den Tarifpartnern im Rahmen ei*nes noch zu verabschiedenden* Gesetzes zu verhandeln, hat auch aus gewerkschaftlicher Sicht einen großen Vorteil. Bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit geht mindestens die Hälfte der Verkürzung durch Rationalisierung oder durch das, was man Leistungsverdichtung nennt, „verloren". Die immer wieder vorgebrachte Begründung der 35-Stunden-Forderung, hier würden neue Arbeitsplätze geschaffen, ist also nur die *halbe* Wahrheit. Bei der Lebensarbeitszeitverkürzung allerdings wird ein Arbeitsplatz vorzeitig freigemacht. Und er muß neu besetzt werden. Das soll zur Voraussetzung für diese Regelung gemacht werden.

Wie immer die Güterabwägung innerhalb der einzelnen Gewerkschaften zwischen Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung letztlich ausgehen mag – schon jetzt steht fest, daß in wichtigen Branchen, wie der *Metallindustrie*, die Weichen in Richtung Arbeitskampf gestellt sind. Die Forderung nach nur noch 35 Stunden in der Woche ist nicht vergleichbar mit den Lohnforderungen der vergangenen Jahre. Diesmal kämpfen die Gewerkschaften nicht nur um Lohnprozente, sie kämpfen letztlich und auf lange Sicht um ihre Existenz.

Die Mitgliederzahlen gehen zurück. Das ist zum Teil erklärlich durch *Austritte* von Dauerarbeitslosen. Auf der anderen Seite hat aber auch die Attraktivität der Gewerkschaften insgesamt nachgelassen. Am Beispiel der letzten drei Jahre wird deutlich, daß in den Lohn- und Gehaltsrunden nur knapp der Inflationsausgleich erreicht worden ist – wenn überhaupt. Um den Mitgliedern und vor allem den jüngeren, noch nicht organisierten Arbeitnehmern die Notwendigkeit von Gewerkschaften überhaupt zu belegen, muß jetzt ein Reizthema her, muß eine Kampagne geführt werden, in der vor allem die Betriebsamkeit auffällt – *wie schmal letztlich auch das* Ergebnis aussehen mag. (Vorsichtige in der IG Metall sprechen denn auch von der Forderung nach „Einstieg" in die 35-Stunden-Woche.)

Um die Glaubwürdigkeit solchen Aktionismus wäre es wohl besser bestellt, wenn die Gewerkschaften einmal vor der eigenen Tür zu kehren begännen. In den eigenen Betriebsbereichen, bei Vorstandsverwaltungen, in den gewerkschaftseigenen Betrieben, der *Hausbank*, bei co op, in der Neuen Heimat könnte man schließlich mit dem Beispiel vorangehen und nicht nur den „Einstieg" versuchen, sondern dem von Ernst Breit und anderen propagierten Idealrezept folgen und die 35-Stunden-Woche auf einen Schlag einführen. Das würde sicherlich zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Aber dazu wird es nicht kommen, denn als Unternehmer kennen DGB und Einzelgewerkschaften sehr wohl das Wort von der zunehmenden Kostensteigerung des Faktors Arbeit, und sie haben nicht die Absicht, ihre Unternehmen beispielhaft zu ruinieren.

Die Gewerkschaften haben ihre Existenzberechtigung über die Jahrzehnte hinweg daraus bezogen, daß sie im Verteilungskampf um den Zuwachs des sozialen Produkts kollektiv die Arbeitnehmerinteressen vertreten haben. Auch wenn alle Errungenschaften zur Humanisierung der Arbeitswelt gern mit ethisch-moralischem Überbau versehen werden – auch hier ging es stets um Kosten für die Unternehmen. Unbestritten war dies bei der Verkürzung der Wo*chenarbeitszeit auf vierzig Stun*den. Auch jetzt spricht die IG-Metall-Führung davon, die Kosten der eventuellen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bei den (zusätzlichen!) Lohnforderungen zu „berücksichtigen".

Die Gewerkschaften haben ihren Erfolg in der Vergangenheit also immer aus dem Wachstum geschöpft. Ihre neue Rolle in einer Phase geringen oder ganz ausbleibenden Wachstums haben sie noch nicht gefunden. Der soeben in den Ruhestand entlassene IG-Metall-Chef Loderer hat seiner Organisation immer wieder gepredigt, in Zeiten der Krise Reformen zu versuchen, die kein Geld kosten. Mitbestimmung war sein Paradebeispiel dafür.

Anderswo führt die Hektik bei der Suche nach dem Selbstverständnis in beängstigende Abwege. In der Lehrergewerkschaft GEW wird über den Beamtenstreik für den Fall diskutiert, *daß es um die „Existenz"* gehe. Was für ein Stichwort ausgerechnet für Beamte! Was für ein Lehrbeispiel bieten diejenigen da, die unsere Kinder zur Achtung vor Recht und Gesetz erziehen sollen! Sie bedenken nicht einmal, daß der Streikgedanke an die Existenz des Beamtenstandes an sich rührt.

Das alte Rollengefüge wird nicht wiederherzustellen sein. Es gibt deutsche Dialekte, in denen Arbeit „Schaffen" heißt. Schaffen, im Sinne von Warenproduktion, wird allerdings künftig mehr und mehr Sache von Maschinen, Computern, Robotern sein. Die Zukunft der menschlichen Tätigkeit liegt im Dienstleistungsbereich, in der Kommunikation. Hier liegen die wahren Probleme der Industriegewerkschaften.

Sie werden sie nicht durch Lohnzuwachs und nicht durch die 35-Stunden-Woche lösen. Dies belastet nur die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Und diese Partnerschaft wird bitter nötig sein, wenn das Gewerkschafterwort von der „sozialen Beherrschung des technologischen Wandels" nach dem Orwell-Jahr 1984 Wirklichkeit werden soll.



Ein Reizthema muß sein: IG-Metall-Vorsitzender Mayr FOTO: AP

IM GESPRÄCH Sir Paul Scoon

Tennis mit dem Revolutionär

Von Fritz Wirth

Erst hatte er mit einem Premierminister namens Sir Eric Gairy zu tun, der enthusiastisch an ferne Kräfte aus dem All glaubte und die Vereinten Nationen bewegen wollte, fliegenden Untertassen bessere Landemöglichkeiten *auf dieser Erde* zu gewähren. Dann kam ein Premier namens Maurice Bishop, der – mehr diesseits orientiert – an ferne Kräfte in Moskau glaubte und seinen Bürgern suggerierte, in ihrer Weltanschauung eine Nische für Karl Marx und auf dem Südzipfel ihrer Insel eine Landebahn für die Nachbarn aus Kuba und deren Freunde freizuhalten. Und dann hatte er es schließlich vor vierzehn Tagen mit Mord, Totschlag und Chaos zu tun, als seine Insel Grenada in Anarchie zu versinken drohte.

Ein Staatsoberhaupt, das derartige abrupte Wechselfälle im Schicksal seines Landes unversehrt zu überleben vermochte, muß mit einem hohen Maß an stoischer Gelassenheit gesegnet sein. Sir Paul Scoon, der Generalgouverneur Grenadas, besitzt sie in hohem Maße. Sie wurde sein Überlebenselixier. Die Kompetenz, mit der dieser Mann, der in seinem stark gebeutelten Amt nie handeln, sondern zumeist nur würdig repräsentieren oder ergeben nicken durfte, seit vierzehn Tagen das Heft in die Hand genommen hat, und die diplomatische Geschicklichkeit, mit der er sich zwischen Washington, London, seinen Commonwealthbrüdern und der britischen Queen, deren Statthalter er seit zehn Jahren auf Grenada ist, bewegt, haben ihn als einen erstklassigen Staatsmann ausgewiesen.

Außerdem ist er ein sehr kultivierter Mann. Geboren vor 48 Jahren im kleinen Fischerdorf Gouyave auf Grenada und von anglikanischen Geistlichen erzogen, wurde er bald ein Musterschüler. Er wurde in England und im kanadischen Toronto zum Pädagogen ausgebildet, übernahm ein Lehramt in St. George's in Grenada und wurde auf der Insel bei seinen Schülern als ein enthusiastischer Shakespeare- und Chaucer-Verehrer bekannt. Im Jahre 1970 übernahm er die Schulaufsicht in Grenada, vier Jahre später schlug ihn *der damalige Regierungschef Grena*das, Sir Eric Gairy, zum Generalgouverneur (also praktisch zum Staatsoberhaupt der Insel in Abwesenheit der Königin) vor. Der Buckinghampalast erhob ihn noch im gleichen Jahr in den Ritterstand.



Weisheit und Würde: Grenadas Generalgouverneur Scoon FOTO: AP

Er zog ins zweihundert Jahre alte „Government House" über den Hügeln St. George's ein, mit seiner Ehefrau (seit 1970) *Esmai Monica*, geborene Lumsden; die Witwe brachte drei Kinder in die Ehe mit. Seither kennen die Bürger Grenadas ihn als einen weisen und würdigen Mann. Er genoß *so viel Respekt* bei seinen Untertanen, daß der Marxist Maurice Bishop ihn 1979 bei seinem Putsch nicht aus dem Amt zu entfernen wagte. Erste Berichte, nach denen Sir Paul Scoon die nächsten vier Jahre praktisch unter Hausarrest verbrachte, haben sich inzwischen als stark übertrieben erwiesen. Sir Paul hielt nicht viel von den politischen Ideen Bishops, doch er schätzte ihn persönlich. Sie waren häufige und regelmäßige Tennispartner.

Die Scheinwerfer der Weltöffentlichkeit schmeicheln nicht seiner Eitelkeit, sie irritieren ihn eher. Sein größter Wunsch ist es deshalb, die Insel so schnell wie möglich wieder zur Normalität zurückzuführen und sich selbst wieder in die gelassene Atmosphäre seiner Residenz zurückzuziehen, die ihm nach den schrillen Episoden mit Ufos, Marxisten und den von ihm herbeigebetenen Befreiern die Möglichkeit gibt, wieder in Ruhe *die Weisheiten eines Chaucer* und Shakespeare zu inhalieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE NEW YORK TIMES

Der Korrespondent John Vinocur sieht Besorgnisse in Frankreich über die deutsche „Friedensbewegung":

Ein Konsens politischer Ansichten, der Gaullisten und Sozialisten einbezieht, ist hervorgetreten. Er besteht in der Meinung, daß der Streit über die Nachrüstung in Westdeutschland Kräfte legitimiert hat, die nicht mehr an die grundlegenden Sicherheitskonzepte glauben, die für Westeuropa seit der NATO-Gründung galten … Jacques Huntzinger, verantwortlich für internationale Beziehungen in der Sozialistischen Partei, meinte, daß die Rolle der deutschen Kirchen sich in Wahrheit auf „die deutsche Frage" bezieht – ein Kurzwort für Teilung, Sehnsucht nach Wiedervereinigung und Deutschlands historische Äquidistanz zwischen Ost und West … Regierungssprecher Max Gallo fand noch härtere Worte …: „Frankreich gehört zu den Mächten, die jetzt und in Zukunft einem allgemeinen Abgleiten in Feigheit und Ignoranz widerstehen werden." … Die Franzosen sagen laut, daß die politischen Gezeiten sich gewandelt haben und daß sie eine Anstrengung unternehmen müssen, um die Kräfte zu stärken, die für Deutschlands Zugehörigkeit zum Westen und seiner Verteidigung einstehen.

WIESBADENER TAGBLATT

Zum GEW-Kongreß heißt es hier:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft scheint mehr und mehr eine Bewegung von Exzentrikern zu werden. Auf ihrer Jahrestagung in Mannheim beschäftigten die Lehrer sich in leidenschaftlich geführten Diskussionen mit einer Vielzahl gesellschaftspolitischer Fragen und präsentierten eine beängstigende Nabelschau, bedauerten sich volltönend in ihren vermeintlich so geringen Rechten und vergaßen dabei, sich wenigstens in Ansätzen zu ihrer Hauptaufgabe zu bekennen, nämlich der Unterrichtung ihrer Schüler. Der Kongreß in Mannheim jedenfalls ließ deutlich werden, daß die Schüler in ihren Lehrern keine Lobby haben.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt kommentiert Lambsdorffs Äußerungen:

Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat seinen knallharten Wendetheorien eine Nachwende verpaßt. Noch zu gut ist jenes Lambsdorff-Papier in Erinnerung, das Karenztage bei der Lohnfortzahlung und Kürzung beim Arbeitslosengeld forderte und als Scheidungsbrief für die sozialliberale Koalition historisch ist. Die reine Marktwirtschaft und die Selbstheilungskräfte des Marktes sollten die Wende bringen. Nun aber, da es an allen Ecken und Enden knirscht, will er die Wende wenden? Ein Grund mag sein: In vielen Krisenbranchen hat der Managerkampf um Erhaltungssubventionen – sprich Steuermilliarden – Wettbewerbsfähigkeit und Kreativität der Wirtschaft fast gelähmt. Die Wende-Katze beißt sich in den Schwanz …

Kohl in Japan: Wo liegen die gemeinsamen Interessen?

Nicht nur Handelsfragen stehen zur Debatte / Von Herbert Kremp

Die Denkweisen und Verhaltensmuster sind so verschieden, daß gemeinsame Interessen zwischen Europäern und Japanern sorgsam gesucht und festgehalten werden müssen. Die Europäer, voran die auf den Weltmärkten hart konkurrierenden Deutschen, haben vor der Expansionskraft Japans einen mit Gefühlen der Angst durchsetzten Respekt. Worauf er beruht, nimmt der Bundeskanzler in Asien unter Augenschein: Die staatliche Marktwirtschaft des Inselstaates, die Kooperation der Ministerien und Firmen, beruht auf einem (immer noch funktionierenden) gesellschaftlichen Konsensus, der den gemeinsamen Erfolg vor den sozialen Anspruch stellt. In der sozialen Marktwirtschaft hat sich die umgekehrte Reihenfolge herausgebildet.

Deshalb ist es ungemein schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, die von Helmut Kohl erwähnte „derzeitige Unausgewogenheit im Handel zwischen Japan und Europa" zu überwinden. Die Gespräche mit Premierminister Nakasone darüber blieben, wie vorauszusehen war, an der Oberfläche. Die Japaner sind sehr höflich und weichen vor dem Druck der Amerikaner und Europäer auch immer wieder einen Schritt zurück – aber sie werden ihre Märkte gegenüber den ausländischen Warenströmen nicht so weit öffnen, wie es die Teuer-Produzenten des Westens wünschen. Die Methoden sind subtil, kaum faßbar, einer Regelung nicht zu unterwerfen. Sozusagen in der Tür steht der japanische Verbraucher, der „das Ausländische" nur in Sonder- und Luxusfällen akzeptiert.

Angesichts dieser Figur des Mikadospiels griff der Bundeskanzler in seiner Rede vor beiden Häusern des japanischen Parlaments zu einem anderen „Stäbchen". Er hob das gemeinsame Interesse an der Sicherheit hervor und zeichnete, in der Sache offenbar gut beraten, ein Bild der „expansiven Hegemonialpolitik" Moskaus, wie man es vor Jahren noch aus dem Munde eines jeden chinesischen Politikers vernahm. Die Sowjetunion greife über Vietnam in den Pazifik aus, sie unterjoche den Freiheitswillen des afghanischen Volkes und der Polen, und sie bedrohe schließlich durch eine Raketen-Hochrüstung auf der inneren Linie Japan und Europa gleichermaßen. So sehr den Deutschen an einem Resultat in Genf gelegen sei – zu Lasten „unserer japanischen Freunde und unserer übrigen Freunde in Asien" würden die Verhandlungen nicht gehen. Friede und Sicherheit seien in der heutigen Welt unteilbar.

Der Kanzler hielt sich damit an die Erklärung von Williamsburg vom 29. Mai 1983. Bei der westlichen Gipfelkonferenz war es nicht zuletzt dank der Initiative Helmut Kohls gelungen, Japan in die Linie der westlichen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungs-Politik einzureihen. Bewirkt hatte diesen Erfolg die Bedrohung durch die sowjetische Umfeld-Waffe SS 20, in deren Reichweite Japan, China, Südostasien und Indien liegen. Die Rakete konstituiert ein gemeinsames Interesse, das in der Erklärung von Williamsburg (Punkt 6) formuliert werden konnte: „Die Sicherheit unserer Länder ist unteilbar und muß global gesehen werden. Jeder Versuch, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern zu verhindern, wird scheitern."

Derartige Versuche gibt es in Japan genauso wie in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bestehen sowjetischerseits in einer nachhaltigen Unterstützung pazifistischer Tendenzen und in einem eventuell „letzten" Angebot in Genf, den gegen Europa gerichteten SS-20-Bestand auf das Maß der 162 britischen und französischen Systeme (das wären 54 – mal drei Sprengköpfe – sowjetische) zu reduzieren. Das „geistert" seit langem, wie Franz-Josef Strauß gestern betonte. Der Schachzug im letzten Augenblick würde auf die Stationierungsländer Westeuropas wie eine schwere Versuchung wirken, sich auf eine konsequente *Regionalisierung* der Raketen-Gewichtung einzulassen und Asien darüber zu vergessen. Dagegen steht jetzt Kohls Satz vor dem japanischen Parlament, es sei „undenkbar, daß unsere Sicherheit auf Kosten der japanischen Sicherheit geht".

Der globale Maßstab, den der Kanzler anlegte, bezieht sich nicht nur auf Nippon, sondern ex definitione auch auf China. Helmut Kohl sprach in Tokio die Chinesen an, ohne sie im Zusammenhang mit der radialen sowjetischen Bedrohung namentlich zu erwähnen. Sie nehmen als eigenwillige Partner an der globalen Sicherheitsdebatte teil und *haben bei der gerade* abgeschlossenen dritten Verhandlungsrunde mit Moskau die Begrenzung der gegen China gerichteten SS-20-Zurüstung an die Spitze ihres Forderungs-Katalogs gerückt. Die jüngste Ankündigung Andropows, Asien werde nicht zum Rückzugsfeld sowjetischer Euroraketen, honoriert Peking mit einer Stellungnahme gegen die Stationierung amerikanischer Gegenwaffen auf dem Westteil des Kontinents. Darin kommt nichts anderes zum Ausdruck als das Interesse an einer globalen Regelung – mit der Methode des „Austeilens" nach allen Seiten. China, selbst Atommacht, kann sich das leisten.

In Tokio baut der Kanzler mit am Kräftedreieck

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg hatte es sich angebahnt: ein politisches Verständnis zwischen Helmut Kohl und dem japanischen Premier Nakasone. Bei seinem Besuch in Tokio konnte der Kanzler nun die Sympathien vertiefen – zum Nutzen einer globalen Sicherheitspolitik.

Von BERNT CONRAD

Sein Vorgänger im Kanzleramt hatte ihn oft als provinziellen Pfälzer verspottet. Davon konnte in diesen Tagen keine Rede sein. Denn Helmut Kohl demonstrierte an fernöstlichen Gestaden in Tokio mit sichtlichem Genuß globale Sicherheitspolitik. Das hätte Helmut Schmidt – der seit seiner Abwahl schon mehrfach in der japanischen Hauptstadt war – wohl auch gern getan. Rücksicht auf die Sowjets und die eigene Sozialdemokratische Partei aber hinderten ihn daran.

Den Unionskanzler reizt die asiatische Karte schon im Rückblick auf sein Vorbild Konrad Adenauer, der als erster deutscher Nachkriegspolitiker China ins Visier genommen und 1960, wie Kohl gestern an gleicher Stelle hervorhob, auch im japanischen Parlament das Wort ergriffen hatte. Allerdings kamen Adenauers „politischem Enkel" zwei Faktoren zugute, von denen einer aus Moskau sozusagen frei Haus geliefert wurde und der andere persönlicher Fortüne entsprang: Das war die Japan ebenso wie China bedrohende sowjetische SS-20-Rüstung in Asien und die aktivistische, Japans politischen Nachkriegs-Insolationismus sprengende Figur Yasuhiro Nakasones.

Selten haben sich Kalkulationen des Kreml als so falsch erwiesen wie jene, die an die geballte Stationierung von Mittelstreckenraketen in Fernost geknüpft werden. Zur Einschüchterung gedacht, erschütterten die SS 20 die aus Niederlage und Kapitulation resultierende sicherheitspolitische Gleichgültigkeit der Japaner und eröffneten dem eher durch Zufall an die Regierungsspitze gelangten Nakasone die Chance zu einer die Weltpolitik verändernden Wende.

Daß Präsident Ronald Reagan eine solche Wende zu mehr sicherheitspolitischer Verantwortung Japans begrüßen würde, war klar. Doch Nakasone wollte keine einseitige Bindung; ihm schwebte ein Kräftedreieck Japan–Amerika–Westeuropa vor. Den richtigen Partner dafür traf er vor fünf Monaten in Williamsburg. Es war Helmut Kohl, von dem Nakasone schon nach einer ersten Begegnung am Vorabend des Weltwirtschaftsgipfels so angetan war, daß er mit asiatischer Liebenswürdigkeit feststellte: „Allein dieses Gespräch war die ganze Reise wert."

Offensichtlich hatten sich hier zwei Männer getroffen, die auf gleicher Wellenlänge senden und empfangen. Der Kanzler erkannte das globale Konzept des Japaners und ging ohne Zögern darauf ein. Bereits an jenem Maitag sagte er ihm zu: „Wir werden nicht zulassen, daß die Sowjets im Rahmen eines möglichen Genfer INF-Abkommens SS-20-Raketen von Europa nach Asien verlegen."

Genau das hatte Nakasone hören wollen. Darum machte es ihm auch gar nichts aus, daß Kohl mit gleicher Unverblümtheit einen Abbau des japanischen Außenhandels-Überschusses durch stärkere Importe aus Europa verlangte. „Ihre Offenherzigkeit, Ihre politische Entschlossenheit und Ihre warmherzige Menschlichkeit haben mich damals überzeugt", gestand Nakasone jetzt bei einem Abendessen in seiner Tokioter Amtswohnung und fügte mit japanischer Untertreibung hinzu: „Erlauben Sie mir bitte, das Wort ‚Sympathie' in den Mund zu nehmen."

Kein Wunder, daß sich Kohl hier derzeit wohler fühlt als unter den hämischen Anwürfen der Grünen und der an ihre Seite gerückten Sozialdemokraten in Bonn. Dazu trägt auch der glanzvolle fernöstliche Rahmen bei: ein eigenes Klein-Versailles, den Akasaka-Palast – in dem Rivale Helmut Schmidt 1979 vor den Teilnehmern des Weltwirtschaftsgipfels doziert hatte – als Residenz; vom greisen Monarchen Hirohito in der eigentümlichen Stille des Kaiserpalastes inmitten der dröhnenden Riesenstadt Tokio mit einem Festbankett geehrt, von dem ansonsten durch die Tanaka-Affäre weitgehend arbeitsunfähig gewordenen Parlament durch stehende Ovationen gefeiert. Was kann sich ein Bonner Gast da noch wünschen?

Kohl jedenfalls kostete es aus – auch in Form jenes hochedlen, trotz beginnender Firne überwältigend kraftvollen 1964er Château Mouton Rothschild, den Gastgeber Nakasone neben einem trockenen 1978er Pouly-Fuissé aus der Schatzkammer seines Weinkellers für den deutschen Freund auffahren ließ, während japanische Kammermusiker „Am Brunnen vor dem Tore" spielten und Kohls persönliche Referentin Juliane Weber am liebsten mitgesungen hätte.

Reibungslos verlief die Erörterung der Außen- und Sicherheitspolitik. Hatte der Bundeskanzler großen persönlichen Anteil daran gehabt, daß Nakasone in Williamsburg der auf NATO-Kurs ausgerichteten Gipfelentschließung zur Verteidigungspolitik zustimmte, so initiierte der japanische Premier jetzt eine „Erklärung von Tokio", die noch einmal die globale Verantwortung Nippons innerhalb des Kräftedreiecks für Amerika und Westeuropa festschrieb.

Auf diese Idee war der oft sehr spontan handelnde Nakasone zur Verblüffung seiner Mitarbeiter erst zwei Stunden vor der Ankunft Kohls gekommen. Dem Kanzler paßte die Absicht durchaus ins Konzept. Bis tief in die Nacht hinein feilten dann Diplomaten beider Seiten an dem Text. Zum Schluß freute sich Kohls außenpolitischer Abteilungsleiter Horst Teltschik darüber, daß es gelungen war, die Japaner, wie zuvor schon in Williamsburg, auf NATO-Formulierungen zu verpflichten, nämlich auf jene Passagen des mehr als ein Jahrzehnt zurückliegenden Harmel-Berichts, die eine Parallelität von Verteidigungsbereitschaft und Verhandlungswillen postulieren.



Als 4. Bundeskanzler in Japan: Helmut Kohl und Gastgeber Nakasone FOTO: AP

Eine wichtige Rolle bei den Gesprächen zwischen Kohl und Nakasone, wie Staatsminister Alois Mertes und dem japanischen Außenminister Abe, spielte die Frage, wie es denn mit der für Tokios Sicherheit so bedeutsamen Macht jenseits des Gelben Meeres stehe, von der manche meinen, sie nähere sich unaufhaltsam wieder den Sowjets an. Die Japaner, die darüber sicher am besten informiert sind, versicherten ohne Zögern: Von einer außenpolitischen „Wendung" Chinas könne keine Rede sein.

Im Gegenteil, die Chinesen hätten sogar den drei Gründen, die einer Aussöhnung mit Moskau im Wege stehen (die sowjetische Invasion in Afghanistan, die vietnamesische Besetzung Kambodschas und die massive russische Truppenpräsenz nahe der chinesischen Grenze), noch einen vierten hinzugefügt: die SS-20-Aufrüstung in Asien. „Diese vier Bedingungen sind so hoch angesetzt, daß die Sowjets darauf überhaupt noch nicht eingehen können", lautete der aus chinesischen Meinungsäußerungen resultierende Kommentar der Japaner. Ihre eigene Einschätzung Pekings ist positiv: „China verfolgt keine expansionistische Politik. Darin besteht der Unterschied zur Sowjetunion."

Kohl konnte die beruhigende Einschätzung mitnehmen, daß der unsichtbare vierte Schenkel des Sicherheitsdreiecks Japan–Amerika–Westeuropa weiterhin als intakt angesehen werden kann. Es ist gewiß kein Zufall, daß in rascher Folge nach dem Kanzler auch der amerikanische Präsident und der chinesische Parteichef noch in diesem Monat nach Tokio kommen werden.

Daß Kohl, obwohl er keinen Wirtschaftsexperten mitgenommen hat, bei seinen Gesprächen mit Nakasone auch sehr nachdrücklich die ökonomischen Probleme anschneiden würde, war selbstverständlich. Denn für Deutschland und Europa steht angesichts des wachsenden Handelsdefizits gegenüber Japan viel auf dem Spiel. Immerhin hatte der Bonner Gast hier eine Überraschung parat: Er beschränkte sich nicht darauf, eine weitere Öffnung des japanischen Marktes für Einfuhren aus Europa zu verlangen, sondern er schlug sich auch selbst an die europäische Brust. Schon auf dem Flug über das Polareis hatte der Kanzler gegen in Europa verbreitete Inferioritätskomplexe gewettert und verlangt: „Wir müssen einfach mehr tun und uns etwas einfallen lassen." Japanischen Journalisten rief er gestern zu: „Wir dürfen nicht über Ihre Tüchtigkeit jammern, sondern wir müssen ebenso tüchtig sein wie Sie, und wir werden das auch schaffen. Wir sind nicht out."



Empfang beim Kaiser Hirohito mit dem Ehepaar Kohl FOTO: UPI

Hinter Barrikaden erwartet Beirut den nächsten Ausbruch

Ängstlich blicken die Libanesen nach Genf: Kommt es zwischen den verfeindeten politischen Lagern zur Versöhnung? Nach den schweren Attentaten auf die Friedenstruppe ist die Situation gespannter denn je. Es herrscht Waffenstillstand – doch es ist mehr ein Stellungskrieg.

Von PETER M. RANKE

Nun fahren auch die Busse nicht mehr. Aus Sicherheitsgründen werden die blau-weißen französischen Busse nicht mehr auf die Beiruter Straßen geschickt. Das Verkehrschaos, das Privatwagen und Sammeltaxis anrichten, ist groß genug. Um acht Uhr abends erst, wenn die nächtliche Ausgehsperre beginnt, kommt der Beiruter Straßenbetrieb abrupt zum Stillstand. Dann hört man wieder die Schüsse und Einschläge in den Bergen des Schuf oberhalb Beiruts. Waffenstillstand?

Wir haben jetzt sechs Stunden Strom am Tag. Das reicht für den Eisschrank. In vielen Geschäften und Hotels sind Generatoren aufgestellt. Nachts bleibt die Straßenbeleuchtung aus, doch es geht ohnehin keiner in diesen Zeiten abends aus. Wen die Armeestreifen während der Ausgehsperre schnappen, wird sofort sein Auto los oder muß erst einmal tausend Mark zahlen, wenn er morgens freigelassen wird. Nach den Bomben-Anschlägen gegen die US-Marines und die Franzosen mit ihren 287 Toten sind auch den libanesischen Soldaten Geduld und Freundlichkeit abhanden gekommen. Die ganze Stadt macht einen zutiefst verstörten, unfreundlichen, sogar feindseligen Eindruck.

Die Friedenstruppe der 5700 Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten hat ihre Patrouillen-Fahrten durch Beirut eingestellt, auch gehen die Soldaten keine Streifen mehr. Im Sommer sah man sie noch mit Mädchen tändeln, jetzt sitzen sie hinter hohen Sandsack-Mauern und Stacheldraht. Als Friedenstruppe, die der Regierung Souveränität und Handlungsfreiheit verschaffen sollte, sind die Alliierten in Beirut nicht mehr präsent. Auch die Botschaften gleichen Festungen, die weit umfahren werden müssen. Überall in den Straßen vor Post, Rundfunk oder Regierungsgebäuden gibt es hohe Felsbrocken, ausbetonierte Ölfässer, Erdwälle als Barrieren.

In den Wochen seit dem Waffenstillstand vom 25. September hat sich die Lage in den vorwiegend schiitischen Slum-Vierteln wie Shia, Hay-Sollum oder Chueifat dramatisch verändert. Die libanesische Armee hatte dort nie Posten, an den Grenzstraßen nach Ost-Beirut wachen christliche Milizen. Solange der südliche Stadtbezirk in der Hand der bisher neutralen Schiiten-Miliz „Amal" (Hoffnung) unter Nabih Berri bleibt, sind auch die Amerikaner am Flughafen einigermaßen sicher. Aber da in den Schiiten-Vierteln der Einfluß der „Khomeinisten" zunimmt, könnte Berri sich mit der über tausend Mann starken „Amal" in der nächsten Runde auf die Seite der Drusen und Palästinenser schlagen. Und dann ist der Weg aus dem Schuf nach Beirut frei.

Nabih Berri hatte noch den Anschlag gegen die Marines und die französischen Paras verurteilt, dann ging er nach einem Zwischenaufenthalt in Damaskus an der Seite von Dschumblatt zur Versöhnungskonferenz nach Genf. „Amal" hat zwar dementiert, Selbstmord-Kommandos aufzustellen, aber der wachsende Einfluß eines fanatischen Scheichs auf die Jugendlichen in Shia ist nicht zu leugnen. Scheich Hussein Fadlallah, graubärtig, als Nachkomme des Propheten einen schwarzen Turban tragend, ist ein treuer Anhänger des Ayatollah Khomeini und für seine aggressiven Freitagspredigten gegen Amerikaner und Israelis bekannt. Er hat zudem die Studenten-Organisation der Schiiten fest im Griff. Wie bei Khomeini werden die Predigten von Scheich Fadlallah auf Tonbänder ins schiitische Libanon geschmuggelt.

Die Straßen in den schiitischen Vierteln werden von Khomeini-Bildern und antiamerikanischen Spruchbändern beherrscht. Die Frauen und Mädchen tragen lange Kopftücher oder Schleier, junge Männer wickeln sich schwarze Bänder um den Kopf als Zeichen ihrer Hingabe. Man sieht sie, auch uniformiert, aber ohne Waffen, sogar schon in der Hamra-Straße von West-Beirut. Durch den Flüchtlingsstrom aus dem Süden im vorigen Sommer sind die schiitischen Quartiere überfüllt, die meisten jungen Männer arbeitslos. Ihre Hoffnungslosigkeit, jemals einen Beruf ausüben zu können, und auch ihr religiöser Fanatismus werden von Männern wie Scheich Fadlallah in bestimmte Bahnen gelenkt: In den Vorstadt-Häusern in den Olivenhainen vor den amerikanischen Posten sieht man Schießscharten und Sandsackstellungen.

In den südlichen Vororten werden auch die schiitischen Soldaten der Armee zur Desertion aufgefordert. Die Masse der Truppe sind Schiiten, die sonst kein Auskommen haben. Wer Familie in diesen schiitischen Vierteln hat, ist als Soldat schlecht dran. Drohungen sind nicht selten, die Familie ist gefährdet.

Daß sich hier etwas zusammenbraut, geht nicht nur aus den täglichen Berichten von Heckenschützen-Überfällen in diesem Gebiet hervor. Persische „Revolutionswächter" aus der Bekaa-Ebene sind eingesickert und finden bei der schiitischen Miliz Unterschlupf. Zwei Palästinenser namens Abu Fadi und Abu Adnan vom „Generalkommando" Dschebrils sind aus Damaskus gekommen und bilden Schiiten für den Terrorkrieg aus. Der christliche Sender in Ost-Beirut will auch 64 Palästinenser eines Anti-Arafat-Kommandos in Chueifat ausgemacht haben.

Dschumblatt hat schon angekündigt, daß er den Krieg im Fall eines Scheiterns der Genfer Konferenz fortsetzen wird. Kein Wunder, daß die Beiruter wachsam nach Genf schauen und fürchten, daß ihr Leiden im achtjährigen Krieg der Fremden wie Syrer oder Palästinenser in Libanon noch nicht zu Ende ist. (SAD)

WIE WAR DAS? Als Muzorewa die gemäßigten Schwarzen Rhodesiens führte

Von MONIKA GERMANI

Die Weltpresse nahm zum erstenmal von ihm Notiz, als er an der Spitze des neuen „African National Congress" (ANC) mit den Briten über die Unabhängigkeit Rhodesiens verhandelte: Abel Muzorewa, der „kleine Bischof", wie er meist genannt wird, wurde am Montag in Zimbabwe verhaftet.

Nach einem Studium in den USA wurde er 1953 zum Priester geweiht, und 1968 wurde er der erste schwarze Bischof der Vereinten Methodistischen Kirche in Rhodesien. Als sich 1975 der ANC spaltete und Joshua Nkomo Führer des militanten Flügels wurde, vertrat Muzorewa die gemäßigten Kräfte und formierte den „United African National Congress" (UANC). Nachdem US-Außenminister Kissinger den weißen rhodesischen Premier Ian Smith 1976 dafür gewonnen hatte, einen Ausgleich mit gemäßigten schwarzen Politikern zu suchen, begannen Ende 1977 die Verhandlungen mit dem Bemühen um eine interne Lösung. Bei den Wahlen zu der gemeinsamen Regierung errang Muzorewa im April 1979 unter der Parole „Stimmt für den Sieger" eine überwältigende Mehrheit: Mit 65 Prozent der abgegebenen Stimmen und 51 Parlamentssitzen wurde er Premierminister von Zimbabwe/Rhodesien. Er rief seine Guerilleros auf, den Kampf gegen die Weißen aufzugeben, und schloß sie zu einer „Hilfstruppe" der weißen Armee, der „Phumo re Vanho", dem „Speer der Nation", zusammen.

Die Hoffnung auf internationale Anerkennung des Landes, auf Aufhebung der Sanktionen und das Ende des Guerrilla-Krieges unter einer gemischten schwarz-weißen Regierung erfüllten sich nicht, obwohl inzwischen Margaret Thatcher in England Premierministerin geworden war. Sie ließ ihrem Außenminister Lord Carrington freie Hand. Und das Foreign Office war gegenüber den Weißen in der ehemaligen Kolonie traditionell kritisch.

In den von Carrington arrangierten Lancaster-Haus-Verhandlungen, die im September 1979 begannen, hatte Bischof Muzorewa keine Chance gegen seine geschickten Verhandlungspartner Carrington, Mugabe, den heutigen Premier, und Nkomo. Bei der Unterzeichnung des Abkommens im Dezember wurden Wahlen für den folgenden März vereinbart. Diese Wahlen gewann Mugabe. Sie wurden von Beobachtern als Terrorwahlen bezeichnet. Muzorewa erhielt lediglich drei Sitze.

Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes im April 1980 wurde es still um Muzorewa. Während Mugabe seinen Streit mit seinem alten Mitstreiter und dann Widersacher Nkomo austrug und das Land an den Rand des Bürgerkrieges brachte, verhielt sich Muzorewa neutral. Erst im Juli dieses Jahres beschuldigte er zum erstenmal das Regime öffentlich, Terror unter der Bevölkerung zu verbreiten. „Es gibt keine Redefreiheit mehr, keine Versammlungs- und Pressefreiheit. Und es wird von Tag zu Tag schlimmer", sagte er auf einer Pressekonferenz.

Hessens Grüne nennen SPD Bedingungen

dpa/AP, **Wiesbaden**

Die Landtagsfraktion der hessischen Grünen hat ihre Bedingungen für die Verhandlungen mit der SPD über Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit bis hin zur Bildung einer gewählten Landesregierung bekräftigt. Wie der Abgeordnete Karl Kerschgens gestern in Wiesbaden sagte, will seine Fraktion dem diesjährigen und den folgenden Haushalten erst zustimmen, wenn sich die beiden Parteien in wesentlichen Fragen der Landespolitik geeinigt haben.

Entscheidung über Anklage im November

dpa, **Düsseldorf**

Die Abschlußverfügung der Staatsanwaltschaft Bonn zur Einstellung oder Anklageerhebung im Ermittlungsverfahren um die sogenannte Flick-Spendenaffäre ist gestern dem nordrhein-westfälischen Justizministerium in Düsseldorf „zur Unterrichtung" vorgelegt worden. Der vorgesetzten Generalstaatsanwaltschaft Köln hatte die Bonner Anklagebehörde ihre Verfügung nach fast zweijährigen Ermittlungen bereits am vergangenen Montag zugesandt.

Die endgültige Entscheidung, ob und gegen wen Anklage erhoben oder das Verfahren eingestellt wird, soll nach Angaben der Justiz in der zweiten Novemberhälfte auf einer Pressekonferenz der federführenden Staatsanwaltschaft Bonn bekanntgegeben werden. Die Ermittlungen richteten sich gegen prominente Politiker, darunter Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP), und ehemalige Manager des Düsseldorfer Flick-Konzerns, deren Vorteilsnahme beziehungsweise Vorteilsgewährung zur Last gelegt wird. Die Politiker stehen in dem Verdacht, im Gegenzug für Steuerbefreiungen an den Flick-Konzern aus dem Erlös eines Aktienverkaufs Gelder erhalten zu haben.

Ehmke greift Bundeskanzler an

p. p. **Bonn**

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke hat die Bundesregierung davor gewarnt, mit der bisherigen Bonner Außen- und Sicherheitspolitik zu brechen. Gegenüber dpa sprach Ehmke davon, daß Bundeskanzler Helmut Kohl in der Gefahr sei, „sei es nun aus Absicht oder aus Dilettantismus", die deutschen Interessen nicht wahrzunehmen. In erster Linie zielte der SPD-Politiker dabei auf die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und betonte erneut, daß man die jüngsten Vorschläge des sowjetischen Parteichefs Juri Andropow prüfen solle. Eine „Einigungsmöglichkeit in Genf darf nicht dadurch verschüttet werden, daß der Westen nun anfängt, ohne Rücksicht auf Verluste zu stationieren".

Der stellvertretende Regierungssprecher Jürgen Sudhoff hat diese Kritik Ehmkes nachdrücklich zurückgewiesen und an Ehmke die Frage gerichtet, „wer hier eigentlich mit seiner bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik gebrochen hat". Die Annahme der SPD-Position zu den Genfer Verhandlungen wäre gleichbedeutend mit der „Hinnahme des sowjetischen Mittelstreckenmonopols". Im übrigen forderte er Ehmke auf, „keine Pappkameraden aufzubauen". Denn entgegen den Äußerungen des SPD-Politikers „denken weder die USA noch wir daran, die Neutronenwaffe einzuführen".

Sudhoff ging auch noch einmal auf die Diskussion um ein mögliches Vetorecht der Bundesregierung ein über den Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland stationierter Atomwaffen. Er stellte klar: Bonn habe nicht die Absicht, auch nur „mittelbar über ein Mitspracherecht, ein Atomwaffenland zu werden".

Strauß: Null nicht zur variablen Größe machen

Strategie-Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München

RÜDIGER MONIAC, **München**

Im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen hat der CSU-Chef Franz Josef Strauß „manche Offizielle" in Bonn gewarnt, die Null-Lösung falsch zu interpretieren. Sollte die Sowjetunion in der letzten Genfer Verhandlungsphase den Abbau ihres gegen Europa gerichteten SS-20-Potentials auf 50 oder etwas mehr Werfer anbieten, resultiere daraus für die NATO nach Ansicht von Strauß nicht der Verzicht auf Nachrüstung. Der Ministerpräsident sagte auf einer Tagung über internationale Politik und Strategie der Hanns-Seidel-Stiftung in München: „Wenn man den Begriff Null zu einer variablen Größe macht und sagt, Null kann auch 54, 75 oder 96 sein, dann hat die Sowjetunion einen großen psychologischen Sieg errungen." Er fügte hinzu, von da an hätte Moskau ein Vetorecht über Qualität und Quantität der Bewaffnung der NATO in Europa.

Strauß erklärte weiter, er verfüge über „ziemlich konkrete Informationen", daß die „DDR" schon seit Jahren unterirdische Anlagen aus der Zeit des Dritten Reiches für die Stationierung von Atomraketen wieder ausbaut. Diese „natürlichen Festungen" befänden sich zum Teil in 300 bis 400 Metern Tiefe unter einer Gesteinsschicht, so daß sie atomwaffensicher seien.

Der bayerische Ministerpräsident fügte auf eine entsprechende Frage der CSU-Bundestagsabgeordneten Krone-Appuhn nach dem Wert eines sogenannten Zwei-Schlüssel-Systems bei amerikanischen Atomwaffen in Europa hinzu, bei seinen kürzlichen Erklärungen dazu in einem Interview sei er mißverstanden worden. Es würde erheblich helfen, das Mißtrauen gegen die Amerikaner abzubauen, wenn die Europäer „im Stab Reagans" direkt an der Entscheidung über den Einsatz nuklearer Waffen beteiligt würden. Strauß schlug vor, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und die „kleineren europäischen NATO-Staaten zusammen" sollten je einen Vertreter im Stab des amerikanischen Präsidenten haben, damit sie dort am Informationsfluß und Entscheidungsprozeß des Atomwaffeneinsatzes beteiligt werden können. Strauß stellte klar, dies bedeute „kein europäisches Vetorecht", sei aber geeignet, eine noch engere Zusammenarbeit über den Atlantik zu dokumentieren. Die letzte Einsatzentscheidung treffe der amerikanische Präsident.

Große Teile der Strauß-Rede befaßten sich im weitesten Sinne mit der Nuklearpolitik des Bündnisses. Nachdrücklich unterstützte der CSU-Vorsitzende den angesichts der Genfer Stagnation in den Mittelstrecken-Verhandlungen wahrscheinlich notwendig werdenden Schritt, die neuen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa zu stationieren. In diesem Zusammenhang nannte er es verhängnisvoll, daß diese Waffen ständig als amerikanische apostrophiert würden. Strauß sagte, die Waffen des Doppelbeschlusses seien solche der NATO. Zur Unterstreichung seiner Ansicht meinte er, es müsse später möglich sein, auch „nichtamerikanische Verbände mit Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen" auszurüsten. Die Bundeswehr, die bereits mit Pershing-1-Systemen ausgestattet ist, schloß Strauß dabei ausdrücklich nicht aus.

Ferner stellte Strauß die These auf, die NATO gewähre den Europäern nicht nur Schutz vor der „ausgreifenden Machtpolitik der Sowjetunion", sie gebe ihnen „auch Sicherheit vor Amerika". Der bayerische Ministerpräsident begründete seine Ansicht mit folgenden Worten: „Wir sind Alliierte. In militärischen Auseinandersetzungen pflegen Alliierte besser behandelt zu werden als Neutrale. Wenn es um die nackte Brutalität eines ausgebrochenen Krieges geht, nehmen die Amerikaner auf die Gefühle der Europäer nur begrenzt Rücksicht." Strauß unterstrich mit allem Nachdruck, er wolle sich damit keineswegs als Gegner der amerikanischen Politik oder auch als „Lobredner" des Neutralismus darstellen. Wenn im Konfliktfall aber neutrale Länder „in den Schnittpunkt der Machtinteressen" der Großmächte gerieten, würde man auf Verbündete aus politischen Gründen mehr Rücksicht nehmen als auf Neutrale. Deshalb gebe die NATO den Europäern nicht nur Schutz vor der Sowjetunion, sondern auch „Sicherheit vor einem rein militärischen Denken der Amerikaner in einem Konfliktfall".

„Einsparung im sozialen Bereich unumgänglich"

F. D. **Berlin**

Mit der Forderung nach gesetzlicher Festschreibung einer Alterspflegeversicherung ist in Berlin gestern der 70. Deutsche Fürsorgetag beendet worden. Vor dem Hintergrund einer Situation in der „traditionellen Sozialpolitik", die nach Aussage von Berlins Sozialsenator Ulf Fink (CDU) „unmittelbar an ihre finanziellen Grenzen stößt" und im Jahre 1982 im Bundesgebiet mit über 530 Milliarden Mark für soziale Sicherungen zu Buche schlug, bekräftigte der Vorsitzende des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Otto Fichtner, die Forderung, das Pflegerisiko im Alter nicht länger der Sozialhilfe allein anzulasten.

Nach Fichtners Worten seien rund 37 Prozent der Sozialhilfeausgaben Pflegeausgaben. Auch nach Ansicht von Sozialsenator Fink sei die Sozialhilfe für derartige „allgemeine versicherungs- und versorgungsähnliche Leistungen nicht angelegt". Einsparungen im sozialen Bereich bezeichneten sowohl Fichtner als auch Fink als unumgänglich. Die Sozialhilfe könne in Zukunft ebensowenig wie das Pflegerisiko auch den Lebensunterhalt für Langzeit-Arbeitslose sicherstellen, meinte Fichtner.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, in dem Experten aus Gesetzgebung, Verwaltung und privaten Trägern vertreten sind, will sich zukünftig einer verschärften Diskussion über den Mißbrauch von Sozialhilfeleistungen nicht verschließen. In diesem Zusammenhang forderte Fichtner jedoch andere Verbände und Interessenvertretungen auf, ebenso über Mißbräuche auf Gebieten der Steuer, der Umwelt und der Subventionen „mit gleicher Deutlichkeit zu sprechen".

Trotz der angespannten Finanzlage im Bundesgebiet dürfe die Fürsorge und Sozialpolitik nicht hinter andere Leistungssysteme des Staates zurückfallen, forderten die Teilnehmer des Fürsorgetages. Diskussionsschwerpunkte neben einer Alterspflegeversicherung stellten in Berlin auch die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Gewalt in der Familie, Familienförderung, Hilfen für Ausländer sowie die Vor- und Nachteile einer sozialen Planung dar.

Darf Kirche einer Seite den Glauben absprechen?

Synode der EKD diskutierte in Worms über Nachrüstung

HENK OHNESORGE, **Worms**

Vor dem Barockbau der Wormser Dreifaltigkeitskirche bilden in der Kälte einige junge Menschen und einige ältere Frauen bibbernd ein Spalier. In den Händen halten sie Plakate und Spruchbänder, auf denen sie eine klare Absage an die Nachrüstung fordern und die Vision eines Atomkriegs heraufbeschwören. Durch dieses Spalier müssen die Delegierten der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die in dem Gebäude tagten, das auch „Reformationskirche" genannt wird. In ihm setzt sich in anderen Formen fort, was draußen angesprochen wird von jungen Studenten und von den „Wormser Frauen für den Frieden".

Die Grundpositionen der Auseinandersetzung sind klar, dargestellt in unmißverständlichen Erklärungen der Synodalen Erhard Eppler und Kurt Hennig. Eppler fordert vom höchsten Beschlußgremium des deutschen Protestantismus ein klares „Nein" zur Nachrüstung. Er verweist darauf, daß Luther gerade hier in Worms gegen alle Autoritäten, gegen Kaiser und Papst, seinem Gewissen gefolgt sei. „Man kann nicht so tun, als gebe es so etwas hier und heute bei hunderttausenden Menschen in unseren Gemeinden nicht."

Der Synodale Kurt Hennig dagegen, einer der Sprecher des schwäbischen Pietismus, fragt: „Kann die Kirche einer Seite in dieser Auseinandersetzung den Glauben absprechen?" Würde damit die Kirche nicht zu „irgendeinem Parteitroß"? Er plädiert für einen Verzicht auf Parteinahmen an politischen Fragen, weil dies mit dem Glauben nicht vereinbar sei, für eine Parteinahme zu sprechen, „wo auf beiden Seiten gläubige Christen stehen".

Zwischen diesen Ansichten bewegt sich die Mehrheit der Synodalen, versuchen einige Sprecher, einen Kompromiß zu finden. Einer der Punkte, der immer wieder aufgegriffen wird, ist eine Äußerung des früheren Bundeswehr-Inspekteurs und gläubigen Protestanten Ulrich de Maizière, die der Ratsvorsitzende Eduard Lohse in seinem Bericht zitiert hatte: „Jede Anwendung von Gewalt macht schuldig, auch die in Notwehr. Die Schuld aber wäre größer, überließe man seinen Mitmenschen wehrlos dem gewaltsamen Zugriff eines Angreifers und liefere ihn bei einer Fremdherrschaft aus, die ein Leben in Freiheit und unter Wahrung der Menschenrechte unmöglich macht."

Am Schluß der Debatte mußte sich Lohse ausdrücklich vor den Mitchristen de Maizière stellen und an die „Fairneß von allen appellieren", darum bitten, „anderen nicht zu unterstellen, was sie so nicht gesagt haben".

Und da ist auch noch die immer wieder zitierte Erklärung der Vollversammlung des Weltkirchenrats im August in Vancouver, mit der nicht nur die Anwendung, sondern auch schon die Herstellung und Lagerung von Atomwaffen als weder theologisch noch ethisch zu rechtfertigen und als „Verbrechen gegen die Menschheit" erklärt worden war. Diese Formulierung, die Lohse in dieser Schärfe nicht übernehmen will, ist unausgesprochen im Kirchenschiff ebenso präsent wie draußen vor der Tür. Dort fordern junge Leute Antwort mit Plakaten „Warum schweigt die Kirche" und – für die Älteren, die das noch verstehen – „Morituri" (die Todgeweihten).

Vor diesem Problem wird die andere so wichtige Frage auf dieser Synode, die Annäherung der durch die Reformation voneinander gespaltenen Kirchen und der Weg dazu, zweitrangig. Das in Jahrzehnten mühsamer Verhandlungen entstandene, jetzt der Synode vorliegende „Lima-Papier" über Taufe, Eucharistie und das Amt des Geistlichen beschäftigt zwar die Kirchenparlamentarier – aber vor dem Versammlungssaal ist davon nichts spürbar.

Ein in der Nähe gelegenes Geschäft in der Lutherstadt Worms bietet mit einem großen Plakat Luther-Souvenirs an, im Cafehaus gibt es Luther zum Essen in Form von „Luthernüssen" und Marzipan mit dem Konterfei des Reformators. Die Handvoll frierender Protestanten (in des Wortes doppelter Bedeutung) mit ihren Schildern und Plakaten und mit ihren violetten Tüchern nimmt die Wormser Bevölkerung kaum zur Kenntnis.

Wörner empfing ägyptischen Amtskollegen

AP, **Bonn**

Die bilateralen Beziehungen und die Lage in Nahost standen am Mittwoch im Mittelpunkt einer einstündigen Unterredung, zu der Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner seinen ägyptischen Kollegen Mohammed Abdel Halim Abu Ghasala empfing. Nach Angaben des Sprechers der Hardthöhe, Oberst Jürgen Reichardt, wurden auch die Möglichkeiten einer militärischen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Kairo erörtert. Über eine Kooperation auf dem Rüstungssektor sei jedoch nicht gesprochen worden. Der Ägypter habe die Bemühungen seines Landes zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten verdeutlicht.

Postpauschale bald nicht mehr strittig?

F. D. **Berlin**

Ein Übereinkommen mit der „DDR" in den seit einem Jahr geführten Verhandlungen über die von Bonn gezahlte Postpauschale kann nach Ansicht von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) in den nächsten Wochen erzielt werden. In Berlin erklärte er zu den Verhandlungen, es habe trotz „gewisser Schwierigkeiten Fortschritte gegeben".

Die „DDR"-Postverwaltung fordert von Bonn rückwirkend vom 1. Januar eine Anhebung des Pauschalbetrages für „erhöhte Leistungen". Bisher wurden von 1978 an jährlich 85 Millionen Mark an die „DDR" gezahlt. Die Höhe der jetzt gestellten „DDR"-Forderungen wurden bisher weder von Ost-Berlin noch Bonn offiziell mitgeteilt, die Bundespost, so verlautete in Berlin, soll jedoch zur Zahlung von 250 Millionen Mark bereit sein.

Jahrelanger Streit um Finanzausgleich?

AP, **Hannover**

Vor dem Bundesverfassungsgericht bahnt sich ein möglicherweise jahrelanger Streit um den Länderfinanzausgleich an. Der niedersächsische Finanzminister Burkhardt Ritz (CDU) teilte gestern vor der Presse in Hannover mit, die niedersächsische Regierung werde die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung erhobene sowie die von den Regierungen in Wiesbaden und Stuttgart angedrohten Klagen durch eine eigene erweitern. „Es ist allerdings schon jetzt abzusehen", sagte Ritz, „daß Verfassungsrichter überfordert sind."

Ritz erklärte, dieser Streit ums Geld könne zehn Jahre und länger dauern. Dabei geht es um die Milliarden, die Niedersachsen als Förderzinsen bei der einheimischen Gewinnung von Erdöl und Erdgas einnimmt. Im vergangenen Jahr waren es rund zwei Milliarden Mark gewesen. Durch die nachlassende Förderung gehe in diesem Jahr der Förderzins auf schätzungsweise 1,85 Milliarden Mark zurück und dürfte 1984 weiter sinken, teilte Ritz mit.

Die SPD-Regierung in Düsseldorf verlangt die volle Einbeziehung des Ölförderzins in den Länderfinanzausgleich. Die CDU-Regierung in Hannover lehnt das ab und schlug einen Kompromiß vor, den der Bundesrat zwar billigte, mit dem aber viele Länder nicht zufrieden sind. Ritz sagte, da auch die Regierungen in Wiesbaden und Stuttgart klagen wollten, würde Hannover darauf dringen, daß der gesamte Komplex Finanzausgleich vor das Bundesverfassungsgericht kommt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Bildungspolitik blieb beim GEW-Kongreß auf der Strecke

Von PETER PHILIPPS

Wider die Wende – Arbeit und Bildung – Frieden und Freiheit" stand als Motto über dem 19. Gewerkschaftstag der GEW in Mannheim. Doch als die Versammlung der Lehrergewerkschaft gestern nach knapp viertägiger Debatte auseinanderging, hatten die 396 Delegierten nur einen Teil des Weges zum selbstgesteckten Ziel bewältigt. Insgesamt blieb die Behandlung dieser fünf thesenhaft formulierten Schwerpunkte ein Torso.

Der Arbeitsmarkt für Lehrer ist eng geworden

Die GEW ist in den vergangenen Jahren in schwieriges Gelände geraten, und die Richtung, in der wieder saftigere Weiden auf die gewerkschaftliche Bearbeitung warten, ist noch nicht ausgemacht – geschweige denn der Weg dorthin:

Der Arbeitsmarkt für Lehrer ist so eng geworden, daß allein aus finanzpolitischen Gründen praktisch kein Bewegungsspielraum mehr besteht. Etwa 50 000 Pädagogen sind nach den Berechnungen der GEW bereits arbeitslos. Nach allen vorliegenden Prognosen wird diese Zahl in den nächsten Jahren auf ein Mehrfaches noch ansteigen.

Zwar bestreitet kein Experte, daß es aus pädagogischen Gründen sinnvoll wäre, einige tausend Lehrer zusätzlich einzustellen. Und Eltern schulpflichtiger Kinder wissen, wieviel Unterricht regelmäßig ausfallen muß. Aber die öffentlichen Kassen sind leer, und selbst wenn sie voller wären: Die Hochkonjunktur für Fragen der Bildungspolitik ist – auch dank des Übereifers der Bildungsreformer in den vergangenen Jahren – vorbei. Die Haushalts-Schwerpunkte haben sich verlagert. Außerdem: 250 000 angehende Lehrer bevölkern zur Zeit die Ausbildungsseminare, fünfzig Prozent dessen, was an (besetzten) Planstellen in der gesamten Bundesrepublik für Lehrer überhaupt zur Verfügung steht. Jede Maßnahme gegen Lehrerarbeitslosigkeit kann da nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein.

Der Tropfen heißt nach den Vorstellungen der GEW 35-Stunden-Woche. Mehr als fünf Millionen Mark stehen in einem „Kampffonds" zur Verfügung, aus dem auch die Aktivitäten zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit bezahlt werden sollen. Man will sich einordnen in die Front der großen Gewerkschaftsbrüder ÖTV und IG Metall. Dabei soll es auch keine große Rolle spielen, daß GEW-Mitglieder fast ausschließlich Beamte sind und nach geltendem Recht ihre Tarifforderungen nicht durch Streiks bekräftigen dürfen. Für Dieter Wunder, weitgehend unumstrittener Gewerkschaftsvorsitzender und in Mannheim mit großer Mehrheit im Amt bestätigt, geht es hier um eine „Grundsatzfrage", die so „fundamental" sei, daß man die „gegenwärtige Rechtsprechung zum Beamtenrecht für nebensächlich halten" könne.

Wunder vertraut auf die Zukunft

Auf mögliche Sanktionen gegen streikende Kollegen soll keine große Rücksicht genommen werden. Wunder vertraut auf die Zukunft: Dies sei in erster Linie eine „politische Auseinandersetzung", in der deshalb auch keine juristischen, sondern „politische Kompromisse gefunden" werden müßten.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde so in Mannheim zu einem Solidaritätserlebnis der Delegierten – vergleichbar nur den Emotionen bei der Behandlung der Themen Frieden, Beitragserhöhung, Stellvertreter-Wahl für Wunder und Neue Heimat. Wobei das Thema Frieden im Sinne innerschulischer Aktionen, „Mahnminuten" und pazifistischer Erziehung der Kinder auch noch im Motto des Gewerkschaftstages wiederzufinden war. Hier stimmte das innenpolitische Feindbild (Wunder: „Unions-Politiker verlieren die Facon") ebenso wie das außenpolitische: Zwei Resolutionen gegen die US-Invasion in Grenada und für die Verfolgten der polnischen „Solidarnosc" waren das Ergebnis.

Das Gemeinschaftserlebnis am Dienstagabend auf dem Hambacher Schloß, wo „demokratieschädliche Reaktionen von Bund und Ländern" ebenso gegeißelt wurden wie „obrigkeitsstaatliche antifreiheitliche Tendenzen" in dieser Republik, gehörte in den Kontext. Denn die Ablehnung der inneren wie der äußeren Sicherheitspolitik der amtierenden Bundesregierung gehörte zu den einigenden Elementen des Gewerkschaftstages. Im Foyer des Mannheimer Veranstaltungsgebäudes hatte Klaus Staeck seine Plakate angeboten, die übrigen Tische waren geprägt von den lila Tüchern des letzten Kirchentages und auf Stoff und Papier gedruckten Friedenstauben. Wer noch mehr aus der Menge herausragen wollte, konnte für sechs Mark einen blauen Original-„Sporthut für den Frieden" kaufen.

Weniger locker saß den Lehrern die eine Mark mehr Beitrag, die Schatzmeister Armin Müller von ihnen gefordert hatte. Das Problem wurde erst einmal um drei Jahre vertagt. Dabei ist die Kassenlage der GEW alles andere als rosig: Die organisierten Mitglieder sind in der Beitragshöhe weit entfernt von dem einen Prozent vom Bruttoeinkommen, das in den Industriegewerkschaften als Beitrag eingezogen wird; ein immer höherer Anteil an Studenten (15 000) und arbeitslosen Lehrern (10 000) in den eigenen Reihen (mit Minibeiträgen) reduziert die Einnahmen; die Zahl der Austritte ist inzwischen höher als die der Eintritte.

Der Ärger der Delegierten war überdeutlich

Und dann waren da noch die 868 000 Mark, die die GEW anteilemäßig für die Sanierung der Neuen Heimat im Rahmen des DGB hatte aufbringen müssen. Der Ärger der Delegierten in Mannheim war überdeutlich.

Das ureigenste Gebiet der Lehrer, die Bildungspolitik, mußte da wohl zwangsläufig auf der Strecke bleiben. Die Gesamtschule als Ideal für alle wurde noch einmal aufpoliert. Doch Perspektivisches fiel aus. Nabelschau und Nebenschauplätze hatten zuviel Zeit und Kraft gekostet.

China nimmt sich mit den Sowjets viel Zeit

Von JOHNNY ERLING

Gezielt werden aus den sowjetisch-chinesischen Konsultationen von der sowjetischen Seite Informationen an die Öffentlichkeit lanciert. Zwar kommentierte Peking wie erwartet durch seinen stellvertretenden Außenminister und Verhandlungsleiter Qian Qichen das Ende der dritten Konsultationsrunde am vergangenen Wochenende als nützlich, aber er wies dabei zum wiederholten Male auf die nicht ausgeräumten Hindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten hin.

Anders macht es Moskau. Über die, wie es heißt, der sowjetischen Delegation nahestehenden Kreisen – zu deutsch sowjetische Diplomaten in Peking – sickert die Kunde von einem sehr detaillierten Zehn-Punkte-Vorschlag durch, den Moskau unterbreitet habe.

Der Vorschlag soll von der Einrichtung einer ständigen telegrafischen

DIE ANALYSE

Verbindung – analog dem „roten Telefon" zwischen Washington und Moskau – über die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes, der Offenlegung der gegenseitigen Truppenstärke an den Grenzen bis hin zu der Schaffung einer ominösen atomwaffenfreien Zone zwischen beiden Staaten reichen. Die Pekinger Seite hätte sich bereit erklärt, die sowjetischen Punkte, die im weiteren mit einer Reihe von Absichtserklärungen zur Verbesserung des Handels und einem Abstimmen in der Haltung zu internationalen Fragen garniert sind, zu analysieren, heißt es dazu aus sowjetischen Kreisen.

Mit gleicher Euphorie war bereits der sowjetische Vizeaußenminister und China-Experte Michael Kapiza nach seinen Vorverhandlungen im September vorgeprescht. Kapiza damals: Es seien „neue Wege beschritten worden". Er mußte sich aber – ebenfalls von Qian – öffentlich an die Hindernisse erinnern lassen. Auf einem diplomatischen Empfang in Moskau Anfang Oktober klang es aus dem Munde Kapizas schließlich merklich nüchterner: Beide Delegationen hätten noch einen „sehr, sehr langen Tunnel zu durchlaufen".

Moskaus Strategie in den Pekinger Verhandlungen kreist um das streng bilaterale Angebot von vertrauensbildenden Maßnahmen an den Grenzen, dem ersten Punkt der Pekinger Vorbedingungen. Ungern läßt es sich dabei immer wieder an die Fragen Afghanistans und Kambodschas erinnern.

Diese vertrauensbildenden Maßnahmen aber hatte bereits Breschnew in seinen Reden in Baku und Taschkent 1982 angeboten. Andropow lockte mit ihrer „gemeinsamen Ausarbeitung und Verwirklichung im Raum der sowjetisch-chinesischen Grenze", und zwar in seiner bekannten „Raketenverschrottungsrede" im August 1983. Zugleich sprach Andropow aber auch unmißverständlich davon, „daß die sowjetisch-chinesischen Beziehungen so aufgebaut werden müssen, daß sie den Drittländern keinen Schaden zufügen. Das gleiche erwarten wir auch von der chinesischen Seite".

China hat sich bislang entschieden gegen jegliche Teilbarkeit der „Normalisierung" ausgesprochen. Die von Moskau angebotenen bilateralen Vorschläge betrachtet es als nützliches Ausgangsangebot, das eine atmosphärische Verbesserung bewirken und einen positiven Einfluß auf die begonnene Ausweitung des Handels und der Kulturbeziehungen ausüben kann. Auch auf Andropows Rede entgegnete Peking damals, es wolle sie analysieren, machte aber bald darauf deutlich, daß die massive Stationierung von SS 20 in Sibirien auch in diesem ersten Punkt Zeichen einer anderen Sprache sei. Parallel nun zur dritten Verhandlungsrunde kam die Kunde, daß weitere 18 SS 20 in Sibirien stationiert wurden, was den Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ein merkwürdiges Licht rückt.

Am 10. Oktober, vier Tage nach Beginn der Verhandlungsrunde, nahm Chinas Generalsekretär Hu Yaobang schließlich in einem Gespräch mit japanischen Journalisten grundsätzlich Stellung: Wir wünschen eine Normalisierung zur Sowjetunion, betonte Hu und rekapitulierte die Geschichte der Beziehungen: „Bis zu den sechziger Jahren waren unsere Beziehungen ausgezeichnet, wir hatten ein Bündnis. Damals konnten wir gar nicht anders. Wir mußten uns an sie lehnen."

Aber die Situation habe sich grundlegend geändert, gab Hu zu verstehen. Er glaube zwar an eine letztendliche Normalisierung der bis heute unnormalen Beziehungen zur Sowjetunion, aber China habe Zeit. Eine Normalisierung laufe eben nicht parallel zur Verschlechterung der Beziehungen zu anderen Staaten. Entscheidend für China sei dabei, ob sich ein Staat hegemonial verhalte. Das aber werfen die Chinesen Moskau weiterhin vor, solange der Kreml nicht bereit ist, Afghanistan und Kambodscha zur Diskussion zu stellen.

So ist die jeweilige propagandistische Begleitmusik Moskaus, die Internas aus den Verhandlungen in ein für sie günstiges Licht stellt, wohl kaum an die Adresse Chinas gerichtet. Sie lösen alte Befürchtungen im Westen aus. Peking wird nicht müde, sie zu zerstreuen. Hu: „Wir arbeiten nicht mit Tricks."

China und EG bauen ihre Beziehungen aus

dpa, Peking

China und die Europäische Gemeinschaft wollen ihre politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen festigen und weiter ausbauen. Dieser Wunsch beider Seiten wurde am Mittwoch in Peking bei Gesprächen des EG-Präsidenten Gaston Thorn mit chinesischen Spitzenfunktionären unterstrichen. Die Zusammenarbeit zwischen China und der EG habe ein „solides politisches Fundament", erklärte Außenminister Wu Xueqian bei dem Treffen mit Thorn. Sein Land hoffe auf eine langfristige und stabile Zusammenarbeit mit der EG im Wirtschaftsbereich und auf anderen Gebieten. Die EG sei bereit, den Technologietransfer auszudehnen.

Moskau setzt Kampagne gegen Korruption fort

AFP, Moskau

Die sowjetische Presse setzt ihre Kampagne gegen Korruption und Verschwendung fort. So berichtete die „Sowjetskaja Rossija" jetzt über weitverbreitete Mißstände im Lebensmittelvertrieb der Sowjetrepublik Rußland. Nach Angaben der Zeitung hat sich bei Überprüfungen herausgestellt, daß in der Hälfte der kontrollierten Betriebe Fälschungen in der Buchführung, Unterschlagungen, Korruption oder Verschwendung vorgekommen sind. Nach Angaben des russischen Finanzministeriums sind dadurch umgerechnet 150 Millionen Mark Schaden entstanden. Die „Sowjetskaja Rossija" macht für die Mißstände die „Passivität der örtlichen Kader" verantwortlich.

Proteste der Kirche in Nicaragua

dpa, Managua

Die Spannungen zwischen der katholischen Kirche und der linksgerichteten Regierung in Nicaragua haben sich nach Übergriffen auf Geistliche und dem Protest der Kirche mit einem „Tag der Trauer, des Hungers und Betens" verschärft. Die Erzdiözese von Managua berichtete, „feindliche Gruppen aus Zivilisten und Militärs" hätten am Sonntag in der Kirche San Judas in der Hauptstadt den Weihbischof Bosco Vivas gezwungen, das Gotteshaus zu verlassen. Ähnliche Zwischenfälle hätten sich auch in 20 anderen Kirchen ereignet.

Hintergrund der Zwischenfälle ist die Ablehnung des neuen Wehrpflichtgesetzes, nach dem sich 200 000 Jugendliche zwischen 17 und 22 Jahren im Oktober erfassen lassen mußten. Ein Teil von ihnen soll schon im Januar eingezogen werden. Die Kirchenführung hatte die Regierung der Sandinisten aufgefordert, die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anzuerkennen, die in dem Gesetz über den „Patriotischen Militärdienst" nicht enthalten ist. Das Gesetz trage die Züge „totalitärer Regime", hieß es in einem Schreiben. Zwei Salesianerpriester sind des Landes verwiesen worden. Die beiden Geistlichen, einer aus Costa Rica un der andere aus Spanien, haben nach Aussagen des Innenministeriums gegen das Wehrpflichtgesetz Propaganda gemacht.

Wie Prag die deutsche Presse auswertet

R. STRÖBINGER, Köln

In der Berichterstattung der bundesdeutschen Presse – mit Ausnahme der Organe der DKP – über die Ereignisse im Ostblock, gibt es keine „wesentlichen Unterschiede". Diese Meinung äußerte in der Zeitschrift des Tschechoslowakischen Journalistenverbandes „Cesko slovensky novinár" die Mitarbeiterin der CSSR-Behörde für Presse und Information – das ist die offizielle Prager Regierungspropaganda und Zensurinstitution –, Lenka Hrdlicková.

In einem Atemzug nennt Hrdlicková Tageszeitungen wie „Süddeutsche Zeitung", „DIE WELT", „FAZ" und „Frankfurter Rundschau" als Sprachrohre der „sozialismusfeindlichen Kräfte" in der Bundesrepublik. Auch „Stern" und „Spiegel" geben sich nach Ansicht der Prager Ideologin nur einen „liberalen Anstrich".

Trotz dieser angeblichen Gemeinsamkeit schreibt Lenka Hrdlicková ausführlicher über die Berichterstattung der „WELT" zur Tschechoslowakei. Dabei geht sie auf eine Monatsanalyse der Presse- und Informationsbehörde zurück, der alle wichtigen Tages- und Wochenzeitungen der Bundesrepublik in Prag unterzogen werden. Im Juni 1982, der für die WELT als Beispiel ausgewählt wurde, wurden dort insgesamt 314 Berichte und Kommentare über osteuropäische Länder veröffentlicht. Fast ausschließlich soll es sich um „scharfe antikommunistische Angriffe" gehandelt haben. Die Sowjetunion betrafen 47,1 Prozent, die „DDR" 22 Prozent, Polen 14 Prozent und die CSSR 6 Prozent der Beiträge, führt Lenka Hrdlicková aus. „Auch wenn es sich im Falle der Tschechoslowakei „nur" um sechs Prozent handelte, hat die bourgeoise Propaganda dies geschickt ausgenutzt", um auf die Probleme des sozialistischen Aufbaus in der Tschechoslowakei hinzuweisen. Es gibt, meint die Autorin weiter, keinen Bereich, dem man im Westen nicht Aufmerksamkeit widmen würde.

Der Artikel in der tschechoslowakischen Journalistenzeitschrift bestätigt zum erstenmal offen, daß sich offizielle Stellen in der CSSR ausführlich mit der Presse in der Bundesrepublik beschäftigen.

Nicaragua: Hort des Terrorismus?

Die Beziehungen Managuas zur PLO und ETA erweisen sich jetzt als schädlich

GÜNTER FRIEDLÄNDER, Miami

Nicaraguas Sandinisten müssen neue Erfahrungen machen. Ihnen schadet jetzt die Verbindung mit Arafats PLO, die den Vorwurf aufkommen ließ, Nicaragua habe seine kleine jüdische Gemeinde verfolgt und vernichtet, um Arafat gefällig zu sein. Diese Gemeinde zählte nur 30 Familien, von denen die meisten, ebenso wie andere Familien des Mittelstands, das Land nach dem Bürgerkrieg verließen. Die Verfolgung von Minderheiten ist in den USA ein wichtiges politisches Thema. Es geht ums Prinzip, und die Zahl der Betroffenen ist dabei ziemlich gleichgültig. Nach Grenada nun stehen solche Verbindungen zu terroristischen Vereinigungen in besonders grellem Licht. Im US-Kongreß dürften auch den Sandinisten wohlgesonnene Leute nach all den Entdeckungen auf Grenada mißtrauischer werden.

Außerdem hat sich ein weiteres Problem entwickelt, das Nicaraguas bisher gute Beziehungen zu Spanien bedroht: die Anwesenheit einer anderen internationalen Terrorgruppe, der ETA. Ein als Gregorio Jimenez Morales identifiziertes Mitglied der ETA war in Costa Rica verhaftet worden, als er aus Frankreich kommend, mit gefälschten Papieren über Irland, Moskau und Havana im Dienst der ETA nach Costa Rica einreisen wollte. Gerüchte von der Anwesenheit eines ganzen ETA-Kommandos in Costa Rica kamen auf, das angeblich Attentate gegen diplomatische Missionen und gegen Führer der „Contras" plante, die gegen die Sandinistas kämpfen.

Nicaraguas Innenminister Tomas Borge erklärte, solche Behauptungen würden von denen erfunden, die Nicaragua „noch mehr isolieren" wollten, und es sei ihm gelungen, Spaniens Regierungschef von der Wahrheit zu überzeugen. Das ist jedoch mehr als fraglich, denn in Spanien vermutete man lange vor der Verhaftung von Jimenez, daß Mitglieder der ETA Trainingslager in Nicaragua haben, in denen Spanier, Italiener, Honduraner und Puertoricaner als Terroristen ausgebildet werden.

Jimenez, der aus dem Gefängnis die Sandinistas aufrief, „ihre Revolution, die sie so viel kostete, fortzusetzen", hat Mittelamerikas Revolutionären einen Bärendienst erwiesen. Borges Erklärung, „die Regierung in Managua hat keine Beziehung zur ETA und plant auch keine", erscheint alles andere als glaubwürdig.

Die Anwesenheit von Terroristen der ETA wurde in Nicaragua in der Zeitung „Barricada" bereits im August erwähnt, und der Ton der Veröffentlichung straft Borges Lügen. „Barricada" meldete damals die Ankunft von 67 Mitgliedern einer „Brigade" von Basken und kündete die Ankunft einer zweiten Gruppe von 30 an, um „Arbeiten internationaler Solidarität" zu verrichten. Die spanische Zeitung „ABC" wußte schon lange vorher davon, daß im Laufe der letzten beiden Jahre 100 Mitglieder der ETA in Nicaragua militärische Ausbildung erhielten.

Die Diskussion um Nicaragua als neue Heimat von Terroristen aller Länder entwickelt sich nach Grenada zu einem zentralen Thema. Träumer der Revolution ersehnen sich eine internationale Brigade im Stil des spanischen Bürgerkrieges. Aber diese Zeiten kommen nicht wieder. Heute heißt Internationalisierung, zum Treffpunkt der Terroristen der ganzen Erde werden, und das ist politisch teuer. Frankreich und Spanien hatten sich bisher an die Seite Nicaraguas gestellt, was sich nun ändern könnte. Spaniens Außenminister Fernando Moran hat mit Maßnahmen „bis zur letzten Konsequenz" gedroht, sollte eine Verbindung zwischen den Sandinistas und der ETA nachgewiesen werden. Für die USA wäre das eine große Hilfe.

Für die Bemühungen der Contadora-Gruppe hingegen könnte es fatal sein, sollte es sich herausstellen, daß sie von den Revolutionären in Nicaragua an der Nase herumgeführt wird. Die Frage wird immer bedeutsamer, wie sehr sich der mittelamerikanische Konflikt auf Nicaragua als neue Heimat des internationalen Terrors konzentriert. (SAD)

Seite 2: Dialog mit Schlägen

Moskaus „Taktik der Abstumpfung"

Immer wieder sowjetische U-Boote in den Küstengewässern Schwedens / Eine Bilanz

F. HALLMANN, Stockholm

Während Norwegen bisher in diesem Jahr nur bei einem Anlaß seine Flotte zur Jagd auf fremde U-Boote, und zwar im Hardangerfjord, einsetzte, ist sowohl die schwedische Nordsee- wie Ostseeküste wiederholt von solchen Eindringlingen heimgesucht worden. Nach Ansicht von Sven Andersson, des Chefs der schwedischen U-Boots-Kommission, waren es eindeutig sowjetische Einheiten.

In schwedischen Gewässern haben in den letzten neun Monaten intensive U-Boot-Jagden an folgenden Orten stattgefunden: Im Dezember vorigen Jahres wurden im unmittelbar vor Stockholm liegenden Hårsfjärden Spuren von wenigstens zwei U-Booten auf dem Meeresboden fixiert. Im April/Mai dieses Jahres wurden Minen gesprengt und Senkbomben im Klingerfjärden vor der mittelschwedischen Stadt Sundsvall gegen ein fremdes U-Boot geworfen. Die Jagd hielt fünf Tage an. Im Juni wurde eine U-Boot-Jagd gegen zwei fremde U-Boote an der nordschwedischen Küste bei Umeå unter intensivem Marineeinsatz durchgeführt. Im Juli hatten schwedische Kriegsschiffe mehrere Kontakte mit einem fremden U-Boot im Törefjärden in Nordschweden, wo weitläufige Baumsperren im Fjord ausgelegt worden waren. Im September zeigten Ölproben im Fjord des Kriegshafens von Karlskrona in Südschweden, daß sich „mindestens ein fremdes U-Boot" hier aufhielt. Kurz darauf wurde außerhalb von Hudiksvall durch Marineeinheiten ein fremdes U-Boot bei Agö gejagt.

Wieder im September wurden U-Boote noch bei Söderhamn, nördlich von Stockholm, im Bottnischen Meerbusen und bei Marstrand an der schwedischen Westküste gejagt. Zu den genannten Vorfällen gesellen sich dann noch, wie General Lennart Ljung, der Oberbefehlshaber der schwedischen Armeen, am 17. September betonte, zahlreiche andere Fälle, in denen „die Tätigkeit fremder U-Boote" registriert wurde, in diesem Jahre, seit dem Mai, „circa 200 Observationen, die mehr oder weniger eingehend analysiert wurden". „Diese Kränkungen zeigen", so der General, „eine total fremde Attitüde, nämlich daß eine Großmacht auf diese Weise gegen ein neutrales Nachbarland auftreten kann und will." Radar- und Hydrofonmessungen, optische Beobachtungen sowie Meeresgrundspuren ließen hier keinen Platz für Zweifel.

„Die Schweden sind naiv, wenn sie glauben, daß ihre Neutralitätspolitik und ihre scharfen Proteste die Sowjetunion daran hindern könne, ihre U-Boot-Einsätze in schwedischen Gewässern fortzusetzen", sagte mit einem kaum zu überbietenden Zynismus ein außenpolitischer Sprecher der Sowjetunion, Arbatow, in einem Seminar des Carnegie-Instituts von Washington am 25. April dieses Jahres. Das war von der dortigen schwedischen Botschaft registriert und von der schwedischen Regierung, wie es in der hiesigen Presse hieß, „mit großem Ernst" aufgenommen worden. Dabei blieb es.

„Elma" soll helfen

Es ist eine Situation eingetreten, in der die großen Blätter des Landes bereits von einer „Taktik der Abstumpfung" zu sprechen beginnen. „Ist das schwedische Volk dabei", fragt in solchem Zusammenhang die große konservative „Svenska Dagbladet", „sich daran zu gewöhnen, daß es ein Normalzustand ist, wenn sowjetische U-Boote sich in der Nähe militärisch empfindsamer Anlagen an der schwedischen Küste befinden?" Die Frage kann kaum vermieden werden: Bedeutet die militärische Aktivität der Sowjets auf schwedischem Boden zur intensiven Rekognoszierung, daß Moskau Schweden im Falle eines Großkrieges als Basis benutzen will? „Falls ein Großmachtkonflikt in Europa ausbricht, ist es wahrscheinlich, daß das nordische Gebiet, und vielleicht auch Schweden, bereits in einem frühen Stadium, vielleicht schon früher als wir bisher glaubten, berührt werden wird", sagte dazu General Ljung am 27. September.

Eine Reihe von Marineexperten haben darauf hingewiesen, daß die Ostsee, und besonders die schwedische Küste, ein Meer ist, in dem wegen der Flachheit Echos von U-Booten im Echo des Bodens ertrinken. Neue Waffen zum Beispiel, die als sehr effektiv bezeichnete Senkbombe „Elma", die Löcher durch alle bekannten U-Boot-Wände schlägt, sollen hier Abhilfe schaffen, wenn auch immer wieder Antimilitaristen und Pazifisten nicht weniger als eine Verschrottung der gesamten schwedischen U-Boot-Bekämpfungswaffe fordern.

Die Admiralität ist der Ansicht, daß die kürzlich vom Reichstag für die U-BootJjagd veranschlagten zusätzlichen 250 Millionen Kronen als total unzureichend anzusehen sind, um die schwedische Neutralität weiterhin an den Küsten des Landes wahren zu können.

Die Stimmung im Lande in Zusammenhang mit der nunmehr seit zwei Jahren anhaltenden schwedischen Debatte, seit das sowjetische U-Boot U-137 im Kriegshafenbereich von Karlskrona in Südschweden auf einen Felsen lief und sich stellen mußte, spiegelt sich in zwei neueren Zitaten aus hiesigen Zeitungen. Die „Skanska Dagbladet", ein Organ des bäuerlichen Zentrums, schreibt: „Schweden darf sich einfach nicht der Situation aussetzen, daß die Verteidigungsmöglichkeiten unseres Landes in Frage gestellt werden." Die konservative „Wermlands-Tidningen" stellt die Frage, „wie fassen die Sowjets und die USA eine schwedische Landesverteidigung auf, die nicht den Erwartungen entspricht, welche uns als einem allianzfreien, neutralen und stabilisierenden Faktor im Norden gestellt werden? Ist unsere Landesverteidigung noch glaubwürdig?".

Der Chef der U-Boot-Kommission, Sven Andersson, stellte vor der Presse fest, daß „weitere heimliche Indizien darüber vorliegen, daß es sowjetische U-Boote waren, die in diesem Sommer in schwedische Gewässer eindrangen". Der neue Führer der liberalen Volkspartei, Bengt Westerberg, fordert deshalb, daß man im Falle der nächsten Kränkung der schwedischen Neutralität durch ein sowjetisches U-Boot als erste Maßnahme die kulturellen und sportlichen Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen soll. Das aber ist von einer Regierung Palme kaum zu erwarten.

Beichtvater Walesas wird angeklagt

DW./AP, Warschau

Die Staatsanwaltschaft von Danzig wird noch in diesem Monat formell Anklage wegen „Mißbrauch der Religionsfreiheit" gegen den Priester Henryk Jankowski, den Beichtvater und engen Berater von Arbeiterführer Lech Walesa erheben. Jankowski sagte gestern in Danzig, er habe eine Aufforderung erhalten, am 15. dieses Monats vor der Staatsanwaltschaft zu erscheinen, die ihn dank von den einzelnen Anklagepunkten in Kenntnis setzen wolle. Der Beichtvater Walesas, der im vergangenen Monat von gegen ihn laufenden Ermittlungen unterrichtet worden war, bezeichnete die neuerliche Vorladung als weiteren Teil einer gegen ihn laufenden „Kampagne der Unterdrückung". Jankowski hatte sich in seinen Predigten mehrfach für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" ausgesprochen.

Walesa nahm gestern nach längerer Krankheit wieder seine Arbeit in der Danziger Lenin-Werft auf. In dieser Woche will er die Entscheidung darüber bekanntgeben, ob er den ihm zuerkannten Friedensnobelpreis am 10. Dezember in Oslo selbst entgegennehmen will.

Vorstoß für Entlassung von Gefangenen

uu. Bonn

Der Atomphysiker Professor Edward Teller hat zusammen mit der amerikanischen Stiftung Western-Goals eine Kampagne gestartet mit dem Ziel, von der Sowjetunion die Freilassung von 269 politischen Gefangenen zu erreichen. Diese Häftlinge sollen als Teil einer Wiedergutmachung für die 269 Opfer des Abschusses eines südkoreanischen Passagier-Flugzeuges am 1. September angesehen werden. Unter den Toten ist der Gründer der Stiftung Western-Goals, der US-Kongreßabgeordnete Lawrence McDonald.

Wie Edward Teller in Washington erklärte, soll eine Liste der Namen, unter denen sich die sowjetischen Bürgerrechtler Anatolij Schtscharanski und Mykola Rudenko befinden, und eine Petitionsschrift der sowjetischen Botschaft in Washington übergeben werden.

Teller betonte, daß man sich bei der Auswahl der politischen Gefangenen danach gerichtet habe, welche den skandalösesten Verfolgungen ausgesetzt sind. Die enge „Verknüpfung" der Namen der Gefangenen mit den Namen der an Bord der Zivilmaschine Umgekommenen, solle „den Menschen in der Welt helfen, sich bewußt zu machen, was die Sowjetunion ist und wie sie handelt".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Scheiden tut weh!

„Scheidungsrecht in der Krise"; WELT vom 14. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Scheidungsrecht steckt in der Tat in einer Krise – und das nicht erst seit heute. Vielmehr wurden die eklatanten Mängel des mit viel Propagandaaufwand verkauften „Jahrhundertwerks" schon mit seinem Inkrafttreten offenkundig.

Durch die Ausmerzung aller ethisch positiven Werte aus dem Familien- und Eherecht – wie etwa Treue, familiäre Pflichten, Verantwortung – wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, Familie und Ehe unter rein monetären Aspekten umzufunktionieren. Es ist nur konsequent, daß eine Scheidung heute auf dem Rücken des berufstätigen Partners ausgetragen wird, dem durch den psychischen und wirtschaftlichen Ruin oft genug jede Lebensperspektive genommen wird.

Zum Schutz aller Erwerbstätigen, ob Mann oder Frau, erhebt der Bürgerbund gegen Scheidungsrecht e.V. daher folgende Forderungen:

- Unterhalt nur bei ehebedingter Unterhaltsbedürftigkeit („wenn die Aufgabenverteilung in der Ehe zum Nachteil des einen Ehegatten fortwirkt" – Bundestags-Drs. 7/4361, S.15).
- Hausarbeitsleistung für Unterhalt (nach Trennung und Scheidung dürfen nicht einem Partner nur Pflichten, dem anderen nur Rechte bleiben).
- Zeitliche Begrenzung von Unterhaltspflichten, abgestuft nach der Ehedauer.
- Mehr Einzelfallgerechtigkeit durch erweiterte Billigkeitsklauseln.
- Gesetzliche Regelung der Unterhaltshöhe (es ist unsozial, daß ein verlassener Behinderter auch seine Schwerbehindertenzulage anteilig abtreten muß – so BGH).
- Koppelung des Vorsorgeunterhalts an eine Altersversicherung.
- Berücksichtigung des Zugewinns beim Unterhalt.
- Abschaffung der Prozeßkostenvorschußpflicht.
- Sorgerecht zum wirklichen Wohl des Kindes: U. a. Abkoppelung des Unterhalts.
- Kürzung des Unterhalts bei Vereitelung der Kontakte des Zahlenden mit seinen Kindern.
- Koppelung der Steuererleichterungen an Unterhaltsleistungen.
- Kein Versorgungsausgleich *ohne* ehebedingten Versorgungsnachteil.

Mit freundlichen Grüßen
Norbert Hörr,
Bürgerbund gegen Scheidungsrecht e.V.,
Bonn 1

An Jesus „vergriffen"?

„Sprach der Heiland wie ein Prolet?"; GEISTIGE WELT vom 17. September

Ben-Chorin findet meine „Soziologie des Neues Testaments" (so der Sachtitel) „recht anregend" und die angewandten Methoden „originell", ja „neu". „Speziell ‚Der zensierte Jesus' müsse als Skandalon angenommen werden, wenn uns die Gestalt Jesu nahe bleiben und nicht im dogmatischen Kältetod erstarren soll." Es ist schwer zu verstehen, daß er mich im gleichen Atemzug einen „neumodischen Soziologen" nennt, der sich an Jesus „vergreife", sich „ungeniert" als „Entdecker" aufspiele, der „völliges Neuland" erschlösse und seine „Vorläufer" verschweige.

Was Ben-Chorin über mich persönlich denkt, bleibt ihm unbenommen. Widersprechen muß ich um der Gerechtigkeit willen von der Sache her. Nur Voreingenommenheit gegen die Soziologie läßt ihn die in den „Lageberichten" aufgewiesene breite Basis übersehen, auf der mein Buch ruht. Oder führt ihn seine Abneigung gegen die Wissenschaft überhaupt zu seinen Urteilen? Wie könnte er sonst Theorien, die für jede wissenschaftliche Disziplin unabdingbar sind, „Scheuklappen" nennen?

Aber vielleicht tue ich Ben-Chorin unrecht. Vielleicht liegt es an der Art seiner Lektüre. Er liest unaufmerksam, wenn er sich auf ein Register stützt, das ausdrücklich als eingeschränkt bezeichnet wird. Die „Belege" scheint er kaum gelesen zu haben. Dort konnte er lesen, daß nicht ich, sondern der Theologe Gerd Theissen den theologischen Streit in Korinth soziologisch analysiert (S. 118, Beleg 26), abgesehen davon, daß keine Disziplin den sozialen Charakter gerade religiöser Riten bestreitet. Die „Lageberichte" scheint er überhaupt nicht gelesen zu haben. Wie könnte er mir sonst vorhalten, ich verschwiege Vorläufer und kenne Standardwerke nicht? Die von ihm vermißten Autoren sind in umfassendem Zusammenhang genannt, Ferdinand Hahn, S. 303, und Karl Kautsky, S. 306.

Es ist gewiß kein sicheres Zeichen für die Qualität eines Buches, daß es in wenigen Monaten drei Auflagen erlebt, wohl aber sprechen fundierte Rezensionen und der nicht nachlassende Briefwechsel zum Buch eine deutliche Sprache. Mit einer flüchtigen Lektüre kann man einem Buch, das in jahrelanger Stetigkeit entstand, nicht gerecht werden.

Professor Dr. A. Mayer,
Chieming

Stiftungs-Segen

„Biedenkopf: Mehr Geld für Innovation"; WELT vom 23. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

bravo! Und dazu auch mehr privates Geld und mehr Konkurrenz für die Forschung. Denn Monopole und Bürokratien sind nie effizient, auch nicht in der Forschungsförderung. Daß die deutsche Wissenschaft im internationalen Vergleich zurückfällt, wird aus der Verteilung der Nobel-Preise und aus der Lizenzbilanz klar. Es ist der Öffentlichkeit noch nicht genügend bekannt, daß wir auch in der Forschungsförderung ein Opfer der allgegenwärtigen Bürokratie geworden sind.

Daß man durch Subvention überholter Produktionen unseren sozialen Staat nicht erhalten kann, ist sicher. Für Innovationen brauchen wir aber bessere Forschung durch mehr Konkurrenz von Forschungsförderungssystemen und mehr Forschung durch privates Geld, und dafür brauchen wir ein besseres Spenden- und Stiftungsrecht.

Mit freundlichem Gruß
Professor Dr. H. H. Kornhuber,
Ulm

Wort des Tages

„So eigensinnig widersprechend ist der Mensch: zu seinem Vorteil will er keine Nötigung, zu seinem Schaden leidet er jeden Zwang."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Falsches Zugpferd

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Dienstag, dem 25. Oktober, wurde Udo Lindenbergs langjähriger Wunsch, in der DDR singen zu dürfen, erfüllt. Was veranlaßt einen Rockstar, sich als Zugpferd vor eine Friedenskundgebung spannen zu lassen, die man einseitiger im Westen nirgendwo finden wird? Eine „Friedensveranstaltung", deren Teilnehmer sorgfältig ausgesucht wurden, deren Ziel von Staats wegen schon bestimmt ist, ein Staat, der die Invasion in Afghanistan als Befreiungstat verteidigt, der sich selbst mit einer auf der ganzen Welt nicht vergleichbaren Grenze umgeben hat und so seinen eigenen Bürgern ein freies Ausreisen unmöglich macht.

Selbst Udo Lindenberg muß doch erkennen, daß es den NATO-Doppelbeschluß, den er mit seinem Auftreten in der DDR bekämpfen wollte, nicht geben würde, wenn uns der Warschauer Pakt, und somit auch die DDR nicht wöchentlich mit einer zusätzlichen SS 20 (bis jetzt 350) bedrohen würde.

Udo erkennt seinem Erich ja großen Humor zu, ja, dann ist ja alles in Ordnung! „Um die Bourgeoisie einzuschläfern, werden wir die eindruckvollste Friedensbewegung der Welt starten. Es wird sensationelle Angebote und Zugeständnisse geben. Die kapitalistischen Länder, stupid und dekadent wie sie sind, werden freudig an ihrer eigenen Vernichtung mitarbeiten" (Dimitri Manuilski, ehem. KPdSU-Mitglied vor der damals noch existierenden Kommunistischen Internationale) – gratuliere, Udo!

Mit freundlichem Gruß
Johannes Kram,
Trier

Personalien

GEBURTSTAG

Bundespräsident **Karl Carstens** gehört kommenden Sonntag in Bonn zu den Gratulanten, wenn **Rolf Lahr**, früherer Bonner Staatssekretär und ehemaliger deutscher Botschafter in Rom, 75 Jahre alt wird. Carstens und Lahr waren einmal zur gleichen Zeit Staatssekretäre im Auswärtigen Amt gewesen. Rolf Lahr gehörte zu den profiliertesten Nachkriegsdiplomaten. Nachdem er 1953 von der Außenhandelsabteilung des Bonner Wirtschaftsministeriums auf Vorschlag des damaligen Kanzlers Konrad Adenauer ins Auswärtige Amt überwechselte, wurde Lahr kontinuierlich mit bedeutenden internationalen Verhandlungen beauftragt. Nach Übernahme des Sonderreferates für deutsch-französische Beziehungen und als späterer Leiter der deutsch-französischen Saarverhandlungen war er maßgeblich an der wirtschaftlichen Regelung der Saarfrage beteiligt. Seinen „besten Mann", so Konrad Adenauer damals, beauftragte der Kanzler 1957, die Leitung der deutschen Delegation bei den deutsch-sowjetischen Verhandlungen über ein Handels- und Konsularabkommen zu übernehmen sowie über die Frage der Rückführung der deutschen Staatsangehörigen aus der Sowjetunion mit den Russen zu sprechen. Die Verhandlungen, bei denen auf sowjetischer Seite damals Gegenpart Wladimir Semjonow war, heute Sowjetbotschafter in Bonn, gestalteten sich ungeheuer schwierig. „Das mühseligste, was ich je erlebt hatte", so Lahr. Und anstatt von sechs vorgesehenen Wochen verhandelte man neun Monate miteinander. Lahr, Fachmann auf dem Gebiet Handelspolitik, Entwicklungspolitik, Kulturpolitik und die Europäischen Gemeinschaften im Auswärtigen Amt, setzte sich später auch mit Nachdruck für den Beitritt von Großbritannien zur Europäischen Gemeinschaft ein. Das war kurioserweise der Moment, nach seinen eigenen Worten, in dem er das Wohlwollen Konrad Adenauers verlor. Lahr über „den großen Kanzler", aber „den schwierigen Menschen Adenauer": Solange man ihm nützlich war, war man ein großartiger Mann. Wenn man ihm aber in die Quere kam, dann erklärte Adenauer gerne, „der Mann versteht nichts von den Dingen". Adenauer war in einem Anflug von Verärgerung über Lahrs Pläne so weit gegangen, daß er den Satz von sich gab: „Der Staatssekretär hat nie was von den Dingen verstanden." Rolf Lahr brauchte das nicht anzufechten. Er war es, der 1966 die diffizilen Verhandlungen über die deutsche Wirtschaftshilfe an Israel führte, die an die Stelle der am 31. März 1966 beendeten Wiedergutmachungsleistungen trat. 1969 ging Rolf Lahr als Botschafter nach Rom. 1973 trat er in den Ruhestand. Seine großen Erfahrungen nutzte das Auswärtige Amt auch weiter. Er erhielt einen Privatdienstvertrag und wurde Vertreter der Bundesrepublik bei der FAO in Rom. Seine Karriere beschrieb er später in dem Buch „Zeuge von Fall und Aufstieg".



Plausch am Rande eines großen Bonner Diplomatenempfanges unter langjährigen Freunden: Rechts **Rolf Lahr**, lange Jahre Staatssekretär und später Botschafter, im Gespräch mit dem früheren Botschafter Dr. **Heinrich Northe**, der zuletzt auf Posten in Lima war. FOTO: KEIL

Der Musikwissenschaftler und Pädagoge Professor **Ernst Laaff** wird morgen seinen 80. Geburtstag feiern. Der Wiesbadener leitete von 1948 bis 1968 als Direktor das von ihm gegründete „Staatliche Hochschulinstitut für Musik" in Mainz, das heute als „Fachbereich Musikerziehung" zur Johannes-Gutenberg-Universität gehört. An dem Institut wurden unter der Leitung von Ernst Laaff rund 700 Musiklehrer für die höhere Schule und eine Vielzahl von Musikpädagogen für Volks- und Realschulen, Kirchenmusiker, Chorleiter und Privatmusiklehrer ausgebildet. Laaff, der jetzt in Baden-Baden lebt, war jahrelang außerdem als Honorarprofessor an der Universität Mainz tätig. Das von ihm geleitete „Collegium musicum" der Hochschule ist in 24 Jahren mehr als 1000mal mit Konzerten an die Öffentlichkeit getreten.

ERNENNUNGEN

Neuer Bundesgeschäftsführer des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist **Erhard Hackler**. Der 33jährige Rechtsanwalt aus Siegen, der neben Jura auch Philosophie und Theologie studierte, war bisher in der Abteilung „Politik" in der CDU-Zentrale im Bonner Konrad-Adenauer-Haus tätig. Hacker ist Nachfolger von **Wilhelm Staudacher**, der im September zum Chef der Hauptabteilung Politik im Adenauer-Haus ernannt worden ist.

*

Als einzige Stadt in Niedersachsen wird Goslar am Harz künftig von einer Frau regiert. Der Rat der Stadt wählte in dieser Woche die bisherige Ortsbürgermeisterin von Goslar-Hahnenklee, Frau **Marta Lattemann**, CDU, zum neuen Stadtoberhaupt. Die 54jährige Kommunalpolitikerin ist Nachfolgerin von Dr. **Herbert Werner**, CDU, der sein Amt aus Gesundheitsgründen niedergelegt hat.

135 Minuten „Jugendabend" live vom WDR

So echt heiß und irre

Echt heiß und irre soll es heute abend zwischen „Tagesschau" und „Tagesthemen" zugehen; Peter Büchel, Leiter der WDR-Jugendredaktion konnte seine 135 Minuten in der besten Sendezeit unterbringen. Nur leider haben sich die Nomenklaturmeister des Westdeutschen Rundfunks mit „Jugendabend" einen phantasiearmen und staubtrockenen Titel ausgedacht. Doch so unterentwickelt wie die Überschrift wird der Abend hoffentlich nicht ausfallen.

Im Kölner Studio B präsentiert Michael Braun seine bekannte frischfreche, aggressiv auf den Pelz rükkende Talk-Show. Brauns Talk-Partner sind Christian und Christiane – Christian Lochte, Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, und Christiane F., bekannt aus „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo", daneben Désirée Nosbusch und der Schweizer „Fledderer" Urs, der sich und seine Wohngemeinschaft ausschließlich aus Mülltonnen vor Kaufhäusern ernährt. Vom Studio B wird in das Kölner Privattheater „Comedia Colonia" umgeschaltet. Dort gastiert das „Vorläufige Frankfurter Fronttheater", ein Kabarett, das sich zwar als links versteht, aber auch die Linke und vor allem sich selbst auf die Schippe nimmt. „Haut doch der Jugend einen drauf!", heißt der Titel des Programms mit dem Team Hendrike von Sydow, Mathias Beltz, Dieter Thomas und Karl, dem Hund. Aber selbst der ist nicht tierisch ernst.

Jugendabend – ARD, 20.15 Uhr

Derweil steigt eine „Rock-Palast"-Disco in dem Kulturzentrum „Zeche Bochum". Alan Bangs moderiert. Rock-Stars wie Toyah und Kim Wilde, der Rap-Künstler Curtis Blow und die spontan für diesen Abend gebildete German-All-Star-Band mit Marius Müller-Westernhagen (Gesang), Klaus Häuser und F. J. Krüger (Gitarre), Herwig Mitteregger (Schlagzeug) sind die Dollnummern, alles steht unter dem Motto: Stil. Denn es kommen Leute, die stilvoll gekleidet sind, den Stil eines Idols kopieren oder diesem zum Verwechseln ähnlich sehen. Redakteurin der „Zeche Bochum" ist Monika Minzlaff, „Comedia Colonia" betreut das gepflegte WDR-Mittelalter Dieter Kremin, während der WDR-Youngster Helge Haas die Talk-Show redigiert.

Die drei Programmblöcke werden nicht erratisch über- oder nebeneinander geschichtet, im Gegenteil, beabsichtigt ist Block-Geschnipsel, ja geradezu ständiger Block-Salat. Immerfort soll in Studio B zwischen- und durcheinander geschaltet werden – zur „Comedia Colonia" oder zur „Zeche Bochum" und dann wieder zurück. Störfaktoren stören nicht, sie sind eher eingeplant, damit sich ein munteres Chaos ergibt.

Der gesamte Jugendabend ist natürlich live. Einzige Konserve ist Alan Bangs Interview mit Keith Richard von den Rolling Stones. Und eins steht noch fest: Der nächste „Jugendabend" kommt ganz bestimmt. Vorgesehen ist der 1. März 1984.

GISELHER SCHMIDT

STUDIO

Starke Kritik an den Kirchenfunk-Redaktionen übte bei einer Veranstaltung der Evangelischen Allianz in West-Berlin der Programmdirektor des Evangeliumsrundfunks Wetzlar, Horst Marquardt. Bei den kirchlichen Redaktionen fehle die Bereitschaft, „das Evangelium wirklich klar zu sagen", meinte Marquardt. Die ohnehin geringe Anzahl der den Kirchen zugeteilten Sendeeinheiten werde „verhökert" und „verschenkt". Statt mit der Vermittlung des Evangeliums befaßten sich kirchliche Redaktionen mit gewerkschaftlichen und kulturellen Belangen. Wenn mehr Evangelium in den Medien gefordert würde, dann sei das mehr qualitativ als quantitativ zu verstehen. Man wünsche sich ein Gesamtprogramm, das stärker von christlicher Verantwortung durchzogen sei.

Zur Beteiligung des Evangeliumsrundfunks an den sogenannten Neuen Medien sagte der Programmdirektor: „Wir haben uns um das öffentlich-rechtliche System bemüht, haben aber eine Absage erhalten." Der Evangeliumsrundfunk sei also kein „Bahnbrecher" der Neuen Medien, da sie aber „sowieso kommen, möchten wir nicht gerne draußen bleiben". Nach Meinung von Marquardt kann sich eine „elektronische Kirche" nach nordamerikanischem Beispiel in der Bundesrepublik nur dann entwikkeln, „wenn sich die Kirche weiter zurückhält" und das daraus resultierende Vakuum vom Evangeliumsrundfunk nicht aufgefangen werden könne. (epd)

KRITIK

Eitles Gunsch-Konzert

Früher setzten sich die Leut' an einen Tisch, tranken Wein, lachten und scherzten, und wenn sie beschwipst waren, so sangen sie frohgemut in der Runde; oder sie schmusten, Paar um Paar. Heute ist es anders, man setzt sich vor den Bildschirm, auf dem die Stellvertreter zu sehen sind, die für unsereinen so tun, als ob sie Wein tränken, die als kundige Profis einen Schwips simulieren, singen und schmusen, wie es die Fernsehgucker – als Nichtprofis – kaum geschafft hätten: anonyme Antialkoholiker, gewissermaßen.

Es wird a Wein sein (ZDF) wurde indes nicht nur von Profis arrangiert, es hatten sich auch Amateure hinzugesellt, wie zum Beispiel die Schweizer Folklore-Sänger von der Rhone, eine helle Freude für jeden, dem die übliche Volkstümelei der vielen Heinoten zuwider ist. So fing der Abend an, man durfte Hoffnung schöpfen, obwohl man wußte, was auf einen zukam, die geballte Eitelkeit des Herrn Elmar Gunsch nämlich, dieses sonoren Brustkorbs der Überzeugung, von dem eigentlich keiner so recht weiß, worauf er so eitel ist.

Ist aber egal: Elmar führte durch den langen Abend, verbreitete Kalauer aus den unteren Stockwerken, reihte ein Witzchen ans andere, und wenn es – wie so oft – ins Schwanken geriet, so war zum Glück immer noch der Vico Torriani zur Stelle, das alte, treue Zirkuspferd! Auf Vico ist Verlaß, Dank sei ihm gesagt. Denn der olle Fahrensmann war mehr wert als das ganze Gunsch-Konzert.

VALENTIN POLCUCH

Überflüssige vier Stunden

Ein fast vierstündiger Zweiteiler zur italienischen Terror-Szene, durch den man nichts erfuhr, was man nicht schon vorher gewußt hätte: daß es sich bei den „Revolutionären" um Wirrköpfe oder Kriminelle handelt, daß ihnen die plausible Begründung ihrer Taten schwerfällt, daß sie diesen Mangel an Überzeugungskraft mit Haß kompensieren. Deshalb mußte ein Klassenfeind sterben ...

Am Beispiel einer Gruppe junger Römer zeigte Damiano Damiani in **„Blut und Parolen"** (ZDF) die scheinbar unaufhaltsame Entwicklung vom puren Wortradikalismus zur „revolutionären Tat", zum Mord am Klassenfeind mit anderen Worten.

Rico (Matteo Corvino), der Starredner eines kleinen linken Senders, der bald pleite machte, träumt von einer großen Karriere als Revolutionär. Aus Geltungssucht gründet er eine Bande. Ihm schließen sich ein paar Unzufriedene, im Leben an Erfolg und Verstand Zukurzgekommene an, die sich von seiner Suada haben blenden lassen. Ihr Entführungsversuch endet in der Katastrophe. Als sie sich von ihrem Opfer, einem hohen Richter, erkannt fühlen, töten sie es aus Panik und keineswegs, weil sie ein Fanal setzen wollten.

Diese Handlung entwickelte sich zwar folgerichtig, aber gegen die Überzeugung des Zuschauers. Sinn machte das alles nicht, bis auf den Part, da es um die Verführbarkeit des Menschen durch die Sprache ging.

KNUT TESKE

Nur ein Problem der Männer?

Wenn es um Grundsätzliches, zumal um Apokalyptisches geht, dann gilt halt im Fernsehen immer noch der Satz: „mulier taceat ..." Kann aber **„Lust am Untergang?"** – so das Thema der jüngsten „Arena"-Runde (ARD) – wirklich nur ein maskulines Problem sein? Schließlich dreht sich hier doch alles um die Frage, ob die Spezies Mensch ein Fehlläufer der Schöpfung und deswegen zum Aussterben verurteilt ist. Und diese Frage betrifft doch wohl auch die „andere" Hälfte der Menschheit.

Schade, daß dies niemand monierte – nicht mal der kesse Benny Härlin von der journalistischen Alternativszene. Doch der gab das entscheidende Stichwort: Die Endzeiterwartung beherrschte die jüngste Frankfurter Buchmesse. Und so konnte dann Moderator Justus Boehncke den Bücherschreibfleiß von dreien seiner Nachbarn genügend würdigen. Bei Härlin begnügte er sich mit einem kleinen Hinweis. Günter Kunert durfte kurz vorlesen. Aber bei dem Münsteraner Literaturwissenschaftler Ulrich Horstmann wurden Roß und Reiter genannt – Titel, Verlag und sogar der Preis. Horstmanns Aufruf zum kollektiven Suizid auf dem blauen Planeten sollte die flaue Mitternachtsstunde beleben. Dabei war gar nicht mal klar, ob es sich hier um Verzweiflung, Zynismus, Provokation oder schlicht um Satire handelt.

Bedauerlicherweise vertrat der Schweizer Theologe Walter Hollenweg nur wenig eloquent seine christliche Gegenposition. Doch mit Wiener Charme und Beredsamkeit bestritt der Psychoanalytiker Friedrich Hacker die Replik auf Horstmann, den er wegen seiner paradoxen Wortbildungen mit dem Großen Bruder aus Orwells „1984" verglich.

FRIDA LANG

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Luzie, der Schrecken der Straße
10.00 Tagesschau
10.23 ARD-Sport extra
Fußball-Europapokal
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Ungewöhnlich leben
7. Frauen funken dazwischen
Film von Vikki Schaefer, Ann Schäfer
Der Film stellt drei Frauen vor, die Tag und Nacht vor ihrem Funkgerät sitzen und sich und den Brummifahrern, die unterwegs sind, mit Gesprächen die Zeit vertreiben. Die Motive sind verschieden: Abneigung gegen den abendlichen Fernsehkonsum, das Bedürfnis, mit anderen Menschen in Verbindung zu treten: Diana 3, ihr Schlafzentrum wurde bei einem Unfall gestört, und sie überbrückt so ihre schlaflosen Nächte. Forelle 15, sie ist an Krebs erkrankt und kann ihrer Arbeit im Stall nicht mehr nachgehen, und Mon Chérie, die sogar einen wöchentlichen Stammtisch eingerichtet hat.
17.00 Matt und Jenny
Abenteuer im Ahornland
18. Das Pferderennen

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

17.25 Wie geht's
Spaß für Mitdenker
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jugendabend
Mit Talkshow, Musik und Kabarett
Mit Alan Bangs (Moderator des Rockpalastes), Michael Braun (Moderator der Talkshow im Dritten) und dem Kabarett „Vorläufige Frankfurter Fronttheater" u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Schaukasten
Bilder und Berichte vom Kino
Eine Sendung von Michael Strauven
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Sendereihe von Jürgen Voigt
5. Das Puscha-Protokoll
(Wh. v. 1982)
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Bückeburger Musikanten
17.50 Flohmarkt
Das Steckenpferd
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
Letzte Folge: Notenwechsel
19.00 heute
19.30 Ich heirate eine Familie ...
Vierteilige Unterhaltungsserie von Curth Flatow
1. 1 + 1 = 5
Mit Peter Weck, Thekla Carola Wied u. a.
Regie: Peter Weck
Angelika Graf, Besitzerin einer Boutique für Babyausstattung, ist geschieden. Sie lebt mit ihren drei Kindern Tanja, Markus und Tom in einer kleinen Altbauwohnung. Ihre Freundin Sybille Vonhoff besucht sie und erfährt dabei, daß Angi ihrem neuen Freund den Laufpaß geben mußte, nachdem sie festgestellt hatte, daß er verheiratet war. Um ihren Kindern eine weitere Enttäuschung zu ersparen, beschließt sie nun, in bezug auf Männer „à la carte" zu leben. Doch Sybille hat da andere Ideen ...
21.00 heute-journal
21.20 Redaktionsbesuch
Franz Josef Strauß bei der ZEIT
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Zur Hochzeit meines Bruders
Von Charles Burnett
(mit deutschen Untertiteln)
00.20 heute

Peter Weck, Maria Sebaldt, Angelika von Moll und Herbert Hermann in der Unterhaltungsserie „Ich heirate eine Familie", um 19.30 Uhr im ZDF
FOTO: MISERONY

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Luzie, der Schrecken der Straße (4)
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gefahr aus dem Weltall
Amerik. Spielfilm, 1953
21.35 Jack Arnold erzählt (2)
Informationen zum Film „Gefahr aus dem Weltall"
21.45 Die Meile
Schicksale hinter Schaufenstern
Ein Häuserblock in Bonn-Bad Godesberg: Ständig wechselten die hier ansässigen Einzelhändler. Warum scheiterten sie?
22.15 Nachtschalter
Treffpunkt im Unendlichen
00.15 Letzte Nachrichten

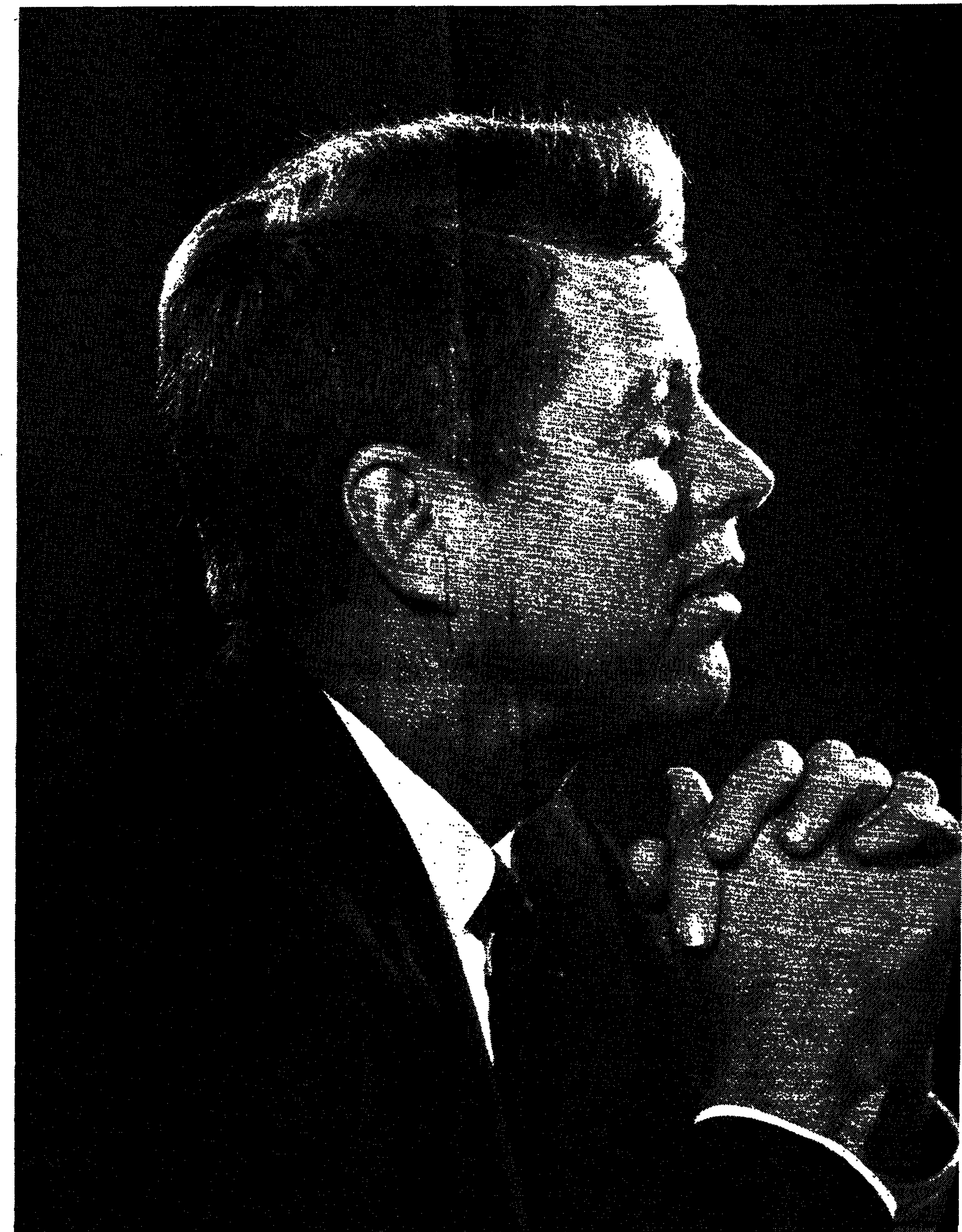
NORD
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße (4)
18.30 Aerobic – Fitness mit Vernunft
18.45 Follow me
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Das süße Leben
Italien.-franz. Spielfilm, 1959
23.00 Kultur aktuell
23.45 Til the butcher cuts him down
Bericht über die Musikszene in New Orleans
00.35 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße (4)
18.30 Urmel spielt im Schloß (3)
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.15 Die ersten Menschen (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Keine Zeit für Liebe
Amerik. Spielfilm, 1944
21.35 Drei aktuell
21.50 Kulturkalender
22.20 Die feinen Unterschiede und wie sie entstehen
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Fernsehspiel des Auslands
In der Strömung des reißenden Flusses
21.25 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
22.15 Moritheater
22.30 Zu Gast
23.15 Streiflicht aus Baden-Württemberg
Nur für Rheinland-Pfalz
22.15 Von Menschen im Land
Nur für das Saarland
22.15 Kunstwerke in Silber

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti!
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
20.25 Die Leningrader Eis-Show
20.45 Rundschau
21.00 Pop Stop
21.45 Europa nebenan
22.30 Sperrfrist
23.15 Rundschau

BUNTE



Nur wenige Menschen kannten John F. Kennedy so wie Pierre Salinger. Er war nicht nur sein Pressesprecher. Er war auch sein Freund und sein engster Vertrauter. 20 Jahre mußten nach den tödlichen Schüssen von Dallas vergehen, bevor er über das sprechen konnte, was damals geschah.

Exklusiv für BUNTE schreibt er über den Mann, der zum Idol dieses Jahrhunderts wurde. Er war dabei, als die Liebe zwischen Jackie und dem Präsidenten begann.

Wie eine ganze Nation diesem jungen Paar zujubelte. Er erlebte, wie Präsident Kennedy den Kremlchef Nikita Chruschtschow in die Knie zwang.

Er war dabei, als Jahre später, nach dem Tod des Präsidenten, die Liebesaffaire Jackie und Aristoteles Onassis begann.

Er kennt den Kennedy-Clan wie kaum ein anderer. Er erklärt auch die Schwierigkeiten der Nachkommen, nur die Kinder eines so großen Mannes zu sein. Und Pierre Salinger beantwortet die Frage, wie die Welt heute aussehen würde, wenn John F. Kennedy noch lebte.

Lesen Sie die BUNTE. Das neue Heft gibt es heute bei Ihrem Zeitschriftenhändler.

TRÄNEN LIEFEN MIR ÜBERS GESICHT. ICH SAGTE DEN MINISTERN: „DER PRÄSIDENT IST TOT."

NACHRICHTEN

Endspurt zu spät: 1:3 gegen Pakistan verloren

Karachi (dpa) – Am vierten Spieltag um die Champions-Trophy im Hockey verlor Vize-Weltmeister Deutschland trotz eines starken, aber sehr späten Endspurts gegen Weltmeister Pakistan in Karachi 1:3 (0:2). Den Treffer für Deutschland erzielte der Limburger Volker Knapp.

Überfall im Olympiastadion

Los Angeles (dpa) – Die Polizei von Los Angeles fahndet nach zwei bewaffneten Männern, die im Olympiastadion ein Büro überfielen, wo Angestellte das von Imbiß- und Getränkeständen eingenommene Geld zählten. Die Räuber entkamen mit 280 000 Dollar in kleinen Scheinen.

Harte Weyer-Kritik

Frankfurt (dpa) – Harte Kritik hat der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Willy Weyer, an einem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen geübt. In dem Verfahren wurde der Spielbetrieb auf einem Bochumer Fußballplatz nach 20 Uhr untersagt und damit eine Grundsatzentscheidung getroffen.

Wieder Vertrag für Eggeling

Dortmund (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund hat Hans-Werner Eggeling erneut bis zum 30. Juni 1984 unter Vertrag genommen. Der 28jährige hatte zu Saisonbeginn keinen neuen Kontrakt erhalten und war seitdem arbeitslos.

Wilander in der dritten Runde

Stockholm (sid) – Der an Nummer eins gesetzte Schwede Mats Wilander hat bei den Internationalen Tennismeisterschaften von Skandinavien in Stockholm als erster die dritte Runde erreicht. Der 19jährige Weltranglisten-Fünfte und Vorjahrsfinalist besiegte seinen Landsmann Nystroem mit 6:3, 7:5.

Valérien wird sechzig

Wiesbaden (sid) – Mit Harry Valérien wird heute einer der bekanntesten Sportmoderatoren im deutschsprachigen Raum sechzig Jahre alt. Der gebürtige Münchner gehört zu den besten Interpreten des Aktuellen Sportstudios im ZDF.

Köln im Viertelfinale

Monaco (sid) – Der BSC Saturn Köln hat als erste deutsche Mannschaft das Viertelfinale eines Basketball-Europapokals erreicht. Der deutsche Pokalsieger siegte im Rückspiel beim französischen Vertreter AS Monaco mit 69:60 (35:26), nachdem schon das Hinspiel mit 108:83 gewonnen wurde.

ZAHLEN

RADSPORT

36. Frankfurter Sechstage-Rennen, Endstand: 1. Thurau/Fritz (Frankfurt/Jestetten) 388 Punkte, 2. Braun/Rinklin (Neustadt/Singen) 306, eine Rd. zur.: 3. Kristen/Schütz (Köln/Stuttgart) 369.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen, Spiel vom 3. Spieltag: Feuerbach – Augsburg 3:1.

HANDBALL

III. Supercup in Dortmund, Gruppe A: Rumänien – UdSSR 22:19, „DDR" – Deutschland B 28:16.

Gruppe B: Deutschland A – Schweden 19:18, Jugoslawien – CSSR 20:20.

BASKETBALL

Europapokal der Pokalsieger, Achtelfinale, Rückspiel: Monaco – Köln 60:69 (26:35), Hinspiel: 108:83; damit hat Köln die Hauptrunde erreicht.

HOCKEY

Champions-Trophy in Karachi: Pakistan – Deutschland 3:1, Indien – Australien 3:3.

1. Australien	4 2 2 0	11:6	6:2
2. Pakistan	4 3 0 1	8:3	6:2
3. Deutschland	4 3 0 1	8:6	6:2
4. Indien	4 1 1 2	6:8	3:5
5. Niederlande	4 1 0 3	8:11	2:6
6. Neuseeland	4 0 1 3	4:11	1:7

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: 1. Bergina (J. Ochocki), 2. Atout Noir, 3. Gurnsey, Toto: 44/14, 20, 33, ZW: 304, DW: 816, 2. R.: 1. Baries (P. Kienzler), 2. Hel, 3. Royal Sea, Toto: 60/26, 26, 30, ZW: 428, DW: 3758, 3. R.: 1. Nelusko (J. Orihuel), 2. Stormy Tomm, 3. Bonvivant, Toto: 36/13, 13, 15, ZW: 96, DW: 280, 4. R.: 1. Silvermoon (Fr. K. Bender), 2. Coquette, 3. Ortacki, Toto: 32/19, 15, 38, ZW: 136, DW: 1972, 5. R.: Grand Prix (L. Mäder), 2. Witz, 3. Gangster, Toto: 40/18, 30, 22, ZW: 528, DW: 3220, 6. R.: 1. Pantomas, (Frl. S. Spohn), 2. Lucky, 3. Piro, Toto: 52/15, 12, 14, ZW: 88, DW: 852, 7. R.: 1. Ensor (K. Prengschat), 2. Barinella, 3. Mariano o. W. und Tempest, Toto: 24/18, 14, –, ZW: 104, DW: 192, 8. R.: 1. Feuerfunke (A. Tylicki), 2. Tauentzien, 3. Naga Parbat, Toto: 32/20, 22, 21, ZW: 236, DW: 1588, 9. R.: 1. Alouette (S. Klein), 2. Ricca, 3. Thaddäus, Toto: 36/18, 26, 16, ZW: 916 DW: 2724.

SKI ALPIN / Christa Kinshofers Comeback-Versuch für die Niederlande – 1984 kein Start bei Olympia?





● Das waren noch Zeiten: Empfang für Christa Kinshofer (Foto oben) in Miesbach, als sie bei den Olympischen Winterspielen 1980 in Lake Placid die Silbermedaille im Slalom gewonnen hatte.

● Im Winter 1978/79 war Christa Kinshofer zum Super-Star im alpinen Skirennsport aufgestiegen: Fünf Weltcup-Rennen im Riesentorlauf hatte sie gewonnen.

● Mehr skeptisch (Foto links) denn allzu optimistisch schaut sie nun drein – als Rennläuferin für Holland.

„Ich möchte wissen, was ich kann und was in mir steckt"

K. HOELZENBEIN, **München**

Christa Kinshofer glaubt, vor der größten Herausforderung ihres Lebens zu stehen. Die 22jährige blonde Miesbacherin, die durch das außergewöhnliche Talent zur schnellen Talfahrt und ein gewinnendes, objektivfreundliches Äußeres Erfolg und Aufsehen lange Zeit förmlich angezogen hatte, präsentiert sich vor dem neuen Skiwinter als holländisches „Meisje" mit Kämpfernatur.

„Ich möchte es denen noch einmal zeigen", erklärt die Slalom-Olympiazweite von Lake Placid nach ihrem Übertritt zum holländischen Verband, und sie bereitet sich mit „einer gewissen Wut im Bauch" vor. „Denen", das sind all jene im Deutschen Skiverband (DSV), die Christa Kinshofer im vergangenen Jahr nach zwei schlechten Wintern abgeschrieben und die Rückstufung aus der Nationalmannschaft in den bayerischen Landeskader befürwortet hatten, „denen" will sie es zeigen.

Doch nicht allein das „Feindbild DSV" treibt die erfolgreiche Geschäftsfrau und Miteigentümerin eines Sportgeschäftes in Rosenheim demnächst wieder quer durch die Alpen. Christa Kinshofer hat sich selbst gefordert. „Ich möchte wissen, was ich noch kann, und was in mir steckt."

Das „Glamour- und Sunny-Girl", das im Münchner Fitneß-Center mit der amerikanischen Schauspielerin Sydne Rome jeden Freitag zur Ski-Gymnastik für Jedermann bittet, fängt im Rennsport praktisch wieder am Punkt Null an. Der Wechsel vom deutschen in den holländischen Rennanzug hatte nämlich den Verfall sämtlicher Ranglistenpunkte zur Folge.

Bei den September-Rennen in Neuseeland erhielt sie im Riesenslalom und in der Abfahrt Punkte und bekam damit die Startberechtigung für den Weltcup. Doch die Gewinnerin von fünf Weltcup-Riesenslaloms im Winter 1978/79 muß nun mit hohen Startnummern kämpfen.

Auf diese Talfahrten aus der Gruppe der Namenlosen, die um die Plazierungen, aber kaum um Weltcup-Punkte streiten, bereitet sie der vom holländischen Verband als Trainer angestellte 37jährige Österreicher Andreas Dutzi vor.

„Mein Ziel ist in diesem Winter ein Platz unter den ersten 20 in jeder Disziplin. Im nächsten Jahr will ich dann versuchen, wieder ganz vorn dabei zu sein." Aus diesem Grund sucht Christa Kinshofer ihr Erfolgserlebnis erst einmal in der Abfahrt, „da man dort mit hoher Startnummer am besten nach vorne fahren kann".

Auf Sarajewo als Steigbügel zu vergangenem Glanz muß sie ebenso verzichten wie der für Luxemburg startende stärkste Österreicher, Marc Ghirardelli, weil die Heimatverbände solche Läuferinnen und Läufer nicht zur Olympia-Nominierung vorschlagen werden.

Es gibt ohnehin Schwierigkeiten um die Olympia-Teilnahme so mancher Ski-Stars. So entscheidet der Exekutivrat des Internationalen Ski-Verbandes (FIS) am Wochenende in Bern endgültig, ob die beiden Doppel-Olympiasieger Ingemar Stenmark (27) aus Schweden und Hanni Wenzel (26) aus Liechtenstein für den Start bei den XIV. Olympischen Winterspielen 1984 in Sarajewo zugelassen werden.

Nach ihren großen Erfolgen vor vier Jahren in Lake Placid hatten diese beiden eine sogenannte B-Lizenz bei der FIS gelöst, die ihnen erlaubte, selbständig Werbeverträge abzuschließen. Eine B-Lizenz gestattete den Start im alpinen Weltcup, schloß allerdings gleichzeitig die Olympiateilnahme aus. Die Liberalisierung der olympischen Zulassungsbestimmungen durch den Kongreß des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Baden-Baden 1981 machte die B-Lizenz überflüssig und führte zur Abschaffung.

In Bern liegen der Antrag der Läuferin Hanni Wenzel und ihres Verbandes, im Fall Stenmark nur der Antrag des Verbandes auf Wiedererhalt der A-Lizenz vor. Während bei Hanni Wenzel die Zulassung lediglich eine Formsache zu sein scheint, gestaltet sich der Fall des attraktiven Werbeträgers Stenmark schwieriger. Laut FIS-Bestimmungen müssen die bestehenden Werbeverträge des 17maligen Weltcup-Gewinners entweder annulliert oder der Verwaltung des schwedischen Verbandes unterstellt werden.

STAND PUNKT

Romeo und Julia bei Schalke 04

Das Fernsehen entdeckt den Sport, nicht nur als Zuschauermagnet, sondern allmählich auch als Umfeld und Hintergrund für ernstzunehmende Fernsehspiele. Im ZDF-Produktionsplan für 1984 tauchen nicht weniger als vier große Anderthalbstunden-Projekte mit sportlichem Sujet auf.

Das Interessanteste scheint der Plan des Kölner Jungfilmers Bernd Schadewald zu sein. Ihm schwebt (mit jugendlichen Laiendarstellern) eine Romeo-und-Julia-Tragödie im Milieu der Bundesliga-Fan-Clubs im Ruhrgebiet vor. Conny (16), Schwester des Anführers der Schalke-Fans, liebt Roland, den Fan von Borussia Dortmund. Es kommt zum Kampf der verfeindeten Gruppen. Connys Bruder ersticht Roland. Das Stück „versucht mit den Mitteln des Action-Films die Aufarbeitung des Fan-Kults in der Bundesrepublik" und schildert „das Leben der jugendlichen Fußball-Fans, ihre Rituale und Mutproben", nimmt – wie es im Exposé heißt – „weder eine moralisierende noch entschuldigende Haltung ein", sondern will sich um „emotionales Verständnis" bemühen.

Der Regisseur Michael Verhoeven plant für Mitte 1984 ein Stück um einen 23jährigen Berufsfußballer bei einem Regionalligaverein, der gegen seinen Willen hinter seinem Rücken an einen abstiegsgefährdeten Bundesligaverein verkauft wird. Da scheinen noch einige Tatsachenstudien nötig zu sein…

Psychologisch reizvoll ist das Vorhaben des Regisseurs Michael Lentz: Er will die Geschichte eines 14jährigen Jungen drehen, dessen Vater als Fußballtrainer starken Anfeindungen ausgesetzt ist. Der Junge kämpft auf seine Weise für die Familie.

Schließlich plant das ZDF in einer Koproduktion gemeinsam mit dem französischen Fernsehen (eine feste Zusage liegt bereits vor) die Verfilmung eines Romans des Sportjournalisten Hans Blickendörfer, der die Geschichte eines jungen Radrennfahrers aus einfachen Verhältnissen erzählt, der den Aufstieg zu Ruhm und Geld nicht verkraftet und schließlich an Selbstüberschätzung und am Erfolg zerbricht. Arbeitstitel: „Salz im Kaffee".

Mal sehen, was das gibt. Denn Kunst und Sport – ob in der Literatur, in der Malerei oder in der Musik – das sind hierzulande schon fast feindliche Brüder. Vielleicht wird sich das, wenn auch nur peu à peu, ändern. Zu wünschen wäre es.

JOACHIM NEANDER

DIE BILANZ 1983

Vierter Platz im Weltsport, aber Sorgen

sid, **Düsseldorf**

Der deutsche Sport hat im vorolympischen Sommer seine vierte Position im Weltsport bestätigt und sogar festigen können. Allerdings gibt es keine Anzeichen dafür, daß die UdSSR, die „DDR" oder die USA, die die drei ersten Plätze behaupten, in absehbarer Zeit eingeholt werden könnten. Das ist die Bilanz von Heinz Fallak, dem Vorsitzenden des Bundesausschusses Leistungssport (BAL).

Trotz dieser guten Position habe der deutsche Sport mit Strukturproblemen zu kämpfen. „Wir brauchten eigentlich 3000 Trainer, die die Qualität der Absolventen der Trainer-Akademie haben. Wir haben etwas über 100", deutete Fallak eines dieser Probleme an.

Die großen internationalen Veranstaltungen der ablaufenden Saison haben nach Ansicht von Fallak keine Anzeichen dafür gegeben, daß der „DDR"-Sport oder die UdSSR in einem leistungssportlichen Tief steckten. Auch wenn es hier und da einzelne Einbrüche gegeben habe.

Für die Olympischen Spiele in Los Angeles wird sich nach Fallaks Ansicht bemerkbar machen, daß der deutsche Sport nicht an den Olympischen Spielen in Moskau teilgenommen hat: „Der Mannschaft in Los Angeles fehlt eine Generation an erfahrenen Olympiakämpfern, und das ist für mich ein Defizit. Wenn man regelmäßig alle vier Jahre an Olympischen Spielen teilnimmt, dann hat man einen hohen Prozentanteil in der Mannschaft, der schon einmal dabei war", meint Fallak. Gleiches gelte im übrigen auch für die Trainer.

Der BAL-Vorsitzende erwartet von der NOK-Mitgliederversammlung am Samstag in Saarbrücken, daß dort das Thema Trikotwerbung für Olympiakandidaten zumindest vorläufig abgeschlossen wird. „Die Zulassungskommission hat empfohlen, den Beschluß, wonach Werbung am Mann für Olympiakandidaten seit dem 1. Oktober verboten ist, vorerst auszusetzen. Das Präsidium braucht zu diesem Verfahren die Zustimmung der Mitglieder."

HANDBALL/Supercup

Wunderlich: Ein Schatten seiner selbst

sid, **Dortmund**

Rekord-Weltmeister Rumänien ist im internationalen Handball auf Serien spezialisiert: Vor fünf Jahren stoppte Rumänien in Craiova die Serie des damaligen Weltmeisters Deutschland nach 29 gewonnenen Länderspielen in Folge mit 22:17. Jetzt, zum Auftakt des dritten Supercup-Turniers der Olympiasieger und Weltmeister, beendeten die Rumänen mit einem 22:19-Erfolg jäh die denkwürdige Bilanz des Weltmeisters UdSSR.

Ebenfalls 29mal war diese Mannschaft von Sieg zu Sieg geeilt. Am Allerheiligentag war der Traum von einer neuen Weltrekordmarke vorbei. Seit des WM-Triumphs am 6. März 1982 an gleicher Stelle hatten die Sowjets alle Gegner mehr oder weniger deklassiert.

Trainer Jewtuschenko, seit 1968 im Amt und kürzlich als bester Trainer der UdSSR ausgezeichnet, zur Niederlage: „Es sind viele Fehler gemacht worden, auch von mir."

Die Sowjets, mit elf Weltmeistern nach Deutschland gereist, sind plötzlich von der Rolle des Jägers in die des Gejagten gedrängt worden.

Der Zweikampf der Rumänen gegen die UdSSR war eine besonders gelungene Vorstellung. Dagegen bekamen die 5000 Zuschauer von der deutschen Mannschaft und den Schweden nur magere Hausmannskost in Dortmund serviert. Das neuformierte Team war nach dem Triumph beim Vier-Länder-Turnier in Dänemark weit von seinen Möglichkeiten entfernt. Mit 19:18 gab es gegen die Skandinavier zwar einen Sieg, wobei aber Erhard Wunderlich fast nur ein Schatten seiner selbst war.

Erst als Michael Paul mit fünf Toren in Serie den Schlußspurt ansetzte, Uli Roth nach einem 17:18-Rückstand mit zwei Toren die Wende perfekt machte, und Klaus Wöller eine Sekunde vor Schluß mit einem gehaltenen Siebenmeter den glücklichen Sieg rettete, gab es die gewohnten Jubelszenen in der Dortmunder Westfalenhalle.

RADSPORT / Wenn der Star stürzt: Probleme der Sechstage-Veranstalter

Ein Sieg für Thurau/Fritz

Dietrich Thurau aus Frankfurt gewann an der Seite seines Partners Albert Fritz aus Jestetten das 36. Frankfurter Sechs-Tage-Rennen vor den rundengleichen Gregor Braun und Henry Rinklin (Neustadt/Singen). Für Fritz war es der 31. Sechs-Tage-Erfolg, Thurau verbuchte seinen 26. Sieg.

Angesichts eines Defizits von etwa 100 000 Mark aufgrund rund 4000 fehlender Besucher ist die Austragung der bereits 1982 entfallenen Veranstaltung 1984 noch ungewiß. Der Haupt-Sponsor, der den Fehlbetrag übernimmt, zeigt sich aber grundsätzlich an der Aufrechterhaltung des Rennens in Frankfurt interessiert.



Dietrich Thurau (rechts) und dessen Partner Albert Fritz jubeln über ihren Sieg beim Frankfurter Sechstagerennen. Freilich fehlten die Stars Danny Clark, René Pijnen und Gert Frank. FOTO: DPA

Als der Country-Sänger vom Rad fiel: „In Frankfurt habe ich immer Angst"

KLAUS BLUME, **Bonn**

Heute wird Danny Clark im evangelischen Krankenhaus von Gent operiert. Erst dann werden die Ärzte sehr vorsichtig prognostizieren können, ob Danny Clark jemals wieder ein Radrennen bestreiten kann. Der 32jährige Australier war beim Frankfurter Sechstage-Rennen schwer gestürzt. Ausgangs der Zielkurve war ein Reifen geplatzt, Clark schlidderte die steile Zielkurve hinunter und landete direkt vor seiner Koje. In der Frankfurter Universitäts-Klinik stellten die Ärzte einen Oberschenkelhalsbruch, links, fest.

Der Australier, einer der erfolgreichsten Bahn-Profis, ließ sich in das Krankenhaus nach Gent verlegen, wo bereits der holländische Ex-Weltmeister Gerrie Knetemann und der belgische Jung-Star Eric Vanderaerden erfolgreich operiert wurden.

Der Ausfall von Danny Clark ist für die Veranstalter der europäischen Sechstage-Rennen in diesem Winter ein schwerer Schlag. Denn Clark ist nicht nur Rennfahrer, Clark tritt bei der großen Hallen-Show auch als gewiefter Entertainer auf. Wenn er nicht auf dem Fahrrad sitzt, greift er zum Mikrophon und stimmt unter der Begleitung von Musikkapellen seine Country-Songs an. In Holland hat Clark sogar schon eine erfolgreiche Langspielplatte mit solchen Liedern herausgebracht…

Jahrelang hat Clark darauf gewartet, den im letzten Winter zurückgetretenen belgischen Sechstage-Kaiser Patric Sercu abzulösen. Mit seiner Spurtkraft war er bei den kurzen und schnellen Jagden, wie sie heutzutage bei den Six-Days üblich sind, der ideale Sieg-Fahrer. Doch nun, wo ihm der Erfolg geradezu wie eine reife Frucht in den Schoß fallen sollte, passierte es.

Daß es in Frankfurt passierte, kam nicht von ungefähr. Die Bahn in der Festhalle hat lange Geraden und zwei sehr enge und steile Kurven. Es ist eine Piste, die schon viele Rennfahrer verschlissen hat. Auch Danny Clark sagte: „In Frankfurt habe ich immer Angst, auch wenn ich hier meine internationale Karriere begonnen habe."

Der Holländer Peter Post, in diesem Winter sportlicher Leiter der Rennen in Frankfurt, Rotterdam und Maastricht, sagt zum Unfall Clarks: „Das ist ein sehr große Verlust. Wir werden uns Gedanken darüber machen, inwieweit wir für die nächsten Rennen das Konzept ändern müssen. Denn ohne Danny Clark wird alles etwas anders aussehen. Ich kann mir vorstellen, daß wir noch weniger Show und deshalb noch mehr Sport bieten müssen. Aber das ist nicht zu ändern, das Leben muß weitergehen." Klaus Bugdahl, der beste deutsche Sechstage-Fahrer aller Zeiten, sagt zum Sturz des 32 Jahre alten Australiers: „Ich möchte jetzt nicht in der Haut der Veranstalter stecken. Denn es ist ja niemand da, der ihn ersetzen kann. Sicher, Dietrich Thurau, der Sieger von Frankfurt, ist ein exzellenter Straßenfahrer. Aber er ist doch niemals so vielseitig oder auch gleichzeitig so sehr Bahn-Spezialist wie eben Danny Clark."

So hat denn wohl in erster Linie ein Fahrer die Chance, anstelle Clarks in diesem Winter als Sechstage-Star Karriere zu machen: der Schweizer Urs Freuler. Der überaus athletische Fahrer aus Bilten-Glarus gilt derzeit als vielseitigster Rad-Profi der Weltspitze. Freuler ist ein exzellenter Sprinter, aber auch ein Mann, der in langen Nächten über den großen Atem verfügt. Aber auch das verbindet ihn mit dem Pechvogel Danny Clark: Ebenso wie er hat auch Freuler Angst vor den engen steilen Kurven in den Sechstage-Hallen.

Unternehmen erwarten konstante Entwicklung

DIHT-Umfrage: Furcht vor Folgen der 35-Stunden-Woche

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auch 1984 wird es nur zu einer „schrittweisen Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung kommen". Das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei 14 000 Unternehmen in der Bundesrepublik signalisiert, daß es im nächsten Jahr weder einen sich selbst tragenden Aufschwung noch einen konjunkturellen Einbruch geben wird. Gleichwohl seien die Erwartungen der Unternehmen, verglichen mit denen vor zwölf Monaten, deutlich positiver geworden.

Die Mehrzahl der Unternehmen erwartet für 1984 eine gegenüber diesem Jahr gleichbleibende Entwicklung. Etwa ein Viertel der Unternehmen geht von einer konjunkturellen Verbesserung aus, während knapp ein Fünftel die Entwicklung schlechter einschätzt. Der DIHT drückt zwar seine Prognose nicht in Zahlen aus, sie ist jedoch nicht so zuversichtlich wie die der Bundesregierung und der Bundesbank, die mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,5 bis drei Prozent rechnen, und der Mehrzahl der Forschungsinstitute, die von einem Plus von zwei Prozent ausgehen.

Nach der DIHT-Umfrage zeichnet sich bei den Investitionen der Unternehmen eine Stabilisierung auf dem 1983 erreichten Niveau ab. Beim privaten Verbrauch halten sich die Einschätzungen derjenigen, die ein weiteres Anziehen, und derjenigen, die eine Abschwächung erwarten, in etwa die Waage. Die Exportentwicklung 1984 dürfte etwas günstiger verlaufen als in diesem Jahr.

Nach den Risiken für die Geschäftsentwicklung 1984 befragt, betonen die Unternehmen „erstmals und durchgängig die Gefahren, die vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen mit der Einführung der 35-Stunden-Woche bei Lohnausgleich verbunden wären". Die Unternehmen befürchten hier harte tarif- und sozialpolitische Auseinandersetzungen. Noch stärker als im Vorjahr wird die Zinsentwicklung als besonderer Risikofaktor hervorgehoben.

Erste Pershing-2-Batterie kommt zum 15. Dezember

Luns erläutert den Zeitplan der Stationierung in Europa

dpa/UPI, Hamburg/Heilbronn

Die US-Armee plant, zum 15. Dezember die erste Pershing-2-Batterie in der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt neun Raketen dieses neuen Systems in Mutlangen bei Schwäbisch-Gmünd aufzustellen, teilte ein Sprecher des dort stationierten 56. US-Feldartillerieregiments mit.

Das Magazin „Stern" schrieb, daß bereits im Oktober Pershing-Zubehörteile in einem US-Depot in Frankfurt-Hausen gelagert worden seien. Der zwischen der Bundesrepublik und den USA vereinbarte Stationierungsplan sieht bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen dagegen vor, daß vor dem 22. November, vor der Nachrüstungsdebatte im Bundestag, am 21. November, keine Pershing-Teile in die Bundesrepublik gebracht werden dürfen.

NATO-Generalsekretär Joseph Luns hat in groben Umrissen den Fahrplan für die Stationierung der neuen US-Atomwaffen in Europa genannt. Bei einer Pressekonferenz auf dem US-Flugzeugträger „Guadalcanal" erklärte er, falls die USA und die UdSSR bei den Genfer Verhandlungen kein Ergebnis erzielten, werde in der Bundesrepublik nach dem 22. November mit der Aufstellung begonnen.

Insgesamt sollen in Europa 572 neue amerikanische Atomwaffen stationiert werden, und zwar in der Bundesrepublik 108 Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing 2 und 96 Marschflugkörper. Großbritannien soll 160 Cruise Missiles aufnehmen, Italien 112, Belgien und die Niederlande die restlichen 96.

In Großbritannien wird nach den Worten von Luns „irgendwann" im Dezember mit der Stationierung angefangen und in Italien voraussichtlich im Januar 1984. Belgien werde in den Monaten darauf über die Aufstellung entscheiden und die Niederlande wahrscheinlich Ende Sommer kommenden Jahres.

China verurteilt Aufrüstung der beiden Supermächte

Kritik auch an USA / „Kampf um Hegemonie in Europa"

DW. Peking/Bonn

China hat die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten wegen der geplanten Verstärkung ihrer Mittelstreckenraketen in Europa verurteilt. Bei einem Galadiner für den Präsidenten der Europäischen Kommission, Gaston Thorn, wies der stellvertretende Ministerpräsident Wang Li auf die „schwere Bedrohung" hin, die der „Hegemonismus" für Westeuropa und China darstelle, meldete gestern die Nachrichtenagentur Neues China.

Bereits in der vergangenen Woche hatte die Pekinger „Volkszeitung" in einem grundsätzlichen Kommentar zu der sowjetischen Ankündigung, in Osteuropa neue Raketen zu stationieren, die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte in scharfer Form verurteilt. „Beide Supermächte behaupten, sie wollen ein nukleares Gleichgewicht, aber in der Realität üben sie beide eine atomare Hegemonie über Europa und weltweit aus." Erstmals sprach dabei die „Volkszeitung" wieder von einem von der USA und der UdSSR geführten Kampf um Europa.

„Das atomare Wettrennen, in dem jede Supermacht die Spitze übernehmen möchte, ist ein bedeutender Teil ihres Ringens um die Vorherrschaft in Europa. Das gefährdet die Sicherheit der Europäer und verstärkt die Gefahr eines nuklearen Krieges." In diesem Zusammenhang bekräftigte die „Volkszeitung" grundsätzlich Chinas Unterstützung für die „Friedensbewegung" in Westeuropa.

Auch der chinesische Beauftragte für Abrüstungsfragen, Qian Jiadong, hat sowohl die UdSSR als auch die USA als Supermächte bezeichnet, die ein „weitverbreitetes Netz von Militärbasen unterhalten und außerhalb ihrer Grenzen Okkupationstruppen in erheblicher Zahl stationiert haben". Qian verband in einer Rede vor den Vereinten Nationen die Forderung nach einer nuklearen Abrüstung mit der Abrüstung konventioneller Waffen.

USA versichern Israel Verbleib in Beirut

AP, Jerusalem

US-Staatssekretär Lawrence Eagleburger hat gestern in Israel versichert, daß die Vereinigten Staaten ihr Marineinfanterie-Kontingent in Beirut belassen und hinter dem israelisch-libanesischen Truppenabzugsabkommen stehen. Der stellvertretende israelische Außenminister Yehuda Ben-Meir zitierte Eagleburger mit den Worten: „Wenn wir schon verwickelt sind, haben wir nicht die Absicht, uns zurückzuziehen."

Eagleburger führt dreitägige Gespräche mit der israelischen Regierung über die von beiden Seiten als mangelhaft beklagte Zusammenarbeit Israels mit den USA in Libanon. Wie der israelische Rundfunk meldete, soll es dabei zu Meinungsverschiedenheiten über das amerikanische Vorhaben gekommen sein, aus jordanischen Soldaten eine Schnelleingreiftruppe zum Schutz des Persischen Golfs zu bilden. Ben-Meir habe den Aufbau einer arabischen Truppe als für Israel gefahrenträchtig bezeichnet. Eagleburger habe dagegen argumentiert, Zusammenarbeit bedeute, daß Israel die Strategie der USA in der arabischen Welt verstehen sollte.

Sowjets werden auf Sparen vorbereitet

AFP, Moskau

Die sowjetische Presse hat damit begonnen, die Bevölkerung auf wirtschaftliche Opfer zugunsten verstärkter Rüstungsanstrengungen psychologisch vorzubereiten. In indirekter Weise appellierte gestern das Parteiorgan „Prawda" an die Bevölkerung, sich auf eine Zeit des persönlichen Verzichts einzustellen. Sie druckte einen Artikel des Chefredakteurs des tschechoslowakischen Parteiorgans „Rude Pravo", Zbeneg Horeni, ab, in dem daran erinnert wurde, daß die Tschechen und Slowaken 1938 „ihre Ersparnisse" für die Verteidigung des Vaterlandes gespendet hätten. Auffallend in dem Artikel ist auch die Erwähnung eines Lesers, der, wie Horeni schreibt, angesichts der Vorbereitungen für die Aufstellung neuer Raketen in der Tschechoslowakei und in der „DDR" zur Schaffung eines ähnlichen Fonds aufgerufen habe.

Wie aus sowjetischen Presseberichten hervorgeht, beherrscht das Thema Verzicht auch die derzeit stattfindenden Parteiveranstaltungen, die sich mit den Grundsätzerklärungen von Staats- und Parteichef Andropow zum Ost-West-Verhältnis befassen.

Erster Kompromiß auf Libanon-Konferenz

AFP, Beirut/Genf

Die seit Montag in Genf tagende „Konferenz über den Dialog in Libanon" hat sich am Mittwoch über den Begriff der nationalen Identität geeinigt. Nach Informationen des offiziellen libanesischen Rundfunks definierten die Konferenzteilnehmer den Libanon als „endgültiges und arabisches Vaterland" und lehnten „jede Vormundschaft" für das Land ab. Dabei wurde in der vereinbarten Formel die Betonung auf den „libanesischen Nationalismus und Patriotismus" gelegt. Der libanesische Regierungssprecher Farouk Jabr bestätigte in Genf die Einigung über das Identitätsproblem, ohne jedoch nähere Einzelheiten über den Wortlaut zu geben. Unter den Konferenzteilnehmern soll es große Meinungsverschiedenheiten gegeben haben.

Zielt Kritik an Howe auf Thatcher?

Britischer Außenminister wegen „verfehlter Grenada-Strategie" angegriffen

FRITZ WIRTH, London

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe gerät immer stärker ins Kreuzfeuer enttäuschter und verärgerter konservativer Abgeordneter. In einer nichtöffentlichen Fraktionssitzung bekam er jetzt den Ärger und Zorn zahlreicher konservativer Politiker über die angeblich verfehlte Grenada-Strategie seines Außenministeriums zu spüren. Teilnehmer dieser Sitzung können sich nicht erinnern, wann zuletzt ein britischer Außenminister eine so unglückliche Figur vor diesem Gremium abgegeben hat. Sir Geoffrey hatte bereits vor einer Woche in der Grenada-Debatte ein parlamentarisches Debakel durch den Oppositionssprecher Denis Healey hinnehmen müssen. Es fiel seinerzeit bereits auf, wie wenige Tory-Abgeordnete Sir Geoffrey zur Hilfe eilten.

Bereits am Vortage hatten 40 konservative Abgeordnete einen Antrag unterschrieben, der die Regierung Thatcher scharf kritisiert, weil sie sich so deutlich von der amerikanischen Invasion Grenadas distanziert hatte. Nun warf die Mehrheit der Fraktion Sir Georffrey Howe vor, durch seine wiederholten öffentlichen Klagen über mangelnde Konsultationen der Amerikaner vor dem Grenada-Konflikt das angloamerikanische Verhältnis weiter zu belasten, statt zu versuchen, auf diskrete Weise die entstandenen Schäden zu reparieren.

Selbst jene konservativen Abgeordneten, die in der Sache in der Grenada-Frage mit Sir Geoffrey Howe und Frau Thatcher übereinstimmen, sind unglücklich über die ungeschickte Art, in der Sir Geoffrey in den vergangenen zehn Tagen die Regierungspolitik in dieser Affäire vertreten hat.

Nach übereinstimmenden Berichten von Teilnehmern der Fraktionssitzung habe Sir Geoffrey die britische Entscheidung, nicht zusammen mit den Amerikanern eine militärische Invasion zu erwägen, mit den Kürzungen im britischen Verteidigungsetat begründet, die weitere weltweite militärische Engagements der Briten unmöglich machten. Sollte dies zutreffen, war es ein peinliches Selbsttor, denn es war gerade Sir Geoffrey Howe selbst, der in den vergangenen Jahren als Schatzkanzler für die Kürzungen des britischen Verteidigungsetats maßgeblich verantwortlich war.

Zu den Kritikern der britischen Grenada-Politik gehört auch der in der Partei hochrespektierte frühere Premier und Außenminister Lord Home. Er erklärte im Oberhaus, daß er zwar Verständnis dafür habe, keine britischen Truppen nach Grenada zu entsenden, doch er bedauerte zutiefst die Tatsache, daß die britische Regierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht mit den Amerikanern gestimmt habe, sondern sich der Stimme enthielt.

Spekulationen über eine mögliche Ablösung Sir Geoffrey Howes, der erst seit fünf Monaten Außenminister ist, wie sie gestern in der „Times" angedeutet wurden, sind jedoch kaum realistisch. Denn im Kern wird die Politik des britischen Außenministers im Grenada-Konflikt weitgehend von Frau Thatcher geteilt, die sich noch erst vor drei Tagen in der BBC von der militärischen Intervention der Amerikaner mit den Worten distanziert hatte, daß man nicht ohne weiteres in ein fremdes Land einmarschieren könne, weil dort Menschen gegen ihren Willen einem kommunistischen Regime unterworfen würden.

Die Kritik zahlreicher konservativer Abgeordneter an der britischen Grenada-Politik trifft damit unausgesprochen auch Frau Thatcher selbst. Man würde es ihr deshalb als unloyal ankreiden, wenn sie sich von Sir Geoffrey Howe trennen würde.

Sicher jedoch ist, daß Sir Geoffrey Howe durch sein Auftreten im Grenada-Konflikt, das von einigen seiner Parteifreunde als „blamabel", „inkompetent" und „laienhaft" bezeichnet wurde, viel von seiner politischen Autorität eingebüßt hat. Nach dem Debakel des Howe-Vorgängers Francis Pym ist es offenbar geworden, daß der vor 18 Monaten über den Falklandkonflikt gestürzte Lord Carrington bis zur Stunde keinen adäquaten Nachfolger gefunden hat.

Abzug aus Grenada nach 60 Tagen?

Diplomaten Kubas und einiger Ostblockländer ausgewiesen / Aktion auf Carriacou beendet

DW. Washington/Havana

Das US-Repräsentantenhaus hat unter Berufung auf das Kriegsvollmachtgesetz (War Power Act) von 1973 die Präsenz der amerikanischen Truppen auf Grenada auf 60 Tage begrenzt. Der Senat hat bereits am Freitag eine entsprechende Entschließung verabschiedet. Präsident Reagan wird in der mit 403 gegen 23 Stimmen verabschiedeten Resolution aufgefordert, die Genehmigung des Kongresses einzuholen, sofern er beabsichtigt, die Truppen länger als zwei Monate auf der Insel zu belassen.

Ausdrücklich wurde vom Vorsitzenden des auswärtigen Ausschussess des Repräsentantenhauses, Zablocki, betont, daß jegliche Beurteilung der Aktion vermieden worden sei. So konnten auch die Stimmen der meisten Republikaner gewonnen werden. Damit hat der Kongreß dieses Gesetz zum ersten Mal angewandt, das 1973 unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges beschlossen wurde. Reagan, der wie seine Vorgänger den War Power Act als unzulässige Beschneidung der Präsidentenmacht ablehnt, kann sein Veto einlegen.

Der Generalgouverneur von Grenada, Sir Paul Scoon, hat die Diplomaten Kubas, der UdSSR, Nordkoreas, der „DDR", Bulgariens und Libyens ausgewiesen. Dies wurde nicht von Washington veranlaßt, sondern ist, wie der amerikanische Vize-Außenminister Burt mitteilte, die alleinige Entscheidung Scoons gewesen. In Havana wurde offiziell bekanntgegeben, daß den kubanischen Diplomaten 24 Stunden Zeit zum Verlassen der Insel gegeben worden sei. Havana habe sie jedoch angewiesen, die Insel nicht ohne die bei den Kämpfen mit den US-Truppen gefallenen, verwundeten oder gefangengenommenen Kubaner zu verlassen. Kuba hat darüber hinaus Washington bereits unterrichtet, daß die Ausweisung nur gewaltsam und unter Einsatz der US-Truppen durchgesetzt werden könne.

Scoon teilte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Canadian Press mit, daß die Beziehungen zur UdSSR und Libyen abgebrochen seien, die Beziehungen zu Kuba wolle er jedoch aufrechterhalten. Der kubanische Botschafter sei ausgewiesen worden, weil „seine Aktivitäten sich nicht mit dem Status eines Botschafters vereinbaren" ließen.

Scoon, der als Vertreter der Krone den Status des Staatsoberhauptes innehat, wird bei der Debatte der UNO-Vollversammlung über den Antrag Nicaraguas auf Verurteilung der USA auftreten, um vor der Weltöffentlichkeit darzulegen, warum er um das Eingreifen der USA ersucht habe.

Die Aktion auf der zu Grenada gehörenden Nebeninsel Carriacou wurde bereits nach 6 Stunden beendet. Die Marineinfanteristen stießen auf keinerlei Widerstand, nahmen 17 Soldaten der grenadischen Volksarmee fest und beschlagnahmten in größerem Umfang Kriegsmaterial. Kubaner hielten sich nicht auf der Insel auf.

FDP-Antrag bekräftigt Nachrüstung

„Gute Mehrheit" für Genschers Sicherheitspolitik auf Parteitag in Karlsruhe?

E. N./DW. Bonn

Die Friedens- und Sicherheitspolitik und damit verbunden die Genfer Abrüstungsverhandlungen werden im Mittelpunkt des FDP-Bundesparteitages am 18. und 19. November in Karlsruhe stehen. FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer erwartet dabei eine „gute Mehrheit" für den Leitantrag des Bundesvorstands, der ein Festhalten am NATO-Doppelbeschluß über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen im Rahmen eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts beim Scheitern der Genfer Verhandlungen vorsieht.

Dies unterstrich die FDP-Generalsekretärin bei der Vorlage von 69 zum Parteitag eingegangenen Anträgen, von denen sich 19 mit Sicherheits- und Friedenspolitik befassen, in Bonn. Parteisprecher Herbert Schmülling erklärte auf Anfrage, der Leitantrag werde vor allem auch von der nordrhein-westfälischen FDP gestützt, die ein Drittel aller Delegierten stellt. Nur 21 der 400 Delegierten kommen aus Schleswig-Holstein, dessen Landesverband einen Gegenantrag gestellt hat. In ihm wird gefordert, daß es keinen „zeitlichen Automatismus" beim Nachrüstungs-Teil des NATO-Doppelbeschlusses geben dürfe. Es sei „beharrlich weiterzuverhandeln", ohne daß die vorgesehenen Waffen auf deutschem Boden stationiert würden. „Aus gesamteuropäischer Verantwortung" dürfe nur an eine Stationierung auf See gedacht werden. Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Die FDP erwartet von der UdSSR, daß sie ihre SS-20-Raketen ersatzlos verschrottet, um den Menschen in Europa die Bedrohung ihres Lebens durch atomare Zerstörung zu nehmen."

Der Bundesvorstand der FDP besteht in seinem Leitantrag „nach liberaler Auffassung auf einer entschlossenen Verteidigungspolitik, die die Gewaltanwendung ausdrücklich und verfassungsgetreu auf das Recht zur staatlichen Notwehr im Sinne der UNO-Charta begrenzt". Die FDP erhoffe ein Ergebnis dabei, daß die Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch die SS 20 „beseitigt oder wenigstens reduziert" und somit die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles überflüssig mache.

Senat verweigert Geld für Eingreiftruppe

AFP, Washington

Der Bewilligungsausschuß des US-Senats hat sich gegen die Zuteilung von Krediten in Höhe von 220 Millionen Dollar ausgesprochen, die das Pentagon zur Schaffung einer amerikanisch-jordanischen „Schnellen Eingreiftruppe" beantragt hatte. Ein Ausschuß des Repräsentantenhauses hatte den Antrag bereits am 19. Oktober abgelehnt. Der Kredit war in der Vorlage des amerikanischen Verteidigungshaushalts für das Rechnungsjahr 1984 veranschlagt worden, der sich auf insgesamt 251 Milliarden Dollar beläuft.

Im Laufe dieser Woche hat der Senat über die Vorlage zu entscheiden. Das als militärische Geheimsache behandelte Projekt der Eingreiftruppe, die in Krisenfällen in der Golfregion eingesetzt werden soll, war in israelischen Regierungskreisen auf entschiedene Ablehnung gestoßen.

Helsinki: Genscher bei Koivisto

dpa, Helsinki

Die Bundesrepublik Deutschland und Finnland sind sich darüber einig, daß der Entspannungsprozeß zwischen Ost und West auch nach einem möglichen Scheitern der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen fortgesetzt werden muß. Bundesaußenminister Genscher und der finnische Staatspräsident Mauno Koivisto maßen hierbei in Helsinki der im Januar in Stockholm beginnenden Europäischen Abrüstungskonferenz besondere Bedeutung zu. Zum Auftakt eines dreitägigen offiziellen Besuches in Finnland äußerte der deutsche Außenminister in einem Gespräch mit Koivisto die Überzeugung, daß auch die Sowjetunion das Ost-West-Verhältnis längerfristig nicht vereisen lassen will.

Mitterrand würde Wahl verlieren

dpa, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand ist im Augenblick so unpopulär, daß er bei einer Präsidentenwahl schon im ersten Wahlgang scheitern würde. Nach dem Ergebnis einer gestern veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifo würde Mitterrand – wenn er denselben Kandidaten wie 1981 gegenüberstünde – im Augenblick mit 21 Prozent der Stimmen von den Oppositionspolitikern Valéry Giscard d'Estaing und Jacques Chirac mit je 27 Prozent überflügelt werden. Die nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich finden 1988 statt.

Vor Neuwahlen in Japan

dpa, Tokio

In Japan gibt es mit großer Wahrscheinlichkeit in der zweiten Dezemberhälfte Neuwahlen. Wie die japanischen Medien gestern übereinstimmend meldeten, hat Ministerpräsident Nakasone die Spitzen der von ihm geführten Liberal-Demokratischen Partei (LDP) angeblich von der Absicht unterrichtet, das Parlament noch in diesem Monat vorzeitig aufzulösen. Damit soll die innenpolitische Krise, die durch das politische Verhalten des Ex-Premiers Tanaka nach seiner Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis ausgelöst wurde, beigelegt werden. Eine offizielle Bestätigung für diese Pläne gibt es noch nicht. Tanaka, der im Zusammenhang mit der Lockheed-Bestechungsaffäre verurteilt wurde, hat immer noch bedeutenden Einfluß auf einen starken Flügel der Regierungspartei. Er ist nicht bereit, sein Mandat aufzugeben.

Gehemmte Eitelkeit

nl – Etwa jeder zweite Bundesbürger (über 14 Jahre) ist Brillenträger. So kann man denn auch getrost sagen, daß bei festgestellter Fehlsichtigkeit die Frage nach der passenden Sehhilfe sehr viele Menschen beschäftigt. Die persönliche Eitelkeit spielt sicherlich eine wesentliche Rolle. Das Gesicht soll schließlich an Ausdruck gewinnen.

Da sollte es für zahlreiche kurz- und weitsichtige Bundesbürger geradezu wie eine Erlösung wirken, wenn ihnen auch die Möglichkeit winkt, das Sehhandicap per Kontaktlinse zu überwinden. Indes, die Begeisterung hält sich offenbar doch in engen Grenzen. Bisher greifen in der Bundesrepublik lediglich acht Prozent der Menschen, die eine Sehhilfe benötigen, zur Kontaktlinse. Das sind also etwas mehr als zwei Millionen Träger. Weitaus in der Mehrzahl sind hier jüngere Menschen, vor allem ist das weibliche Element (rund 70 Prozent) wohl aufgrund kosmetischer Erwägungen auf die Kontaktlinse eingeschwenkt.

Eine der Hemmschwellen – neben offensichtlicher Unverträglichkeit – für einen deutlicheren Vormarsch der nicht gerade billigen Kontaktlinsen ist darin zu sehen, daß Krankenkassen und Versicherungen die Kosten nur in ganz bestimmten Fällen (zum Beispiel extreme Fehlsichtigkeit ab acht Dioptrien oder unregelmäßige Hornhautkrümmung) die Kosten voll übernehmen. Noch ist es ein weiter Weg, bis hierzulande mit einem Linsen-Marktanteil von zwölf Prozent, wie beispielsweise in Kanada, aufgewartet werden kann. Verkürzen können ihn weitere Entwicklungserfolge bei den Materialien. Der Bundesbürger ist offenbar wieder bereit, mehr für seine Brille zu zahlen. Die Kontaktlinse könnte davon profitieren.

Textil-Frühling?

adh. – Es scheint sich ein Textil-Frühling abzuzeichnen. Nach drei Jahren überaus schleppender bis zurückgehender Nachfrage sprechen die Anbieter zur Halbzeit der 50. Interstoff in Frankfurt von regen Geschäften an den Ausstellungsständen. Nur über die Preise wird derzeit nicht so gerne gesprochen. Denn da ist teilweise von notwendigen „Verbesserungen" bis zu mehr als zehn Prozent die Rede. Bei allem Verständnis für die mit knappster Rendite arbeitenden deutschen Textilhersteller, von denen weitere rund 400 aufgeben mußten, darf bezweifelt werden: Massenware gibt es mehr als genug aus dem Ausland – billiger. Und in den oberen Preislagen ist und bleibt der Abnehmerkreis beschränkt. Kein Wunder, daß sich die Einkäufer aus der Bekleidungsindustrie hinsichtlich der Preise zurückhaltend zeigen, obwohl Verständnis für die Lage der Textilindustrie vorhanden ist. Und deren Lage ist allemal günstiger als vor einem Jahr. Denn die stärkere Nachfrage sichert den verbliebenen Textilkapazitäten eine bessere Auslastung.

Pretorias teure Autarkie

Von HEINZ HECK

Ausgerechnet in einem Land, das die Marktwirtschaft förmlich gepachtet zu haben scheint, wird das hohelied des Monopols gesungen: 30 bis 40 Prozent Zollschutz wurden der staatlichen Motorenfabrik Atlantis Diesel Engines (ADE) eingeräumt, um dem von Boykott und Boykottdrohungen geplagten Südafrika die Autarkie in der Versorgung mit Dieselmotoren zu bescheren.

Ein Einzelfall? Keineswegs. Sasol, das Prachtstück staatlicher Industriepolitik, gewinnt Benzin und andere energiegeladene Kostbarkeiten aus Kohle, die es im Land am Kap der Guten Hoffnung reichlich und billig gibt.

Strategische Gründe sind es, die der offiziell hoch favorisierten Marktwirtschaft immer wieder Fesseln anlegen. Aus strategischen Gründen ist der Sasol-Beitrag zur Benzinversorgung des Landes offiziell ein Staatsgeheimnis, obwohl das Unternehmen jetzt sogar verstärkt privatisiert wird (inoffiziell wird er auf 45 bis 50 Prozent geschätzt). Aus strategischen Gründen werden auch die Ölimporte geheimgehalten – und die im Lande tätigen Ölgesellschaften verdienen „ordentlich" an dem „ordentlich" aufgeteilten Markt.

So argumentiert einer, der von draußen in die südafrikanische „Wagenburg"-Mentalität eindringt. Einheimische Politiker wie Manager sehen in all diesen Maßnahmen wie auch in den in stillgelegten Bergwerken gehaltenen Ölreserven (Höhe natürlich streng geheim) vor allem die prophylaktische Wirkung: gäbe es sie nicht, der Ölboykott gegen das Land der Apartheid wäre in der Vergangenheit härter und – vielleicht – mit mehr Wirkung geführt worden.

Aber ein stark in den Welthandel verflochtenes Land kann sich aus den Folgekosten der Autarkie nicht herausstehlen: Bei der spottbilligen Kohle mögen sie gering sein, obwohl es selbst hier zur Geheimhaltungsstrategie gehört, das tatsächliche Ausmaß zu verschleiern. Aber die teuren Dieselmotoren des staatlichen Monopols (das übrigens eines Tages ebenfalls privatisiert werden soll) schlagen sich als Kostensteigerung überall dort nieder, wo solche Motoren Produktionsfaktoren sind: zum Beispiel in der Landwirtschaft, die noch dazu seit Jahren unter einer ungewöhnlichen Dürre leidet.

Wäre die Regierung in Pretoria zum Beispiel dem Rat der Wissenschaftler an der „School of Economics" der Universität Kapstadt gefolgt, hätte es „Atlantis" und manch anderes Staatsunternehmen nie gegeben. Wer für den Rest der Welt „wertvoll" und attraktiv bleiben will, darf nicht autark werden, heißt es dort, auch unter deutlicher Anspielung auf die politischen Implikationen.

Die wirtschaftspolitische Kontroverse, ob das Land mit dem Vehikel der Importsubstitution oder der Exportoffensive seinen Wohlstand dauerhaft sichern soll, ist in Südafrika – vor allem politisch – noch nicht ausgestanden. Das heutige Strickmuster scheint eine eher zufallsbedingte Mischung aus beidem zu sein.

Das gelbe Metall, das trotz steigender Industrialisierung einen bis heute immer noch wachsenden Anteil zu den Exporterlösen (nahe bei 50 Prozent) beisteuert, gestattet dem Land zwar manchen wirtschaftspolitischen Luxus. Doch macht der stabilisierende Einfluß des Goldes auf den Wechselkurs in einem Land mit zweistelligen Inflationsraten wiederum den Exportindustrien das Leben schwer.

Für eine auch wirtschaftliche Schwächung des Landes sorgt gerade mit zunehmender Industrialisierung die Apartheid-Politik. Fortschrittliche Kräfte in Politik und Wirtschaft haben dies begriffen und versuchen zum Beispiel, die Rückstände in der Ausbildung Schwarzer – wie auch Farbiger – aufzuholen. Doch das geht nicht von heute auf morgen.

Die den Schwarzen offiziell zugewiesenen „homelands" bleiben Armutsinseln. Eine zwar nicht strategisch motivierte, aber darum nicht minder absichtsvolle Geheimhaltung aller wirtschaftlichen Indikatoren dieser Reservate läßt den Beobachter hinsichtlich des Ausmaße zwar im dunkeln tappen. Doch ist das wirtschaftliche Gefälle zu den „weißen" Gebieten unübersehbar. Eine möglichst rasche Abkehr von dieser Politik würde dem Land nicht nur politische Unruhen ersparen, sondern auch ein neues Wachstumspotential erschließen, das manche Klage über einen zu kleinen Binnenmarkt verstummen ließe.

DIHT-UMFRAGE / D-Mark-Aufwertung hat das Auslandsgeschäft beeinträchtigt

Die Unternehmen rechnen für 1984 mit einem leicht steigenden Export

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die deutschen Unternehmen rechnen für 1984 mit einem leicht steigenden Export. Wie die Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei 14 000 Unternehmen zeigt, spielt bei dieser Einschätzung allerdings das niedrigere Niveau in diesem Jahr eine Rolle. Gegenwärtig gebe es keine Hinweise darauf, daß sich die Auslandsnachfrage 1984 zum „Konjunkturmotor" entwickeln könnte. Einen Einbruch befürchten die Firmen jedoch ebenfalls nicht.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt geht nach der DIHT-Umfrage etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen für 1984 von einem gleichbleibenden Exportvolumen aus. Mit einem leichten Anstieg rechnen rund 30 Prozent der Firmen. Dagegen stellen sich rund 20 Prozent auf sinkende Exportmengen ein. Damit ist das Bild etwas freundlicher als das, was vor einem Jahr gezeichnet wurde.

Bei dieser Einschätzung setzen die Firmen vor allem auf konjunkturelle Aufschwungtendenzen in den USA und Großbritannien. Sie hoffen, daß auch in anderen westeuropäischen Industrieländern die Konjunktur wieder anziehen wird. Aufgrund des harten internationalen Konkurrenzkampfes rechnen die meisten Unternehmen mit gleichbleibenden, ein nicht unbeachtlicher Teil sogar mit sinkenden Preisen.

Der Rückgang des Exports in diesem Jahr wird vor allem auf die schwache Konjunktur in wichtigen westlichen Abnehmerländern und in den Opec-Staaten zurückgeführt. Schwierig hat sich das Geschäft mit Frankreich und Italien entwickelt. Belastet haben auch die Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) und die kräftige Abwertung der Schweden-Krone. In ihren Wirkungen werden die Konjunkturschwäche im Ausland und die Wechselkursverschiebungen noch negativer als der weiterwachsende Protektionismus beurteilt.

Immer mehr Länder greifen zu direkten oder auch indirekten „Buy-national"-Maßnahmen. Genannt werden vor allem Frankreich, Großbritannien, Belgien, Griechenland und die USA. Die Maßnahmen reichen von Appellen an das Nationalgefühl über eine Politik der Bevorzugung einheimischer Firmen bis hin zu Vorzugsregelungen für inländische Anbieter bei öffentlichen Aufträgen. So verlangt Algerien detaillierte Ausschreibungsunterlagen, die viele Firmen gar nicht erbringen können. In Frankreich wird zunehmend Druck auf nationalisierte Unternehmen ausgeübt, nur französische Waren zu kaufen. Sie erhalten auch höhere Kredite für Inlandskäufe.

Bei neuen bürokratischen Behinderungen, zu denen vor allem Frankreich, Italien und die USA gegriffen haben, wird vor allem auf die verzögerte Zollabfertigung verwiesen. Es werden an den Grenzübergängen häufig einfach weniger Leute eingesetzt. Hinzu kommen Umweltschutzauflagen sowie neue arbeitsmedizinische oder sicherheitstechnische Vorschriften. Sprachunterschiede werden insbesondere von Frankreich und Griechenland als Importbremse genutzt. Sie schreiben vor, daß Dokumente aller Art in der Landessprache abgefaßt sein müssen. Die Zahlungsschwierigkeiten – hier werden Argentinien, Brasilien, Mexiko, Türkei, Nigeria, Irak, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien genannt – führen zu einschneidenden Importverboten und zu einer Beeinträchtigung des Devisentransfers.

Zu den größten unmittelbaren Schwierigkeiten beim Erschließen von neuen Auslandsmärkten gehören personelle Probleme wie die zum Teil mangelnde Bereitschaft von Fachkräften, ins Ausland zu gehen, und die hohen Kosten, die Gewinnung von Informationen und Probleme des ausländischen Rechts. Die Rolle der Handelshäuser bei der Markterschließung wird unterschiedlich beurteilt. Kleine und mittlere Unternehmen, die sich keine eigene Auslandsorganisation aufbauen können, messen ihnen eine größere Rolle zu. Dies gilt besonders für den Export von Konsum- und Standardgütern. Je spezialisierter und je hochwertiger die für den Export vorgesehenen Produkte sind, desto schwieriger wird die Einschaltung von Handelshäusern. Für diese Produkte fehlt es ihnen häufig an Spezialisten.

FORSCHUNGSPOLITIK

Riesenhuber setzt auf die Initiative der Wirtschaft

KAREN SÖHLER, Bonn

„Der Unternehmer kämpft am besten für eigenes Geld und für eigene Projekte." Mit diesen Worten machte Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie, gestern auf einer Pressekonferenz deutlich, wo der Ansatzpunkt für eine Neuorientierung der Forschungspolitik in Zukunft liegen wird. Denn nur eine steigende Eigeninitiative der deutschen Wirtschaft gewährleiste, daß Innovationen möglichst schnell zum Durchbruch gelangten. Bei der industriellen Forschung, Entwicklung und Innovation müßte sich die Aufgabe des Staates im wesentlichen darauf beschränken, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Erste Auswirkungen ergeben sich bei der direkten Projektförderung des Bundes für zivile Forschung und Entwicklung in Unternehmen: Die hierfür im Haushalt bereitgestellte Summe wird von 3,5 Milliarden 1982 auf voraussichtlich 2,8 Milliarden Mark 1984 schrumpfen. Stärker betont werden soll statt dessen die „indirekte Forschungsförderung". Im neuen Maßnahmenkatalog stehen unter anderem die Wiedereinführung der Sonderabschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ab 1984; ein Modellversuch zur Gründung technologieorientierter Unternehmen mit einem Förderungsrahmen von zunächst 100 Millionen Mark; die wesentliche Ausweitung der Förderung der Vertragsforschung und -entwicklung für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft durch Aufstockung der Mittel von 13,8 Millionen 1983 auf 40 Millionen 1984.

Die Maßnahmen insgesamt führen dazu, daß sich das Verhältnis von indirekter zu direkter Forschungsförderung – gemessen an den Ausgaben – von eins zu 4,3 im vergangenen Jahr auf eins zu 2,2 im Jahre 1984 verändert.

Stärker akzentuieren will Riesenhuber darüber hinaus die Grundlagenforschung. Der Anteil am Forschungshaushalt soll in den nächsten Jahren von zur Zeit 28 auf 30 Prozent angehoben werden. Zum anderen will sich das Forschungsministerium noch stärker auf Umweltforschung und Technologiefolgenabschätzung konzentrieren. Riesenhuber wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die bisherige Leistung weniger darin bestanden habe, 56 Millionen Mark für die Erforschung von Waldschäden bereitzustellen, als vielmehr in der umfassenden Forschungskoordinierung. Die Folgen neuer Technologien abzuschätzen sei allerdings nicht nur Aufgabe des BMFT, sondern ebenso der freien Wirtschaft.

Als Erfolg der neuen Forschungspolitik wertet Riesenhuber, daß die beiden Demonstrationskraftwerke (Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor) seit einem Jahr im Kosten- und Zeitplan liegen. „Entscheidend" hierfür sei, daß sich die Industrie an den Kosten beteiligt. „Zum erstenmal kämpft die Industrie für eigenes Geld."

AUF EIN WORT

„Das Problem der Arbeitslosigkeit wird uns noch viele Jahre beschäftigen, dem Staat dürfen wir dabei nicht zuviel zutrauen."

Manfred Lahnstein, Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG, Gütersloh

FOTO: JUPP DARCHINGER

IW: Industrie gut gerüstet

dpa/VWD, Köln

Die deutsche Industrie ist nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für die Bewältigung des Strukturwandels gut gerüstet. Sie habe sich den Anforderungen des Weltmarktes angepaßt und auf ein die Rohstoff- und Energiequellen schonendes und umweltfreundliches Wachstum eingestellt, erklärte das den Arbeitgebern nahestehende Institut. Insbesondere das Investitionsgüter produzierende Gewerbe habe sich als „Wachstumsmotor" erwiesen. Sein Anteil an der Nettoproduktion sei von 35,1 Prozent 1973 auf 38,2 Prozent 1982 gestiegen. Das Wachstum des gesamten produzierenden Gewerbes sei nach 1979 zu 67 Prozent von dieser Industriegruppe getragen worden. Dabei hätten „die besonders wachstumsstarken Zukunftsindustrien" erheblich an Gewicht gewonnen.

IMMOBILIEN

Starker Preisrückgang bei Einfamilienhäusern

rtr, Hamburg

Eine deutliche Abschwächung der Immobilien-Nachfrage beobachtet gegenwärtig der Verband Deutscher Makler (VDM) in der Bundesrepublik Deutschland. „Katastrophale Zustände" herrschten bei solchen Objekten, die sich außerhalb der größeren Einzugsbereiche von Ballungszentren befinden, teilte der Verband am Mittwoch mit. „Hier haben die Insolvenzen aufgrund der gestiegenen Zinssätze zu einem so starken Überangebot geführt, daß selbst besonders preisgünstige und marktkonforme Objekte nicht mehr veräußerbar sind", sagte ein VDM-Sprecher.

Nach Zinshäusern in guten Stadtlagen bei niedrigem Preisniveau und teilmodernisierter Ausstattung sei die Nachfrage leicht stärker geworden. Diese Sonderentwicklung sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr Zinshausobjekte nach dem Wohnungseigentumsgesetz aufgeteilt und dann als einzelne Eigentumswohnungen veräußert würden. Nachdem bei gebrauchten Eigentumswohnungen bis vor zwei Monaten noch eine sehr schwache Nachfrage registriert worden sei, gebe es hier jetzt eine leichte Belebung.

Die Neubautätigkeit für Eigentumswohnungen sei stark eingeschränkt. Neue Eigentumswohnungen ließen sich nur in schärfster Kalkulation, guter Ausstattung und erstklassiger Lage veräußern, sagte der Sprecher. Bei Einfamilienhäusern sei in den vergangenen Monaten ein Preisrückgang um fünf bis zehn Prozent zu verzeichnen. Mietwohnungen ließen sich bei Quadratmeter-Preisen um zwölf bis 14 Mark kaum mehr vermieten.

Bundesweit stünden Gewerberäume leer. Allein in Hamburg schätzten Fachleute, daß rund 100 000 Quadratmeter an Gewerberäumen zur Zeit unvermietbar seien.

LAMBSDORFF IN LONDON

Meinungsunterschiede über Kohle- und Stahlpolitik

WILHELM FURLER, London

In zweitägigen Gesprächen haben der deutsche Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und die britischen Minister Walker (Energie), Tebbit (Handel und Industrie) und Schatzkanzler Lawson in London ihre gegenwärtigen Positionen in den Bereichen Energiepolitik (insbesondere Kohle), Stahl, EG-Industriepolitik, Öffnung der Dienstleistungsmärkte, Airbus-Programm und EG-Budget abgestimmt. Wie es aus gutunterrichteten Kreisen heißt, sind sich Bonn und London in den meisten Punkten einig. Beide sehen die größeren Probleme in den divergierenden Ansichten anderer EG-Mitgliedsländer, insbesondere Frankreichs.

Gewisse Meinungsunterschiede bestehen zwischen Bonn und London weiterhin in der Frage der EG-Finanzierung der Kohlehalden. Während die deutsche Seite einer Halden-Finanzierung ausgesprochen zurückhaltend gegenübersteht und vielmehr im Bereich der Kokskohle Erleichterungen wünscht, steht für die Briten eine Finanzierungshilfe für die Kohlehalden im Vordergrund. Aus einleuchtendem Grund: Während in der Bundesrepublik von den 80 Millionen Tonnen Jahresförderung nur etwa zehn Millionen Tonnen pro Jahr auf Halde wandern, wachsen die Kohlehalden in Großbritannien rapide. Sie haben inzwischen 60 Millionen Tonnen erreicht, deutlich mehr als die Hälfte des gesamten britischen Jahresverbrauchs.

Differenzen gibt es auch in Sachen Stahl. London ist mit dem deutschen Vorstoß in Brüssel in Richtung einer strikten Mengenregelung nicht einverstanden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Herbstglanz im Einzelhandel

Düsseldorf (Py.) – Der September hat dem deutschen Facheinzelhandel eine deutliche Geschäftsbelebung beschert. Nach Erhebungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln wurden sechs Prozent mehr umgesetzt, preisbereinigt vier Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Hervorstechende Umsatzzuwächse erzielten der Handel mit Schuhen (plus 28 Prozent), Textilien/Bekleidung (plus 15 Prozent) und Elektroartikeln (plus zwölf Prozent). Das gute Septemberergebnis hat auch die Werte der ersten neun Monate dieses Jahres verbessert. Doch das nominale Umsatzplus von zwei Prozent ließ real nur ein Minus von ein Prozent zu.

Höhere Aktienumsätze

Frankfurt (VWD) – An der Frankfurter Wertpapierbörse stiegen die Aktienumsätze im Oktober gegenüber dem Vormonat um 44,6 Prozent auf 3,752 Milliarden Mark. Sie ließen das Umsatzvolumen der ersten zehn Monate auf 39,1 (14,4) Milliarden Mark zunehmen. Nach Angaben des Börsenvorstands zog der Kursindex der in Frankfurt amtlich notierten Deutschen Aktien von Ende September bis Ende Oktober um 7,7 Prozent auf 149,46 (138,79) Punkte an. Im Vergleich zum Ende des Vorjahres (Indexstand 112,55) ergibt sich eine Kurssteigerung um 32,8 Prozent.

Gatt bildet neue Abteilung

Genf (rtr) – Die Welthandelsorganisation Gatt hat die Bildung einer neuen Abteilung angekündigt, die nichttarifäre Einfuhrbeschränkungen untersuchen soll. Vertreter des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) sagten, solche Beschränkungen der Importe wie komplizierte Sicherheitsstandards und Lizenzverfahren hätten sich in den letzten Jahren mit Rückgang des Schutzes durch Zölle verstärkt durchgesetzt.

Arbeitsplätze gefährdet

Berlin (Wz.) – Bei der Waggon-Union in Berlin sind nach Angaben der Geschäftsführung und des DGB Berlin rund tausend Arbeitsplätze von 1985 an gefährdet. DGB und Waggon-Union werfen der Bundesbahn vor, ihre Aufträge, die ein Drittel der Jahreskapazität ausmachen, von Berlin abzuziehen. Für 1984 hatte die Waggon-Union wieder mit einem Auftrag von rund 80 Reisezugwagen gerechnet. Die Waggon-Union hatte 1982 einen Jahresumsatz von rund 200 Millionen Mark. Wie die Geschäftsführung mitteilt, bemühe sie sich gegenwärtig um Ersatzaufträge, eine Zukunftsplanung sei aber auf dieser Basis nicht möglich.

Münzenmarkt belebt sich

Düsseldorf (Py.) – Die Preise für Gold- und Silbermünzen haben sich nach der sommerlichen Schwächephase gefangen und versprechen für die kommenden Monate eine gute Ausgangsbasis. Wie die Dresdner Bank bei der Herausgabe ihrer neuesten Gold- und Silbermünzenbroschüren mitteilte, beginnt inzwischen eine saisonbedingte Belebung des Marktes. Während für die 20-Goldmark-Stücke reges Kaufinteresse vorliegt, mußten 10-Mark-Prägungen fast auf der ganzen Linie weitere Kurseinbußen hinnehmen.

Hilfsprogramm Schiffsbau

Bremen (dpa/VWD) – Das Land Bremen wird sich mit 20,7 Millionen Mark an dem Auftragshilfenprogramm der Küstenländer für den Schiffbau beteiligen. Das teilte der Senat mit. Das Programm ist bis 1985 befristet und sieht Auftragshilfen für technisch höherwertige Schiffsneubauten sowie Schiffsreparaturen vor. Dieser Beschluß, für den alle vier Küstenländer zusammen 61 Millionen Mark bereitstellen, soll für Reeder Anreiz schaffen, neu zu bauende Schiffe bei deutschen Werften in Auftrag zu geben. Der Bund hatte ein eigenes Programm abgelehnt.

Antidumpingzoll

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat bei der Einfuhr von Betonstahl aus Spanien einen vorläufigen Antidumpingzoll eingeführt. Die Zollabgabe beträgt 12,5 Prozent oder 91 D-Mark je Tonne. Die jeweils höhere Abgabe kommt zur Geltung. Die Entscheidung wird in den nächsten Tagen im EG-Amtsblatt veröffentlicht werden.

EG-AGRARREFORM

DIW warnt vor Konflikt mit den Drittländern

PETER WEERTZ, Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) befürwortet zwar eine Reform der europäischen Agrarpolitik, warnt aber zugleich davor, sie zu stark zu Lasten von Drittländern zu verwirklichen. Vor allem die Beschränkungen der Importe von Getreidesubstituten und eiweißhaltigen Futtermitteln beeinträchtigen nach Angaben des Berliner Instituts die Agrarinteressen der USA und der lateinamerikanischen Länder.

Die europäische Agrarpolitik sei unbezahlbar geworden, kritisiert auch das Berliner Forschungsinstitut. Es hält die vorgeschlagenen Maßnahmen daher für verständlich und den Abbau der Preisgarantien, Prämien und des Währungsausgleichs für notwendig. Bei allen wichtigen landwirtschaftlichen Produkten habe die Gemeinschaft die Selbstversorgung erreicht oder überschritten.

Das Spar- und Einfuhrrestriktions-Programm bringe daher zwar eine Entlastung der Haushaltslage der Europäischen Gemeinschaft, dringe jedoch nicht bis zur Wurzel vor, moniert das Institut. Um den Unterschied zwischen dem hohen Agrarpreisniveau der EG und den Weltmarktpreisen auszugleichen, seien erhebliche Subventionen für die Exporte der Überschußprodukte erforderlich. Knapp die Hälfte der Marktordnungsausgaben sind dafür nach Angaben des Instituts notwendig. In diesem Jahr betragen die Agrarsubventionen der EG insgesamt 38 Mrd. DM, das sind derzeit rund 63 Prozent des EG-Haushalts.

Bei weiteren Importrestriktionen müsse Brüssel mit Gegenmaßnahmen der Drittländer rechnen. Rücksicht auf die Agrarinteressen der Drittländer, besonders der USA, sei deshalb geboten.

BELGIEN / Abschied von einem längst überholten und nie befolgten Gesetz

Alkohol-Verkaufsverbot aufgehoben

WILHELM HADLER, Brüssel

Vergehen, deren sich jedermann schuldig macht, werden nach Montesquieu zu Gewohnheitsrechten. Auch das belgische Parlament scheint von dieser Erkenntnis inspiriert gewesen zu sein, als es in dieser Woche das seit 1919 bestehende offizielle Verkaufsverbot für Alkoholika in öffentlichen Etablissements (Kneipen, Gaststätten, Hotels) abschaffte.

In der Praxis ist das den Belgiern als Lex Vandervelde bekannte Gesetz in letzter Zeit nur noch selten angewandt worden. Trotzdem brauchte es 15 Jahre, bis sich für die Aufhebung der Bestimmung eine ausreichende parlamentarische Mehrheit fand. Wirtschaftlich hat das Ausschankverbot für Hochprozentiges zweifellos eine zwangsweise Verbrauchsverschiebung zugunsten des Bieres gebracht. Manchen erschien es deshalb seit langem als eine unheilige Allianz von Kirche, Gewerkschaften und Brauereien.

Man muß sich indes des historischen Umfeldes bewußt sein, das das Gesetz nach dem Ersten Weltkrieg zu einer sozialen Tat machte: Damals galt es, dem in den wallonischen Industrierevieren grassierenden Alkoholismus breiter Arbeitermassen mit allen Mitteln den Kampf anzusagen.

Nach dem Schnapsverbot verringerte sich die Zahl der (vor allem in der Nähe der Fabriktore angesiedelten) Pinten in wenigen Jahren von 202 000 auf 120 000. In Lebensmittel- oder Tabakgeschäften durften Alkoholika bis heute offiziell nur in Mengen von mindestens zwei Litern abgegeben werden (was von der zweifelhaften Annahme ausging, daß Leute, die es sich finanziell leisten können, mit dem gefährlichen Stoff schon genügend sorgsam umgehen würden).

Wer einen „Witteken" oder „Petit Blanc" verlangte, wurde allerdings an den Theken noch selten abgewiesen. Die Belgier sind jeher Meister in der Beherrschung juristischer „Grauzonen". Private Klubs und Vereine waren ohnehin von dem Ausschankverbot ausgenommen. In Restaurants wurde der Schnaps angeblich nur noch zum Flambieren benötigt.

So waren es auch weniger humanitäre als fiskalische Gründe, die die Regierung zur Ablösung des überholten Gesetzes bewogen: Künftig müssen alle Cafés, die eine Ausschankgenehmigung beantragen, eine Jahressteuer von (je nach Gemeindegröße) zwischen 8000 und 40 000 Franc (400 bis 2000 DM) entrichten.

Finanzminister Willy Declecq hofft, daß sich 40 000 der insgesamt 50 000 belgischen Gaststätten und Kneipenbetriebe den Schnaps offen ins Regal stellen wollen. Dem Staat würde dies nach seinen Berechnungen jährlich rund 500 Millionen Franc (25 Millionen DM) Mehreinnahmen bringen. Der Verkauf an Jugendliche unter 18 Jahren und im Bereich der Autobahnen soll verboten bleiben.

EINKAUFSVERBÄNDE / Ertragsdruck hält an

Geringes Wachstum erwartet

HANNA GIESKES, Bonn

„Von einer Trendwende kann noch nicht gesprochen werden." Siegfried Willeitner, neuer Präsident der Bundesvereinigung deutscher Einkaufsverbände (BEV), findet es aber schon erfreulich, „daß der Einzelhandel in diesem Jahr voraussichtlich ein Umsatzplus von 2,5 Prozent erreichen wird"; damit werde ein reales Wachstum „geringfügig über der Nullgrenze" wahrscheinlich. Immerhin mußte der Einzelhandel im vergangenen Jahr Absatzeinbußen von 4,5 Prozent verkraften; „so etwas hat es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben".

Noch zu Beginn des Jahres 1983 habe niemand damit gerechnet, daß der private Verbrauch im ersten Halbjahr um 3,5 Prozent steigen würde, sagte Willeitner weiter. Das sei vor allem dem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Sparquote um 1,5 Prozentpunkte zu verdanken. Die zusätzliche Kaufkraft kam vor allem Kraftfahrzeugen und Einrichtungsgegenständen zugute. So habe der Möbelhandel allein im Monat Juni eine Umsatzsteigerung von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr registriert.

Der Verfall der Erträge im Handel halte indes weiter an. Daran habe auch die Anhebung der Mehrwertsteuer mitgewirkt, die vor allem die Händler belastet habe. Sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung sei die Zahl der Insolvenzen, die im ersten Halbjahr um 8,9 Prozent höher als im Vorjahr lag.

Mit Argwohn registriert die Bundesvereinigung das Wachstum der großen Filialbetriebe, „das überwiegend zu Lasten des mittelständischen Fachhandels erfolgt", aus dem sich die Mitglieder der im BEV zusammengeschlossenen Einkaufsverbände rekrutieren. Der Fachhandel sei außerdem durch Expansion der „Billig-Vertriebsformen" in Bedrängnis geraten, die mit Unter-Eintandspreisen operierten: „Dieser Verdrängungswettbewerb hat nun vom Lebensmittelhandel auch auf den Spielwarenbereich, die Konsumelektronik *und den Möbel- und Fotohandel* übergegriffen."

Die Kooperationsbereitschaft des Fachhandels hat sich laut Willeitner unter dem wachsenden Wettbewerbsdruck erhöht: Der einzelne Händler beziehe mehr Waren über seine Einkaufsgemeinschaft, und die Zahl der anschlußwilligen Händler sei gestiegen. Offensichtlich sind damit aber auch die Risiken für die Einkaufsgemeinschaft aus Zentralregulierung und Delkrederehaftung gestiegen; Funktionen, die sie bisher immer sehr bereitwillig übernommen hatten. Willeitner jedenfalls deutete an, daß diese Risiken zu „mindern" seien. Der scheidende BEV-Präsident Hermann Terberger verwies auf das Beispiel der Möbeleinkaufsverbände, „die bei der Zentralregulierung seit langem mit Kreditinstituten zusammenarbeiten".

Im BEV sind 71 Einkaufsverbände organisiert, denen über 20 000 Einzelhandelsunternehmen angehören.

US-BANKEN / In diesem Jahr machten bereits 43 Institute Pleite – Rekord seit 1940

Harte Kritik an Aufsichtsbehörde

H.-A. SIEBERT, Washington

Unter Beschuß geraten ist der Comptroller of the Currency – eine Behörde mit Sitz in Washington, die einen Teil der amerikanischen Banken überwacht. In einem Untersuchungsbericht des US-Finanzministeriums wird ihr indirekt vorgeworfen, sie habe die Aufsichtspflicht verletzt, weil die Überprüfung der Ausleihungen der Penn Square Bank in Oklahoma City zu lasch gehandhabt worden sei. Das Institut war im Juli 1982 zusammengebrochen; hohe Verluste erlitten die Continental Illinois in Chicago, die Chase Manhattan und andere Banken, die Penn-Kredite über 2,5 Milliarden Dollar angekauft hatten.

Eine solche Schelte hat es bisher nicht gegeben. Zu befürchten ist aber, daß sich die Attacken gegen den Comptroller noch verstärken werden. Denn in Amerika kommt die Bankenaufsicht immer mehr ins Gerede. Man fragt sich, wie es möglich sein konnte, daß so viele Institute wie die Penn Square Bank ihre Kredite auf nur einen Industriezweig, die Öl- und Erdgasinsdustrie, konzentrierten, ohne dabei aufzufallen. Die Ölschwemme hatte die Wirkung eines Wirbelsturms. Bisher machten in diesem Jahr in den USA 43 Banken Pleite – die höchste Zahl seit 1940. Nach einer Prognose des Comptrollers wird sie bis Ende Dezember 50 überschreiten. Seit Januar erhöhte sich die Zahl der Problembanken von 369 auf 614.

Besonders kritisch ist die Lage in Texas, dem Zentrum der amerikanischen Energiewirtschaft. Die große Interfirst Bank in Dallas, deren Kreditportefeuille 14 Milliarden Dollar umfaßt, davon 6,4 Prozent im Ausland, erwirtschaftete von Juli bis September einen Verlust von 194 Millionen Dollar. Ein solches Quartalsminus ist in der Branche noch nicht registriert worden. Mitte Oktober ging die First National Bank in Midland unter. Sie wurde von der Republic Bank in Dallas übernommen, nachdem das US-Notenbanksystem rund 600 und die Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC), die Einlagen bis zu 100 000 Dollar versichert, 100 Millionen Dollar in einer vergeblichen Rettungsaktion bereitgestellt hatten.

Midland verlor in den ersten acht Monaten dieses Jahres das gesamte Eigenkapital durch Verluste in Höhe von 121 Millionen Dollar. Es war Amerikas drittgrößte Bankpleite, gemessen an den Einlagen. Die Konkursliste führt die New Yorker Franklin National Bank an, die im Oktober 1974 dichtmachte und dann von der European-American Bank aufgekauft wurde, an der die Deutsche Bank mit einem Fünftel beteiligt ist. Ein Jahr zuvor hatte die U. S. National Bank in San Diego die Segel streichen müssen.

Zu den Ölopfern gehören auch die Metro Bank in Midland, die National Bank im texanischen Odessa und die Seafirst Corporation in Seattle. Die letztere wurde von der Bank of America erworben. Diese Übernahme wird als einer der Gründe bezeichnet, warum das früher größte Geldinstitut der Welt so weit hinter die Citicorp zurückgefallen ist und seit längerem mit Gewinneinbrüchen zu kämpfen hat. Continental Illinois, die eine Milliarde Dollar verkraften mußte, ist in der US-Bankenhierarchie vom sechsten auf den siebten Rang gerutscht.

Attackiert wird das Büro des Comptroller zweifellos aus verständlichen Gründen. Die Behörde hätte, so heißt es, die Banken rechtzeitig vor den damals absehbaren Zusammenbrüchen vieler Bohrgesellschaften warnen können. Bei der Penn Square wurden überdies nachträglich „Betrugsbeweise" gefunden. Hinter allem verbirgt sich die Sorge, daß sich das Energie-Debakel im Auslandsgeschäft wiederholen könnte. Noch sind hier eigentliche Verluste zwar nicht eingetreten, aber sie lassen sich nicht ausschließen. Schon jetzt drückt der nicht bediente Schuldendienst die Gewinne der Banken.

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß zahlreiche amerikanische Geldinstitute ihre Ausleihungen auf nur wenige Länder beschränkt haben. Häufig nicht eingehalten wurde der Schlüssel, worauf der Comptroller ebenfalls hätte achten können. Inzwischen hat der Kongreß genaue Richtlinien festgeschrieben.

TRIEBWERK-KONSORTIUM / MTU beteiligt

Für Neuentwicklung gerüstet

WOLFGANG WILL, New York

Die Zahl der selbständigen Triebwerkshersteller schrumpft: Dem Konsortium gehört die Zukunft. Das zeigte sich jetzt wieder, als in New York und London die „International Aero Engines" (IAE) gegründet wurde, die aus sieben Firmen aus fünf Nationen besteht: Auf der Basis der „Risiko-Teilung" ist IAE entschlossen, das Düsen-Triebwerk der Zukunft zu entwickeln und zu bauen, das 1988 für ein neues Flugzeug mit einem Fassungsvermögen von 120 bis 180 Passagieren zur Verfügung stehen soll. Dazu gehört Europas Airbus 320, dazu gehören Entwürfe von Boeing und McDonnell Douglas, aber für das neue Triebwerk ergeben sich auch andere Möglichkeiten: Denn die Triebwerke vieler heutiger Passagiermaschinen müssen ersetzt werden.

Das neue Unternehmen, zu dem die Motoren-und-Triebwerke-Union (MTU) München/Friedrichshafen gehört, sieht für seine Neuentwicklung einen Markt von 3000 Flugzeugen oder 8000 Triebwerken, wobei mögliche militärische Aufträge nicht enthalten sind. Den heutigen Preis eines solchen Triebwerkes zugrundegelegt, bietet sich damit ein Geschäft im Werte von rund 16 Milliarden Dollar an. Darüber hinaus können in allen beteiligten Firmen und Ländern auf diese Weise Arbeitsplätze und Know-how-Kapazitäten nicht nur erhalten, sondern zusätzlich geschaffen werden – das ging aus Gesprächen mit den Repräsentanten beteiligter Unternehmen in New York übereinstimmend hervor. Wenigstens eine Milliarde Dollar müssen die am neuen Konsortium beteiligten Firmen für die Entwicklung investieren.

Konsortiumsführer Pratt & Whitney/United Technologies (USA) und Großbritanniens Rolls Royce sind an IAE mit jeweils 30 Prozent beteiligt. Eine Gruppe japanischer Firmen hält 19,9 Prozent des Aktienkapitals, Deutschlands MTU kommt auf 12,1 Prozent und Italiens Fiat Aviazione auf acht Prozent. Arbeits- oder Auftragsmäßig sieht die Verteilung, außer bei Pratt & Whitney und Rolls Royce (wieder jeweils 30 Prozent) ein wenig unterschiedlich aus: Hier kommen die Japaner auf 23 Prozent, MTU auf elf und Fiat auf sechs Prozent.

Das V-2500 genannte Triebwerk soll „letzter technologischer Schrei" sein, sich durch besondere Geräuscharmut auszeichnen und zudem einen um 14 Prozent geringeren Verbrauch haben als derzeit zur Verfügung stehende Turbinen. „Niemals zuvor haben Industriekonzerne Nord-Amerikas, Asiens und Europas gemeinsam ein technisches Entwicklungsvorhaben dieser Größe mit dem Ziel, ein Düsentriebwerk zu bauen, unternommen", betonte Robert J. Carlson, Präsident bei United Technologies. Für das neue Konsortium gibt es weltweit nur die Konkurrenz General Electric/Snecma, doch deren bereits in der Produktion befindliches Triebwerk basiere auf technologischen Kompromissen und stelle keine völlige Neuentwicklung dar, heißt es bei der IEA. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Neue Privatisierungs-Kampagne

Wettbewerb für Staatsfirmen

WILHELM FURLER, London

„Es gibt in Großbritannien kein Staatsmonopol, das gegenüber einer Privatisierung sakrosankt wäre." Mit diesem Aufruf hat der neue Finanz-Staatssekretär im Schatzamt mit Ministerrang, John Moore, offensichtlich eine neue Kampagne der Regierung für ihr Privatisierungs-Programm eingeleitet. Moore unterstrich die Entschlossenheit der Regierung Thatcher, die „schleichende Bürokratisierung der vergangenen 35 Jahre" im Bereich der Staatsindustrien durch Wettbewerb und verbesserte Effektivität abzulösen. Auf einer Tagung Londoner Börsenhändler ließ Moore keinen Zweifel daran aufkommen, daß die wohltuende finanzielle Auswirkung des Privatisierungsprogramms auf die Staatskasse nur zweitrangig sei. Der konservativen Regierung gehe es vor allem darum, mit Fehlern wie schwacher Leistungsfähigkeit, mangelnder Dienstleistung, hohen Verlusten und ungenügender Produktivität in den meisten Staatsunternehmen Schluß zu machen.

Wenn staatseigene Firmen vergleichsweise schwach in den Bereichen Wettbewerbs- und Gewinnsituation abschnitten und Arbeit und Kapital unzulänglich einsetzten, dann ginge dies nicht zu lasten von Management und Belegschaft; vielmehr stünden diese einer unlösbaren Aufgabe gegenüber. Sie hätten mit dem permanenten Risiko politischer und bürokratischer Eingriffe zu leben und seien gefangen im Tauziehen um soziale Zielsetzungen auf der einen und kommerzielle auf der anderen Seite. Gerade unter dieser Regierung mit ihrem straffen Sparprogramm hätten Staatsunternehmen häufig keine Chance, ein wirtschaftlich durchaus zu rechtfertigendes Investitionsprogramm durchzuziehen.

Ganz abgesehen davon aber bestünden für staatliche Firmen keinerlei Erfolgszwänge, um zu überleben. Entsprechend gäbe es praktisch keine Initiativen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit. Moore ließ ein Beispiel folgen: Das Transport-Unternehmen National Freight Company, das von seinen Mitarbeitern und Managern übernommen wurde, erwarte für das laufende Finanzjahr einen Gewinn in Höhe von 5 Millionen Pfund, nachdem im vergangenen die Verlustzone nicht einmal ganz verlassen werden konnte.

SPANIEN / Westinghouse Espanola zahlungsunfähig – KWU-Projekt gefährdet

Kernkraftwerksprogramm wird gekürzt

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Westinghouse Española", unter anderem mit dem Bau mehrerer Kernkraftwerke in verschiedenen Provinzen Spaniens beschäftigt, hat jetzt Zahlungsunfähigkeit angemeldet. Die spanische Tochter des amerikanischen Großunternehmens antwortet damit auf einen Beschluß der sozialistischen Regierung in Madrid, das Bauprogramm von elf Kernkraftwerken drastisch zu kürzen. Außerdem soll das großangelegte Programm zur weiteren Elektrifizierung der staatlichen Eisenbahnen (RENFE) erheblich gedrosselt werden.

Von dieser Maßnahme wird das Westinghouse Werk Renossa bei Santander betroffen, das fast ausschließlich für die RENFE arbeitet. Zu den betroffenen Werken zählt auch das halbfertige Kernkraftwerk Vandellos II bei Tarragona. Von 3000 Arbeitern, die Westinghouse Española beschäftigt, müssen 934 entlassen werden.

In Spanien arbeiten zur Zeit vier Kernkraftwerke, die zusammen etwa 2000 Megawatt liefern. Im Bau sind weitere elf Kernkraftwerke. Das Programm, das Spanien in Europa an die zweite Stelle nach Frankreich setzt, soll Engpässe bei der Energieversorgung abschaffen.

Mit den 15 Kernkraftwerken wollte Spanien diese Schwierigkeiten einheimischer Energieversorgung ausgleichen und gleichzeitig der Dollar-Abhängigkeit bei der Energieeinfuhr entgegenwirken. Nach den vorliegenden Bauplänen sollten die Kernkraftwerke mit je 930 bis 1030 Megawatt Leistung bis Ende 1986 fertiggestellt werden und den Anteil der Kernkraft am Energieverbrauch im Jahr 1987 auf 16,5 Prozent erhöhen. An der Bereitstellung elektrischer Energie sollte die Kernkraft 34,6 Prozent, die Kohle 29,3 Prozent, die Wasserkraft 24,6 Prozent und das Öl 11,5 Prozent übernehmen.

Die Drosselung des Bauprogramms folgt offensichtlich politischen Überlegungen der sozialistischen Regierung, nachdem die marxistische Terrororganisation „Eta" hintereinander zweimal den jeweiligen Chefingenieur des fast fertigen Atomkraftwerkes Lemoniz an der Biscaya „hingerichtet" hatte.

Nur wenige Jahre zuvor hatte die Eta das Iberoduero-Unternehmen zu dem Bau des Kraftwerks beglückwünscht, weil dadurch das Baskenland in seiner Energieversorgung unabhängig werden könne. Das Werk sollte die Energiekosten der um ihre Existenz ringenden Industrien des Baskenlandes um 40 Prozent senken. Brachliegend bringt Lemoniz einen Verlust von vier Millionen Mark täglich, wie der Präsident von Iberoduero der WELT gegenüber bestätigte.

Westinghouse, Nummer eins der spanischen Kernkraftwerkebauer, will sich zwar nicht aus Spanien zurückziehen, wohl aber deutlich demonstrieren, daß der Eingriff der Regierung in die Baupläne der Elektrizitätsgesellschaften Investitionsverluste von etwa neun Milliarden Mark zur Folge hat.

Wieweit die deutsche Kraftwerk Union AG (KWU) von der Regierungsmaßnahme betroffen wird, ist noch nicht abzusehen. KWU baut das Kernkraftwerk Trillo I (1030) Megawatt) bei Madrid und hat für Trillo II bereits einen Vorvertrag unterzeichnet. Wie es heißt, soll jedoch das Werk Trillo II zu den fünf Kernkraftwerken gehören, die von der Regierung aus dem Bauprogramm gestrichen wurden. Siemens-Madrid konnte dies jedoch noch nicht bestätigen. (SAD)

FAUN-WERKE / KUKA Umwelttechnik erworben

Stärkung des Programms

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Faun-Werke, Lauf a. d. Pegnitz, Hersteller von Nutzfahrzeugen, Baumaschinen und Kommunalfahrzeugen, haben mit Wirkung vom 1. November 1983 von der Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWKA) deren Tochter KUKA Umwelttechnik GmbH, Augsburg, übernommen.

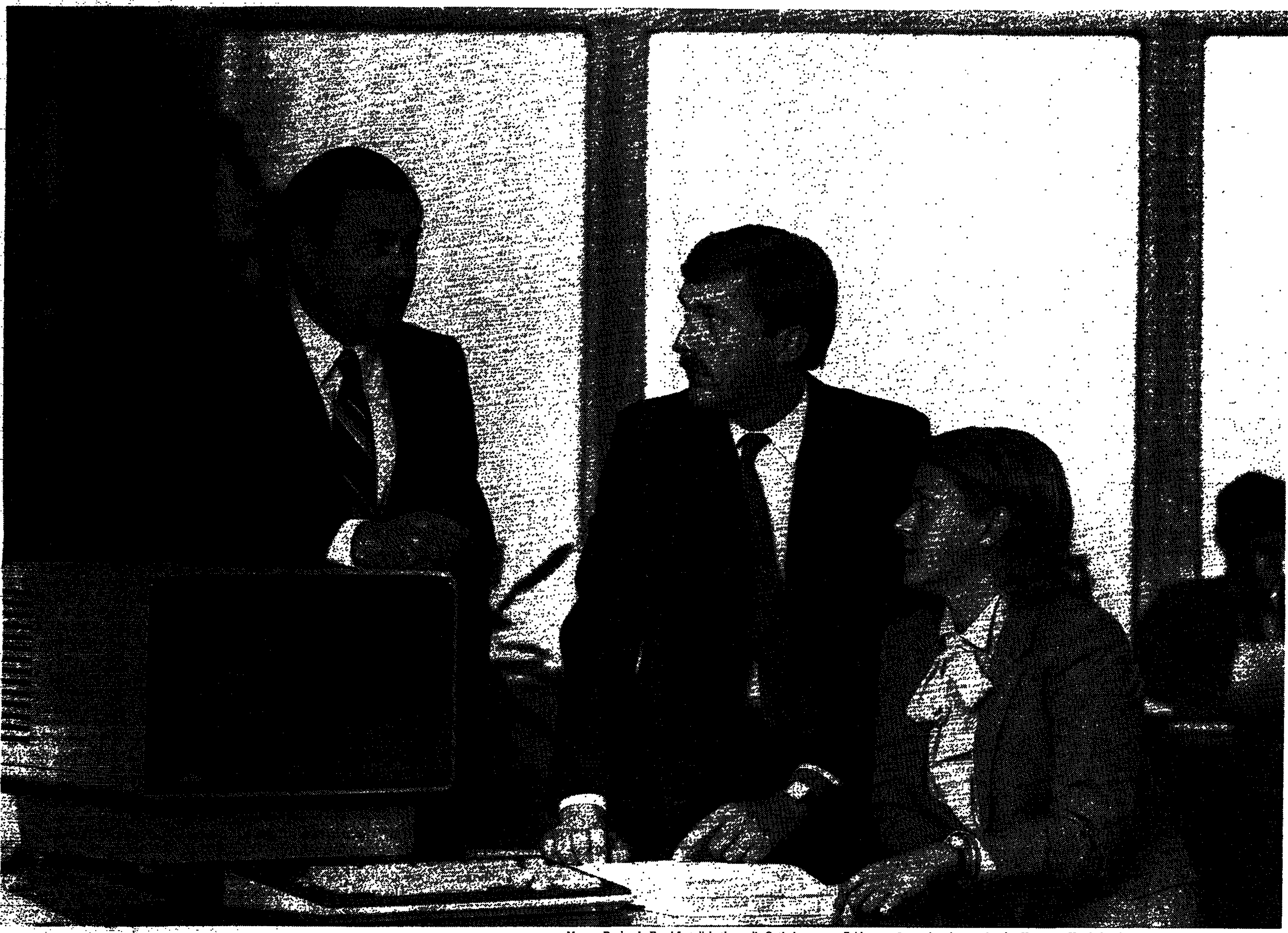
KUKA Umwelttechnik ist vorwiegend in den Produktbereichen Müllfahrzeuge, Kehrmaschinen und Saugewagen tätig, beschäftigt 260 Mitarbeiter und erzielte in 1982 einen Umsatz von knapp 93 Mill. DM. Dieser lag durch Sondereinflüsse (Abrechnung des Müllkompostwerks Konstanz) zwar um 6 Prozent über dem Vorjahr, das laufende Geschäft blieb aber aufgrund der Kaufzurückhaltung der öffentlichen Hände hinter den Vorjahreswerten zurück. Das Ergebnis war negativ und dürfte auch im laufenden Jahr in Anbetracht der andauernden Marktschwäche wohl kaum besser ausgefallen sein.

Den Faun-Werken, die das KUKA-Programm mit der bisherigen Belegschaft weiterführen werden, geht es bei diesem Engagement offenbar um eine Stärkung und Verbreiterung ihres eigenen Programms an Kommunalfahrzeugen. Das Familienunternehmen hat die Baukrise gut überstanden, was sich nicht zuletzt in einer in 1982 erzielten Steigerung des Gruppenumsatzes um 30 Prozent auf 711 (545) Mill. DM ausdrückt. Der Exportanteil am Umsatz hatte sich auf 78 (69) Prozent erhöht. Zum Ergebnis hieß es, es sei „voll befriedigend" ausgefallen.

Zu den Beweggründen für die Abgabe der mit einem Stammkapital von 5 Mill. DM ausgestatteten KUKA Umwelttechnik heißt es bei der IWKA, man verfolge damit das Ziel, „die Aktivitäten auf ausgewählte Bereiche zu konzentrieren, die dadurch in Zukunft noch weiter gestärkt und ausgebaut werden könnten".

In 1982 war der Umsatz der IWKA-Gruppe um 12,9 Prozent auf 846 Mill. DM gestiegen, der Umsatz des Inlandskonzerns hatte um 5,6 Prozent auf 605 Mill. DM zugenommen. Wenngleich der Auftragseingang wieder steigende Tendenz zeige, werde für das laufende Jahr 1983 ein Umsatzrückgang von etwas über 10 Prozent bei allerdings stabiler Ertragslage prognostiziert.

Unternehmen in Deutschland erkennen zunehmend die Vorteile des Cash Managements der Morgan Bank



Morgan Banker in Frankfurt diskutieren die Optimierung von Zahlungsströmen eines internationalen Konzerns. Von links: Guenter L. Reich, Vice President und Leiter der Firmen-Kundengruppe; Günther P. Skrzypek, Assistant Vice President und Leiter der Cash Management Gruppe; Elisabeth Haindl, Account Officer.

Hektische Märkte, Wechselkursschwankungen und das weltweit hohe Zinsniveau können multinational operierenden Unternehmen erhebliche Zusatzkosten verursachen.

Die Morgan Bank hat dieses Problem erkannt und daher ein Informationssystem entwickelt, das der Finanzzentrale eines Konzerns jederzeit Transparenz über alle Kontodispositionen und der daraus resultierenden Liquiditätslage verschafft.

Mit dem Morgan Account Reporting System, kurz MARS, haben wir als eine der ersten Banken ein vollelektronisches Datenübertragungssystem für die täglichen Kontobewegungen entwickelt.

An dieses hochentwickelte Cash Management System ist auch die Morgan Bank in Frankfurt angeschlossen. So steht unseren Kunden in Deutschland die neueste Generation des MARS-Programms zur Verfügung.

MARS kann Sie nicht nur über den Stand Ihrer DM-Liquidität informieren, sondern erlaubt Ihnen auch, Zahlungsaufträge direkt einzugeben. Die EDV eines Unternehmens kann an MARS angeschlossen werden und somit Zugang zu allen wichtigen europäischen Buchungszentren bekommen.

In unserem Frankfurter Haus befassen sich Spezialisten in Cash Management Fragen mit der Analyse der Zahlungsströme eines Unternehmens, optimaler Liquiditätsplanung und dem Devisen-Management. So können bei verbesserter Rentabilität und Risikominderung Kosten gesenkt werden.

Die Morgan Bank ist seit über 20 Jahren in Frankfurt. Mit einem Dotationskapital von DM 275 Millionen, einer Bilanzsumme von über DM 4 Milliarden und 220 Mitarbeitern gehört sie zu den führenden internationalen Banken in Deutschland.

Neben ihren traditionellen Aktivitäten im Kreditgeschäft, Devisen- und Geldhandel, Export- und Projektfinanzierungen bietet die Morgan Bank Frankfurt ihrer Großkundschaft mit dem Cash Management einen weiteren Service an.

Wenn Sie sich über Morgan's Cash Management und MARS informieren wollen, wenden Sie sich bitte an Ihren Morgan Banker oder direkt an Günther P. Skrzypek, Assistant Vice President, Leiter der Cash Management Gruppe in Frankfurt, Telefon (06 11) 71 24-223.

Morgan Guaranty Trust Company of New York.
Frankfurt: Mainzer Landstraße 46, ☎ (06 11) 7 12 40.
Düsseldorf: Cecilienallee 6, ☎ (02 11) 49 88 91.
Niederlassungen in den wichtigsten Finanzzentren der Welt.

Mitglied der FDIC

The Morgan Bank

POLYGRAM

Immer noch außer Takt

J. BRECH, **Hamburg**

Rückstellungen für drohende Verluste bei Auslandsbeteiligungen, Abwertungen auf Fernseh- und Videoprogramme sowie Umsatzeinbußen bei einigen inländischen Gesellschaften haben das Ergebnis der Polygram GmbH, Hamburg, auch im Geschäftsjahr 1981/82 (31. 3.) belastet. Der deutsche Ableger des deutsch-niederländischen Musikkonzerns weist in dem erst jetzt vorgelegten Abschluß einen Verlust von 55,2 Mill. DM aus, der sich einschließlich eines Verlustvortrags von 88,4 Mill. DM auf 143,6 Mill. DM erhöht. Nach Auflösung von 40 Mill. DM Rücklagen wird in der Bilanz ein Minus von 103,4 Mill. DM vorgetragen.

Im Vergleich zum Vorjahr habe sich das Ergebnis durch Straffung und Reorganisation der Gruppe bereits wesentlich gebessert, heißt es im Geschäftsbericht. Die Lage blieb freilich so prekär, daß die Gesellschafter Siemens und Philips, die jeweils zu 50 Prozent beteiligt sind, wieder finanziellen Beistand leisten mußten. Nachdem im Vorjahr das Stammkapital um 100 auf 170 Mill. DM erhöht worden war, gewährten *die Gesellschafter* im Berichtsjahr *insgesamt 150 Mill. DM Darlehen.* Die Beteiligungsverhältnisse bei Polygram sind bislang unverändert. Über die Absicht von Siemens, den Anteil wesentlich zu reduzieren und dafür die Warner Communication *(USA) an Polygram zu beteiligen,* ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Der Abschluß der Polygram GmbH mit einem ausgewiesenen Umsatz von unverändert 662 Mill. DM repräsentiert nur einen Teil des Musikkonzerns. Zur Gruppe gehört daneben die Schwesterfirma Polygram B. V. Baarn/Niederlande. Beide zusammen setzen weltweit rund 2,6 Mrd. DM um. Über die Geschäftsentwicklung bei der holländischen Gesellschaft gibt es keine Angaben. Nach Abschluß umfangreicher Reorganisation erwartet die Polygram GmbH für das Jahr 1982/83 zum ersten Mal wieder einen Überschuß. Der Umsatz dürfte dagegen aufgrund von weiteren Bereinigungen im Beteiligungskreis leicht zurückgeben. Nach Jahren stürmischer und ungezügelter Expansion ist der Musikkonzern seit 1979 aus dem Takt.

OTTO-VERSAND / Hohes Ertragsniveau auch im bisher schwierigsten Jahr des deutschen Einzelhandels gehalten

Vom negativen Trend erfolgreich abgekoppelt

JAN BRECH, **Hamburg**

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat der Hamburger Otto Versand im Geschäftsjahr 1982/83 (28. Februar) einen Umsatzrückgang hinnehmen müssen. Im Konzern weist die Gruppe, die einschließlich ihrer ausländischen Tochtergesellschaften zweitgrößter Versender der Welt ist, zwar einen um 5,4 Prozent höheren Umsatz aus, doch stammt das Plus ausschließlich aus der erstmaligen Konsolidierung der Handelskette Fegro mit rund 404 Mill. DM Umsatz. Im reinen Versandbereich erlitt Otto einen Rückgang von 4,3 Prozent, der sich exakt im Rahmen der Gesamteinbußen des deutschen Versandhandels bewegt.

Vorstandsvorsitzender Michael Otto sieht in dem Umsatzrückgang seines Hauses freilich keine Tragödie. Angesichts der spätestens ab Jahresmitte 1982 herrschenden „permanenten Ausverkaufsatmosphäre" habe sich zum ersten Mal die Festschreibung der Katalogpreise für den Versandhandel als Handikap erwiesen. Hinzu komme, daß die großen Sortimentsversender wie Otto gerade dort ihre Angebotsschwerpunkte haben, wo am stärksten Kaufzurückhaltung geübt wurde: Textilien und Bekleidung, Wäsche und Schuhe sowie langlebige Gebrauchsgüter mit investivem Charakter. Vor allem im wichtigen Herbst-/Wintergeschäft, so Otto, habe es deshalb bei dem Hamburger Versender größere Einbrüche gegeben.

Daß Otto dieser „Umsatz-Ausrutscher" nicht sonderlich schmerzt, hat zwei Gründe. Einmal sei es gelungen, so der Vorstandsvorsitzende, durch eine Politik der bewußten Ergebnissicherung das hohe Ertragsniveau auch im bislang schwierigsten Jahr des deutschen Einzelhandels zu halten. Der Rückgang des Jahresüberschusses beim Otto-Versand hielt sich mit knapp 10 Prozent in Grenzen, die Rendite sank zwar von 3,8 auf 3,6 Prozent, signalisiert jedoch nach wie vor ungebrochene Ertragskraft.

Zum anderen, und das wertet Otto als entscheidenden Erfolg, hat sich das Versandhaus bereits in diesem Jahr wieder von dem anhaltenden negativen Trend im Versandhandel abgekoppelt und eine eigenständige positive Firmenkonjunktur eingeleitet. Während die Branche bis Ende August noch mit 4,3 Prozent im Minus lag, steigerte Otto den Versandumsatz in den ersten neun Monaten *dieses Jahres um 5,1 Prozent.*

Das positive Umsatzergebnis, das auch zu einem „angemessenen Ertrag" führen soll, begründet Otto neben der kontinuierlichen Verbesserung der kundenbezogenen Leistungen vor allem mit sortimentspolitischen Reaktionen. So habe man preisaggressive Schwerpunkte gesetzt, viel in die Qualität investiert und besonders das preisliche Mittelfeld des Sortiments ausgedünnt. Statt dessen sei das Angebot um Artikel mit modischen und technischen Anreizen erheblich erweitert worden.

Generell, so meint Otto, habe der Versandhandel zwar aufgehört, ein „Selbstgänger" zu sein, doch gebe es keinen Grund, die weitere Entwicklung mit Skepsis zu beurteilen. Die Zuversicht, mit der man diesen Handelsbereich nach wie vor betrachte, lasse sich schon daraus erkennen, daß die Familie Otto den bisher von der Finanzholding General Shopping gehaltenen Anteil von 15 Prozent selbst übernommen und ihre Beteiligung wieder auf 65 Prozent aufgestockt habe. Neben der Otto AG für Beteiligungen sind das Verlagsunternehmen Brost & J. Funke GmbH & Co KG, Essen, mit 25 Prozent und die KG Aurum Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH (Kapitalgeber unter Führung der Vereins- und Westbank) mit 10 Prozent beteiligt.

Ungebrochene Versender-Dynamik beweist Otto zudem im Ausland. Expansiv ist zur Zeit vor allem das französische Versandhaus 3 Suisses International S. A., das rund 4,4 Mrd. Franc umsetzt und an dem Otto zu 50 Prozent beteiligt ist. 3 Suisses hat gerade 49 Prozent des französischen Spezialversenders VPC Promotion mit rund 180 Mill. F Umsatz übernommen und steht kurz vor der Übernahme einer Mehrheitsbeteiligung an dem Versandhaus Blanche Porte.

Auch gebe es erste Überlegungen, das junge Versandgeschäft in den USA noch abzurunden, erklärt Otto. In Amerika ist das 1982 erworbene Versandhaus Spiegel Inc. durch Einbringung von Otto-Know-how und erprobter Otto-Systeme in eine starke Wachstumsphase gebracht worden. Der 1982 erzielte Umsatz von 485 Mill. Dollar ist in den ersten neun Monaten um 21,5 Prozent, der Gewinn vor Steuern auf mehr als 10 Mill. Dollar gestiegen. In Holland schließlich hat sich Otto mit einem Umsatzvolumen von gut 100 Mill. hfl über eine 1979 gegründete Tochtergesellschaft fest am Markt etabliert.

Otto Versand	1982/83	+/–%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	7387	+ 2,3
Konzernumsatz	4125	+ 5,4
dav.: Otto Vers.	3211	– 4,7
Schwab	567	– 6,0
Heine	349	+ 4,0
Belegschaft Gruppe	20451	– 2,6
Belegschaft Konzern	10957	+ 1,6
Jahresüberschuß	108	– 10,0
Eigenkapital	354	+ 6,3
in % d. Bil.-Summe	21,0	(19,6)

SCHAPER-GRUPPE / Ergebnis verbessert

Umsatzziel nicht erreicht

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Das veränderte Konsumverhalten vor allem im Bereich der Artikel des täglichen Bedarfs hat bei der im Groß- und Einzelhandel tätigen Schaper-Gruppe, Hannover, im Geschäftsjahr 1982/83 ein nur „sehr gebremstes Wachstum zugelassen". Die vor Jahresfrist avisierten zweistelligen Zuwachsraten sind auch nicht annähernd erreicht worden. Wenn Hans Schaefer und Theodor Thiemann, Geschäftsführer der Obergesellschaft Adolf Schaper KG, dennoch von einer „zufriedenstellenden Entwicklung" sprechen, dann dürfte diese Aussage vor allem mit Blick auf die Ertragslage getroffen worden sein.

Zwar nennt das Unternehmen traditionell keine konkreten Zahlen; Schaefer weist aber darauf hin, daß das betriebswirtschaftliche Ergebnis besser als im Vorjahr ausgefallen ist. Die günstigere Entwicklung habe ihre Ursache allein in der Stabilisierung der Kosten. Um die finanzielle Basis weiter zu verstärken – die Eigenkapitalrelation der Gruppe liegt bei 22,7 Prozent –, werden mit den Gesellschaftern derzeit Gespräche über die Erhöhung des haftenden Kapitals geführt. Schaefer strebt eine Aufstockung bei der Holding von derzeit 86 Mill. DM auf rund 100 Mill. DM an.

Im Berichtsjahr erhöhte sich der Außenumsatz der Gruppe nur um 3,1 (i. V. 13,1) Prozent auf 4,7 Mrd. DM. Flächenbereinigt entspricht das einem Zuwachs von 0,3 Prozent. Stabilisierend habe sich dabei das Eigenmarken-Programm („extra") ausgewirkt, das mittlerweile auf 53 Artikel ausgeweitet wurde und einen Umsatz von rund 155 (110) Mill. DM realisierte. Vom Gesamtumsatz entfielen 1,26 (1,39) Mrd. DM auf den Großhandelsbereich.

Wichtigster Umsatzträger im Einzelhandelsbereich blieben die „realkauf"-Märkte, die den Umsatz auf 1,5 (1,4) Mrd. DM steigerten. Zu „realkauf" gehören mittlerweile 28 SB-Warenhäuser und neun Baumärkte. Weitere 13 SB-Warenhäuser und vier Baumärkte betreibt Schaper unter den Namen „Continent" und „esbella". Im Discountbereich ist das Unternehmen mit 60 „extra"-Märkten präsent, denen 14 Baumärkte angeschlossen sind *(Umsatz 835 Mill. DM).* Die Schwierigkeiten bei der Eingliederung der Kette „Zum bösen Wolf" sind ausgeräumt. Die vom Kartellamt beanstandete Übernahme von fünf Filialen in Düren wurde so gelöst, daß ein selbständiger Unternehmer, der eng mit Schaper zusammenarbeitet, diese Geschäfte betreibt.

Die gesamte Verkaufsfläche der Gruppe hat sich im Berichtsjahr um 38 000 Quadratmeter auf 515 000 Quadratmeter erhöht. Im laufenden Jahr wird Schaper einige weitere Märkte, unter anderem *in Braunschweig und* Minden, eröffnen. Die Mitarbeiterzahl der Gruppe erhöhte sich auf 9900 (9820).

Vor dem Hintergrund einer besseren Darstellung der von Schaper *belieferten* selbständigen Einzelhändler (rund 800) hat das Unternehmen jetzt den Einkauf neu organisiert. Künftig liegt der Einkauf zentral bei der Hannoverschen HEK Einkaufsgesellschaft mbH & Co KG. Schaefer macht keinen Hehl daraus, daß dadurch die Position gegenüber der Industrie deutlich gestärkt wird.

Auch BAT an Eagle Star interessiert

rtr, **London**

Der Mischkonzern BAT Industries hat jetzt den Aktionären des britischen Versicherungsunternehmens Eagle Star ein Konkurrenzangebot zur Allianz-Versicherung vorgelegt. Danach bietet das aus der British American Tobacco Co. hervorgegangene Unternehmen mit 575 Pence je Stammaktie rund 15 Prozent mehr als Allianz. Aktionäre der Eagle Star, die das Angebot annehmen, haben Anrecht auf die BAT-Zwischendividende von 8 Pence netto je Aktie. Die Verwaltung der britischen Versicherung hält die Offerte für fair und empfiehlt die Annahme.

Untersagung gegen Metro International

dpa/VWD, **Berlin**

Der Metro International KG für Werbung und zentralen Einkauf (MIKG), Düsseldorf, ist vom Bundeskartellamt – noch nicht rechtskräftig – untersagt worden, für die Aufnahme neuer Artikel in das Sortiment sowie bei der Eröffnung neuer Metro-Märkte von ihren Lieferanten von Nahrungs- und Genußmitteln besondere Vergünstigungen wie Sonderzahlungen oder Zusatzrabatte zu verlangen. Laut Bundeskartellamt mißbraucht die Metro mit dem Fordern solcher „Eintrittsgelder" ihre marktbeherrschende Stellung. Die MIKG ist die Einkaufsgesellschaft des Metro-Konzerns.

Volksbanken-Fusion an der Niederelbe

zy, **Elmshorn**

Die Volksbanken Elmshorn und Wilster wollen fusionieren. Dadurch entsteht an der Niederelbe ein neues Institut mit 25 Filialen, einer Bilanzsumme von rund 500 Mill. DM und 11 000 Mitgliedern. Zu der Fusion kommt es, wenn die Vertreterversammlung der Volksbank Elmshorn am 10. November dem Vertrag zustimmt. Übertragen wird eine Bilanzsumme (Stichtag 30. Juni 1983) von 96,1 Mill. DM mit Kundenkrediten von 69,9 Mill. DM und Kundengeldern von 61,9 Mill. DM. Die Geschäftsguthaben betrugen 1,7 Mill. DM und die offenen Rücklagen knapp 1,8 Mill. DM.

IBM stellt den Personalcomputer vor

rtr, **New York**

Der amerikanische Computerkonzern International Business Machines Corp (IBM) hat den neuen – in Fachkreisen unter der Bezeichnung „Peanut" lange erwarteten – Personalcomputer vorgestellt. Das neue System soll nach IBM-Angaben voraussichtlich vom ersten Quartal 1984 an zum Preis von 669 Dollar (rund 1760 DM) geliefert werden. Zunächst wird die Nachfrage die Produktion übersteigen. „PC JR" werde mit kabelloser Infrarot-Tastatur (62 Tasten) und Anwenderspeicher für 65 536 Zeichen ausgestattet sein und die Benutzung von Programmcassetten erlauben.

NAMEN

Carl Graf von Hardenberg, Hauptgesellschafter und Komplementär der Gräfl. von Hardenbergschen Kornbrennerei Vertriebs KG, Nörten-Hardenberg, vollendet am 5. November das 60. Lebensjahr.

Hans Jochen Klütsch wurde zum Geschäftsbereichsleiter der Roland Berger & Partner GmbH, München, berufen. Gleichzeitig übernahm er die Leitung des Büros Hannover der Rolandberger-Gruppe.

Rechtsanwalt **Dr. Eduard Kern,** früherer Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Süßwarenindustrie, Bonn, wurde am 1. Nobember 75 Jahre.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten wenig verändert

Am Rentenmarkt war das Geschäft in allen Sektoren schleppend. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen im öffentlichen Bereich nicht mehr vor. Offenbar wird abgewartet, wie sich das Problem der in Schwierigkeiten geratenen SMH-Bank lösen wird. Öffentliche Anleihen schwanken bis zu 0,20 Prozentpunkte. Die Käuferzurückhaltung nach länger laufenden Emissionen war besonders ausgeprägt. Die neue Bundesanleihe wurde unter Banken mit einem Abschlag von ⅜ Prozentpunkten gehandelt. DM-Auslandsanleihen konnten sich im allgemeinen behaupten, das gleiche gilt für Pfandbriefe.

	2. 11.	1. 11
M 5½ Bayer.Hdbk. Pf 14	90,25TG	90,25TG
8 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	95G	95G
7 dgl. Pf 3	94,5bG	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
8½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,25G	123,25G
5½ dgl. Pf 11	130G	130G
6 dgl. Pf 34	77G	77G

	2. 11	1. 11.
Br 8½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
6 dgl. Pf 42	99,7G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,95G	101,8G
F 5 Ffl. Hypobk. Pf 66	68G	68G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78	78
8 dgl. Pf 130	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 133	87	87
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G

	2. 11.	1. 11.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	89G	89G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 87	94bG	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	99,25TG	99,25TG

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Aktien unter Abgabedruck

Ausländer über Schwierigkeiten bei der SMH-Bank beunruhigt

DW. – Die Tendenz am Aktienmarkt wurde an der Mittwochbörse über weite Strecken durch die bei der SMH-Bank aufgetretenen Schwierigkeiten bestimmt. Nachdem anfänglich noch Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen hatten, bestimmten bis zum Börsenschluß ausländische Verkaufsorder das Bild. Die Börsenkulisse nahm ebenfalls Positionslösungen vor, weil sie fürchtet, daß die Abgabewelle ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Daß sich selbst in den von den Ausländern bevorzugten Spitzenpapieren die Abschläge in vergleichsweise engen Grenzen hielten, wird andererseits als Beweis für die nach wie vor gute Verfassung des deutschen Aktienmarktes angesehen.

Besonders lebhaft war der Handel wieder in Allianz Versicherung, wo der Kurs vorübergehend bis 829 DM (plus 17 DM) kam, aber zu 810 DM schloß. Angeblich sollen hier Käufe für englische Rechnung stattfinden. Auf der anderen Seite haben Engländer, später aber auch Schweizer Banken für Abgabedruck bei Siemens (minus 5 DM) gesorgt. Besonders zu leiden hatten die Bankaktien unter dem Fall der SMH-Bank. Großbanken lagen bis zu 4 DM schwächer, bei den beiden bayerischen Großbanken, Bayerische Vereinsbank (minus 5 DM) und Bayern Hypo (minus 7 DM) gingen die Einbußen darüber hinaus.

Düsseldorf: AEG Kabel verminderten sich um 10 DM auf 230 DM, Heinrich sanken um 7 DM auf 305 DM, Hochtief fielen um 5 DM auf 450 DM nach und Gildemeister gaben um 3 DM auf 66 DM nach.

Frankfurt: Die Standardwerte fielen bis zu 4 DM pro Aktie, besonders in der zweiten Börsenstunde gab es etwas größere Einbußen. Die zur Esch-Gruppe gehörende Wibau, die maßgeblich an den notleidenden Kreditengagements der SMH-Bank beteiligt seins soll, ging bei doppelter Minusankündigung auf Taxe 75 DM 26 DM zurück.

Hamburg: HEW waren bei 107 DM und NWK Vz. bei 168 DM jeweils um 0,50 DM leichter veranlagt. Phoenix Gummi gingen zu 164 DM plus 1 DM und Triton zu 135 DM plus 2 DM aus dem Markt. Von Brauereien stiegen Bavaria auf 194 *DM plus 2 DM* und *Elbschloss auf* 393 plus 2 DM.

München: Agrob St. fielen um 9 DM auf 343 DM, *Dywidag* verminderten sich um 2 DM auf 184 DM, Ekatit Riedinger sanken um 2 DM auf 73 DM und Leonische Draht gaben um 10 DM auf 325 DM nach. Wanderer Werke befestigten sich um 5 DM auf 255 DM.

Berlin: Rheinmetall konnten sich um 4 DM verbessern. Berthold und DuB-Schultheiß lagen um je 2 DM leichter. Herlitz Vorzüge mußten um 2,50 DM, Berliner Kindl und Kempinski um je 3 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	1.11.	31.10.		1.11.	31.10.		1.11.	31.10.
Am Cyanamid	51,75	51,375	Hewlett Packard	36,625	35,375	Tesoro	14	14,75
Amax	23,75	23,50	Homestake	26,125	26,125	Texaco	35,125	35,375
Am Express	35,125	32,75	Honeywell	126,50	123,50	Texas Instrum.	127	124,50
Am Motors	7,625	7,625	IBM	126,50	126,625	Tosco	5	4,875
Am. Tel. & Telegr.	61,875	61,875	Int. Harvester	13,125	13,875	Transamerica	29,125	29,50
Asarco	26	26,875	Int. Paper	49,25	49,375	Travellers	31,25	31
Atlantic Richfield	42,75	42,50	Int. Tel. & Tel.	41,125	40,875	Trans World Corp	30,125	30
Avon Products	22,375	22,375	Int. North. Inc.	38	37,625	UAL	30,75	29,50
Bally	20,75	20,625	Jim Walter	32,75	33,25	Union Carbide	64,625	65,125
Bk. of America	18,875	18,50	J. P. Morgan	64,50	63,375	Union Oil of Calif.	30	29,50
Bethlehem Steel	27,625	22,25	TV Corp	15	15	United Technologies	64,875	64,75
Black & Decker	24,25	24,50	Litton Industries	62,25	62,125	US Steel	27,125	27,375
Boeing	39,125	38,125	Lockheed Corp	40,25	40,75	Westinghouse El.	49,75	28,875
Brunswick	47,25	47,75	Loew's Corp.	163	162,50	Weyerhaeuser	32,25	31,50
Burroughs	48,75	48,125	Lone Star	24,50	24,875	Whittaker	27,875	28,50
Caterpillar	38,875	39,125	Louisiana Land	26,50	26,125	Wyly	10	10,375
Celanese	76,50	76	Mc Dermott	24,25	24,25	Woolworth	35,375	35,75
City Investing	35	34,875	Mc Donnell Doug.	50,75	50,75	Xerox	45,75	45,75
Chase Manhattan	43,625	43,25	Merck & Co.	98,50	95,75	Zenith Radio	30,375	30,875
Chrysler	27,125	27,50	Merrill Lynch	31,125	30,25	Dow Jones Index	1229,27	1225,20
Citicorp	32,875	31,625	Mesa Petroleum	14,375	14,50	Stand. & Poors	163,66	163,55
Clorox	25,75	25,75	MGM (Film)	12,25	11,625			
Coca Cola	52,675	52,125	Minnesota M	85,625	85			
Colgate	23,75	23	Mobil Oil	29,25	30			
Comm. Edison	29	28,875	Monsanto	107,375	106,75			
Comm. Satellite	38,75	37,50	National Gypsum	31,375	37,375			
Continental Group	48,50	48	Nat. Semiconductor	53,375	55			
Control Data	47,50	45,75	National Steel	29,125	29,375			
CPC Int	38,25	38,75	NCR	126,50	122,875			
Curtiss Wright	44,75	45	Newmont	46,625	47,125			
Deere	36,875	36,125	PanAm World	7,625	7,25			
Delta Airlines	37,375	36,625	Pfizer	38,375	38,625			
Digital Equipm.	68,25	65,375	Phibro	29,125	29,125			
Dow Chemical	33,875	34,50	Philips Petroleum	34,25	34			
Du Pont	51,125	51,75	Philip Morris	68,75	68,25			
Eastern Gas-Fuel	23,625	24	Pittston	15,25	15,625			
Eastman Kodak	67,625	66,875	Polaroid	37	35,125			
Exxon	39,125	38,25	Prime Computer	14,375	14,25			
Fabergé	21,25	21,75	Procter & Gamble	56,125	55,50			
Firestone	21,50	21,25	RCA	33,625	32,50			
Fluor	17,125	17,25	Revlon	31,575	31,625			
Ford	65,125	66,375	Reynolds Ind.	61,75	61,875			
Foster Wheeler	15,75	15	Rockwell Int.	28,625	28,50			
Fruehauf	45,50	45,625	Rorer Group	27,50	27,25			
GAF Corp	16,75	16,175	Schlumberger	52,25	52,25			
General Dynamics	56	54,50	Sears, Roebuck	39,75	39,375			
General Electric	51,50	51,75	Shell Oil	40,875	41,625			

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

Abitibi Paper	22,375	23
Alcan Alu.	43,875	44
Bk. of Montreal	26,875	27,125
Bk. of Nova Scotia	41,625	41,375
Bell Canada	30	29,75
Bluesky Oil	4,30	4,15
Bow Valley	23,50	23,375
Brenda Mines	–	14,25
Brunswick M. & Sm.	18,25	18,375
Cdn. Imperial Bk.	31,375	30,75
Cdn. Pacific Ltd.	47,875	47
Cdn. Pacif. Enterpr.	21,75	21,50
Cominco	57	57
Conwest Res	3,65	3,55
Denison Mines	42,75	42,50
Dome Petroleum	4,45	4,25
Domtar	26,50	26,75
Falconbridge Nickel	68	69
Great Lakes Paper	77,50	78
Gulf Canada	16,625	16,50
Gulfstream Res.	1	0,95
Kerr Addison	19,375	19,75
Lac Minerals	25,25	26
Massey Ferguson	6,375	6,625
Moore Corp.	53	52,75
Noranda Mines	23	23,125
Norcen Energy Res.	17,625	17,25
Northgate Expl.	5,25	5,125
Northern Telecom.	50,125	50,375
Nova	6,75	6,625
Oakwood Petrol	10	9,375
Revenue Prop.	1,56	1,55
Rio Algom Mines	16,25	16,375
Royal Bk. of Can.	32,125	31,75
Seagram	44,50	44,50
Shell Canada	24,125	24,125
Sherritt Gordon	9,25	9,25
Steel of Canada	26,625	26
Transcdn. Pipelines	27,625	27,375
Westcoast Transm.	15	14,875
Index: TSE 300	2374,70	2361,0

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	1.11.	31.10.
All. Breweries	145	143
Anglo Am. Corp. $	14,5	15,25
Anglo Am. Gold $	93,75	98,755
Babcock Int.	147	144
Barclays Bank	432	457
Beecham	306	308
Bowater	210	203
B. A. T. Industries	152	156
Br. Leyland	63	65
British Petroleum	418	416
Burmah Oil	154	153
Cadbury Schweppes	106	105
Charter Cons.	225	225
Cons. Gold. Fields	459	–
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	93	93
De Beers $	7,15	728
Distillers	230	225
Driefontein $	26,378	26,87
Dunlop	47	46

Amsterdam

Tokio

Zürich

Elektr. Watt	2825	2820
Fischer Inh.	608	580
Frisco A	–	–
Globus Part.	545	535
H. La Roche 1/10	9500	9350
Holderbank	705	700
Interfood Inh.	6400	6250
Italo-Suisse	167	167
Jelmoli	1765	1760
Landis Gyr	1425	1425
Mövenpick Inh.	3300	3290
Motor Columbus	730	736
Nestlé Inh.	4200	4170
Oerlikon-Bührle	1240	1225
Sandoz NA	2600	2500
Sandoz Inh.	7300	7225
Sandoz Part.	1190	1170
Saurer	150	147,5
Schw. Bankges.	3315	3295
Schw. Bankverein	306	305
Schw. Kredit	2140	2130
Schw. Rückv. Inh.	7250	7225
Schw. Volksb. Inh.	1420	1420
Sulzer Partizip	253	255
Swissair	910	888
dgl. NA	758	745
Winterthur Inh.	3200	3175
Winterthur Part.	2830	2790
Zür. Vers. Inh.	17175	17150
Ind.: Schw. Kred.	295,5	292,5

Brüssel

Arbed	1152	Geschlossen
Brux. Lambert	2305	
Cockerill Ougrée	159	
Ebes	2115	
Gevaert	2440	
Kreditbank	6200	
Pétrofina	5340	
Soc. Gén. d. Belg.	1640	
Sofina	4505	
Solvay	5180	
UCB	3850	
Index	121,87	

Madrid

Banco de Vizcaya	325	Geschlossen
Cros	–	
Dragados	–	
El Aguila	–	
Fenix	336	
Fecsa	–	
Galerias Prec.	–	
Hidroelectr. Esp.	52,5	
Iberduero	44,25	
S. E. A. T.	25	
Sevillana de El.	53	
Telefonica	87	
Union Electrica	53	
Urbis	–	
Vallehermoso	61,6	
Index	127,6	

Hongkong

China Light + P.	14,00	13,70
Hongkong Land	2,82	2,70
Hongk. + Sh. Bk.	7,25	7,15
Hongk. Teleph.	35,00	35,00
Hutch. Whampoa	–	12,20
Jard. Matheson	11,50	10,70
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	3,00	2,95

Singapur

Cycle + Car.	6,55	6,55
Cold Storage	4,88	4,90
Dev. Bk. of Sing.	9,25	9,20
Fraser + Neave	5,90	6,00
Kl. Kepong	2,89	2,90
Mal. Banking	9,35	–
Nat. Iron	4,50	6,50
OCBC	10,90	10,90
Sime Darby	2,41	2,41
Singapur Land	–	5,45
Un. Overs. Bank	5,45	5,50

Paris

C. F. P.	149,5	Geschlossen
Elf-Aquitaine	164	
Gal. Lafayette	150	
Hachette	1185	
Imetal	64,5	
Lafarge	241,5	
Locafrance	228	
Machines Bull	40	
Michelin	755	
Moët-Hennessy	1280	
Moulinex	94,75	
L'Oréal	2005	
Penarroya	45	
Pernod-Ricard	917	
Perrier (Source)	419,7	
Peugeot-Citroën	194,5	
Printemps	122,8	
Radio Techn.	399,8	
Redoute à Roubaix	1149	
Schneider	80	
Sommer Allibert	495	
Thomson C. S. F	174,5	
Usinor	1,16	
Index: INSEE	–	

Sydney

ACI	1,48	1,47
Ampol. Explor.	5,47	5,48
Bk. New S. Wales	3,38	3,38
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	12,50	12,50
Coles	3,50	3,50
CRA	5,50	5,54
CSR (Thelss)	3,58	3,64
Metals Expl.	0,75	0,73
MIM-Holdings	3,55	3,41
Myer Emporium	1,48	1,46
North Broken Hill	3,10	3,16
Oakbridge	1,04	1,04
Peko Wallsend	5,80	4,00
Poseidon	4,15	4,30
Thomas Nat. Tr.	1,85	1,85
Waltons	0,49	0,49
Western Mining	3,48	3,55
Woodside Petr.	1,36	1,30
Index	685,4	688,1

Mailand

Wien

Kopenhagen

Optionshandel

Frankfurt: 1. 11.: 523 Optionen = 28 300 (64 300) Aktien, davon 37 Verkaufsoptionen = 1850 Aktien. **Kaufoptionen:** *AEG 1-85/4,50, 4-90/6,60, 4-95/5,40,* 7-100/6,10, Siemens 1-360/32, 1-420/6,15, 4-350/55, 4-370/40, 4-390/25, 4-420/13, 4-440/5,20, Veba 1-170/5,40, 1-180/3, 4-190/4,90, 7-170/17,05, 7-180/10, BASF 1-150/7,60, 1-160/9, 4-150/23, 4-160/13,40, 4-190/4,30, 7-150/25, 7-170/12,85, Bayer 1-136/26,70, 1-160/9, 1-166/6,50, Hoechst 1-144,50/34, 1-150/30, 1-160/20, 4-180/10,60, 7-150/35, 7-180/15, 7-200/6,90, BMW 1-350/71, 4-440/28, 4-450/16, 4-460/9,70, 7-440/40, 7-450/29, VW 1-200/38,75, 1-220/16,80, 1-230/11, 1-240/6,60, 1-250/5, 4-220/28, 4-240/14,90, Conti Gummi 1-100/28, 1-110/16,30, 1-120/9,80, 1-130/4, 4-110/20,80, 4-120/13, 4-130/10, 7-120/18, 7-130/13,35, Commerzbank 1-170/13,90, 1-180/6,40, 1-190/3,90, 7-170/25,90, 7-190/13, 7-200/8,90, Deutsche Bank 1-300/30, 1-320/13, 1-330/7,90, 1-340/5,50, 4-330/16,80, 4-340/12,50, 4-350/8, Dresdner Bank 1-180/7,10, 4-180/14,50, 4-200/5,40, 7-200/9, Hoesch 1-95/7, 1-100/3,40, 4-100/7,40, 7-110/8, 7-130/3,50, Mannesmann 1-150/2,60, 1-160/1,90, 4-140/13,80, 4-150/7,45, 4-160/3,90, 7-140/17,90, 7-150/12, Preussag 7-280/27, Thyssen 1-80/6,85, 1-85/3,30, 4-80/8, 7-80/8,90, 7-95/5, Bayr. Hypo 7-290/29, Bayr. Vereinsbank 7-330/40,20, 7-340/35, 7-350/30, BHF 7-290/29, 7-300/24, Babcock St. 4-180/17, Degussa 1-360/14,90, 1-370/8, 4-370/20, *Harpener 1-270/16, Kaufhof 1-270/11,60,* Klöckner 1-40/2,85, 1-45/1,90, Mercedes 4-590/45, Chrysler 4-70/14,10, Xerox 4-120/17, Royal Dutch 4-130/6, 7-120/14,10, Elf 4-60/4, 7-70/3,95. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-80/2,40, Siemens 1-380/8, 4-380/9, Veba 7-170/7,80, Bayer 4-150/3,40, Conti Gummi 7-120/6, Commerzbank 1-170/1,80, Dresdner Bank 4-170/2, Hoesch 1-95/2,50, 7-95/4,60, Mannesmann 7-140/10, Thyssen 1-80/3, Kali und Salz 1-200/9, Schering 4-380/10.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–9¾	5½–5¼	4⅛–4⅜
3 Monate	9½–9¾	5¾–6	4⅛–4⅜
6 Monate	9⅝–9⅞	5¾–6	4¼–4½
12 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Devisen und Sorten

Devisen

Der US-Dollar profitierte unverändert von den auch gestern gültigen Argumenten und befestigte sich am 2. 11. von *2,6480 zu Beginn* bis zu 2,6535. Erstmals seit Wochen schien die Bundesbank im Freiverkehr Dollar verkauft zu haben ohne jedoch damit eine erkennbare Veränderung des Kurses zu bewirken. Die amtliche Notiz von 2,6510 wurde ohne Mitwirkung der Bundesbank festgestellt. Das englische Pfund konnte seine hohe Vortagsbasis nicht behaupten *nachdem neue* Verwicklungen im Konflikt Iran/Irak nicht auftraten, gab es einen Rückgang um 4,8 Promille auf 3,936. Die übrigen Währungen entwickelten sich uneinheitlich. Der Kursanstieg des führte heute zum neuen Jahreshöstkurs von 1,1300. US-Dollar in: Amsterdam 2,9710; Brüssel 53,9075; Paris 8,0700; Mailand 1610,05; 18,6500; 2,1553; *Ir. Pfund/DM* 3,107; Pfund/Dollar 1,4847; Pfund/DM 3,936.

Ostmarkkurs am 2. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Depots wurden im Tagesverlauf etwas vergrößert genannt ohne das am 2. November neue *Impulse von den Zinssätzen zu erkennen waren.*

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,73/2,63	5,22/5,02
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,20/0,23	0,37/0,41
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,60	7,40/5,80
FF/DM	28/10	62/51	136/120

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 11.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 2. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,50) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Wir trauern um

Dr. jur. Gerhard Prinz

Mitglied des Aufsichtsrates der BASF Aktiengesellschaft

Mit ihm verlieren wir eine große Persönlichkeit, die stets um das Verbindende bemüht war. Wir haben seinen von unternehmerischem Weitblick geprägten Rat sehr geschätzt.

Im Juni dieses Jahres wurde der Verstorbene in den Aufsichtsrat unseres Unternehmens gewählt, doch blieb zu unserem großen Bedauern nur wenig Zeit für eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Wir werden diesem hervorragenden Mann stets ein ehrendes Andenken bewahren.

BASF Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat **Vorstand**

Wir betrauern den unerwarteten Tod unseres Aufsichtsratsmitglieds

Dr. jur. Gerhard Prinz

Der Verstorbene gehörte dem Aufsichtsrat unseres Hauses seit 1976 an.

Mit seiner großen Erfahrung und seinem fundierten Wissen gab uns Herr Dr. Prinz Rat und Hilfestellung in vielen für die Entwicklung unseres Unternehmens wichtigen Entscheidungen. Für sein Engagement und sein Vertrauen schulden wir ihm aufrichtigen Dank.

Wir werden dem Verstorbenen ein bleibendes Gedenken bewahren.

Gütersloh, den 3. November 1983

BERTELSMANN Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat
Vorstand

Am 28. Oktober 1983 verstarb in seinem 60. Lebensjahr

Herr Oberingenieur, Dipl.-Ing.

Wilhelm Breitwieser

Berater im Geschäftsbereich „Vertrieb und Kraftwerkstechnik"

Herr Breitwieser gehörte unserem Unternehmen viele Jahre in verantwortlicher Stellung an. Als Oberbauleiter stand er in den letzten Jahren bei den Projekten Kalkar, Bushehr/Iran und Al Khobar/Saudi-Arabien im Brennpunkt unserer geschäftlichen Aktivitäten.

Wir verlieren in Herrn Breitwieser einen hervorragenden Fachmann und besonders befähigten Vorgesetzten. Seine unermüdliche Einsatzbereitschaft, seine ausgesprochene Umsicht, verbunden mit einer nahezu unerschöpflichen Tatkraft, und sein in vorbildlicher Weise ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein werden uns ebenso schmerzlich fehlen wie seine aufgeschlossene, geradlinige Wesensart und sein hoher Sinn für Gerechtigkeit.

Herr Breitwieser hat sich in den langen Jahren seines Schaffens die Wertschätzung und Zuneigung aller erworben, die ihn kannten, und sich in besonderer Weise um das Unternehmen verdient gemacht.

Er wird uns unvergessen bleiben.

Erlangen, den 2. 11. 1983

KRAFTWERK UNION AKTIENGESELLSCHAFT
Barthelt, Frewer

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, -39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst;
ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein.
Jesaja 43, 1

Mein geliebter Mann, unser Vater, Großvater, Bruder und Schwager

Dr. jur. Gotthard Freiherr von Falkenhausen

geb. 20. 1. 1899 gest. 1. 11. 1983

ging heute ein in den ewigen Frieden.

Wir sind dankbar für das Vorbild seines Lebens.

Annemarie Freifrau von Falkenhausen, geb. Körte
Dr. jur. Bernhard Freiherr von Falkenhausen
Dr. med. Bettina Freifrau von Falkenhausen, geb. Freiin von Biedermann
Gabriele Freifrau von der Borch, geb. Freiin von Falkenhausen
Adrian Freiherr von der Borch
Dr.-Ing. Hasso Freiherr von Falkenhausen
Sitta Freifrau von Falkenhausen, geb. Gräfin von Pfeil
Angelika Freiin von Falkenhausen
Dr. phil. Vera Freiin von Falkenhausen
Andrea Gräfin von Bernstorff, geb. Freiin von Falkenhausen
Cornelius Graf von Bernstorff
Dreizehn Enkel
Helene von Koenigswald, geb. Freiin von Falkenhausen
Frieda Körte
Elisabeth Freifrau von Falkenhausen, geb. von Oppen
Gabriele Freifrau von Falkenhausen, geb. von Taysen

Essen-Bredeney, Brachtstraße 21

Der Trauergottesdienst findet statt am Montag, dem 7. November 1983, um 12.30 Uhr in der evangelischen Kirche in Essen-Bredeney, Heierbusch (an der Meisenburgstraße). Anschließend ist die Beisetzung auf dem Friedhof Meisenburgstraße.

Anstelle von Blumen erbitten wir eine Spende an die Bodelschwingh'schen Anstalten in Bethel, Postscheckkonto Hannover 19 04-300.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee uneinheitlich notierte, kam es bei Kakao zu kleinen Verlusten.

Getreide und Getreideprodukte

	1. 11.	31. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	356,00	354,50
März	367,75	367,75
Mai	366,75	369,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	1. 11.	31. 10.
St. Lawrence 1 CW	238,95	239,40
Amber Durum	248,90	248,90
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	154,70	153,50
März	159,80	159,00
Mai	162,90	–
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	126,60	127,00
März	125,90	125,90
Mai	125,90	–
Hafer Chicago (c/bush)	1. 11.	31. 10.
Dez.	183,75	181,75
März	192,00	189,50
Mai	195,25	193,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	347,25	344,75
März	344,50	342,50
Mai	342,25	341,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	1. 11.	31. 10.
Dez.	129,30	129,70
März	133,40	133,00
Mai	133,90	–

Genußmittel

	1. 11.	31. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez.	140,80	138,80
März	137,90	137,76
Mai	134,75	134,60
Kakao New York ($/t)		
Dez.	1940	1959
März	1970	1987
Terminkontr. Mai	2000	2010
Umsatz	–	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,83	8,80
März	9,34	9,34
Mai	9,72	9,70
Juli	10,04	10,03
Sept.	10,30	10,34
Umsatz	10 810	6 901
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8,49	8,75
Kaffee London (£/t) Robusta-	1. 11.	31. 10.
Kontrakt Nov.	1852–1854	1834–1836
Jan.	1861–1862	1843–1844
März	1817–1818	1807–1809
Umsatz	2430	3800
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1418–1419	1434–1435
März	1425–1426	1441–1442
Mai	1438–1439	1460–1462
Umsatz	3879	2935
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	146,00–146,25	150,00–150,25
März	154,60	158,00
Mai	160,25–160,25	163,25–163,30
Umsatz	4230	2179
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	1. 11.	31. 10.
schw. Sarawak spez.	305,00	305,00
weißer Sarawak	485,00	480,00
weißer Muntok	487,50	482,50
Orangensaft New York (c/lb)	1. 11.	31. 10.
Nov.	128,75	128,30
Jan.	123,20	123,30
März	121,70	121,50
Mai	120,50	120,50
Juli	120,15	120,30
Umsatz	250	500

Öle, Fette, Tierprodukte

	1. 11.	31. 10.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	52,00	53,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,50	25,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	28,85	26,50
Jan.	29,00	28,40
März	29,50	28,81
Mai	29,70	28,88
Juli	29,80	28,95
Aug.	29,20	28,60
Sept.	27,73	27,10
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	29,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,50	18,50
Choise white hog 4% fr. F.	16,00	18,00
Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,75	14,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	43,75	43,35
Febr.	47,00	47,00
April	47,20	46,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,20	62,35
März	62,70	62,70
Mai	64,20	64,20
Häute Chicago (c/lb)	1. 11.	31. 10.
Ochsen enth. schwere River Northern	57,50	55,50
Kühe enth. schwere River Northern	54,00	54,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	822,00	811,00
Jan.	841,00	828,00
März	856,00	846,00
Mai	860,50	850,00
Juli	855,00	846,00
Aug.	832,00	819,00
Sept.	753,00	744,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	233,00	230,80
Jan.	235,00	232,20
März	236,50	233,50
Mai	234,50	232,00
Juli	234,00	231,50
Aug.	223,50	220,50
Sept.	208,00	207,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	1. 11.	31. 10.
Dez.	371,00	372,00
März	384,00	383,50
Mai	393,00	–
Kokosöl New York (c/lb)	1. 11.	31. 10.
Westküste fob Werk	39,50	39,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	2. 11.	1. 11.
jegl. Herk. cif	1000,00	1000,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	600,00	600,30
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	660,00	660,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	196,50	191,50
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	890,00	880,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	308,50	321,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	1. 11.	31. 10.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	80,50	79,85
März	81,65	81,00
Mai	82,25	81,65
Juli	82,30	81,90
Okt.	76,30	75,95
Dez.	74,76	74,70
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	59,50	59,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	1. 11.	31. 10.
Dez.	407–408	407–408
Jan.	405–408	405–408
März	418–422	418–422
Umsatz	37	26
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	1. 11.	31. 10.
Dez.	geschlossen	46,30
März	geschlossen	46,80
Mai	geschlossen	47,30
Juli	geschlossen	47,60
Umsatz	–	–
Tendenz: –		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	1. 11.	31. 10.
Dez.	558,00–559,00	558,00–558,50
März	578,00–000,00	576,00–577,00
Mai	586,00–588,00	587,50–588,00
Umsatz	30	10
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	1. 11.	31. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	1. 11.	31. 10.
Nov.	13 539	13 540
Dez.	13 567	13 565
Kautschuk London (p/kg)	1. 11.	31. 10.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,00	–
Dez.	78,10–78,50	79,40–79,50
Jan.	78,00–79,00	79,00–80,00
Jan/März	78,20–78,50	79,10–79,20
Tendenz: sehr ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	1. 11.	31. 10.
Nr. 1 RSS loco	253,50–254,50	253,00–254,00
Nov.	255,00–256,00	256,00–257,50
Dez.	259,50–260,50	260,00–261,00
Nr. 2 RSS Nov.	249,00–250,00	249,50–250,50
Nr. 3 RSS Nov.	245,50–246,50	246,00–247,00
Nr. 4 RSS Nov.	239,00–240,00	239,50–240,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	1. 11.	31. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2. 11.	1. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	107,35–107,55	geschlossen
drittfolg. Monat	111,19–111,90	geschlossen
Zink: Basis London		
laufend. Monat	228,89–229,29	geschlossen
drittfolg. Monat	234,61–234,81	geschlossen
Produz.-Preis	245,59	geschlossen
Reinzinn 99,9%	3708–3745	3679–3715

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2. 10.	1. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	372,02–374,39	geschlossen
Blei in Kabeln	115,00–116,00	geschlossen
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	2. 11.	1. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	346–356	geschlossen
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	390–394	geschlossen
MS 63	389–393	geschlossen

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	1. 11.	31. 10.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,01	30,10

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 11.	1. 11.
Leg. 225	405–418	405–418
Leg. 226	407–420	407–420
Leg. 231	437–450	437–450
Leg. 233	447–460	447–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2. 11.	1. 11.
Platin (DM je g)	35,208	34,208
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 000	32 500
Rücknahmepr.	32 250	31 750
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 890	32 370
Rücknahmepr.	31 900	31 400
verarbeitet	34 520	33 970
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 575	32 105
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	759,00	724,30
Rücknahmepr.	722,40	698,90
verarbeitet	792,60	756,40

Internationale Edelmetalle

	2. 11.	1. 11.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	381,50	376,00
15.00	383,00	377,75
Zürich mittags	380,80–381,30	376,00–376,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 450	geschl.
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	589,90	560,25
3 Monate	602,75	572,65
6 Monate	616,30	586,05
12 Monate	643,25	612,55
Platin (£-Feinunze) London	1. 11.	31. 10.
fr. Markt	254,00	255,95
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	95,40	–

New Yorker Preise

	1. 11.	31. 10.
Gold H & H Ankauf	377,75	382,00
Silber H & H Ankauf	846,00	875,00
Platin fr. Händlerpr.	375,00–382,00	375,00–382,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	141,00–143,00	143,00–145,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	867,50	838,00
Dez.	872,00	863,00
Jan.	881,00	870,70
März	893,00	885,50
Mai	908,00	901,70
Juli	926,80	918,10
Sept.	941,70	934,80
Umsatz	31 000	28 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	1. 11.	31. 10.
Nov.	62,05	62,35
Dez.	62,55	62,90
Jan.	63,15	63,80
März	64,50	64,80
Mai	65,70	66,15
Juli	67,00	67,40
Sept.	68,20	68,70
Umsatz	12 000	8 500

Londoner Metallbörse

	2. 11.	1. 11.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1032,0–1033,0	1024,5–1025,5
3 Monate	1059,0–1059,5	1051,5–1052,5
Blei (£/t) Kasse	272,25–272,75	270,75–271,00
3 Monate	282,00–282,50	280,50–281,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	931,00–931,50	923,00–924,00
3 Monate	954,00–954,50	945,50–946,00
abends Kasse	–	930,00–931,00
3 Monate	–	952,50–953,00
(Kupfer-Standard)		
Kasse	911,00–911,50	910,50–911,00
3 Monate	934,50–935,00	932,00–934,00
Zink (£/t) Kasse	580,50–581,50	571,00–572,00
3 Monate	595,00–595,50	585,00–586,00
Zinn (£/t) Kasse	8596–8598	8590–8595
3 Monate	8680–8681	8665–8670
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–328
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	74–77

FINANZANZEIGEN







DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klāre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 812
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Diplomaten, ratlos

R. K.-B. – Viele Medien nennen sie irreführend „die deutschen Schriftsteller". Doch handelt es sich da mehrheitlich um einen Haufen Schreibmaschinenbesitzer, die im VS organisiert sind und den Vorsitzenden Engelmann immer wieder mit großer Mehrheit im Amt bestätigen, gleichgültig, wieviel unverantwortlichen Blödsinn er im Namen dieses VS von sich gibt. Vor einem Jahr sind einige ausgetreten, und jetzt, nach Engelmanns Anpöbelung Manès Sperbers und dem kuriosen Telegramm an den polnischen Staatschef mit der Forderung um Zulassung „eines" Schriftstellerverbandes, jetzt schrieben zwanzig Mitglieder, darunter Grass und Böll, sie verlangten eine Diskussion im Verbandsorgan. Grass hat außerdem Engelmann zum Rücktritt aufgefordert.

Alles fromme Wünsche und hoffnungslose Forderungen. Die große Mehrheit „der deutschen Schriftsteller" bleibt ihrem Engelmann treu. Nur, wer sind denn diese Scharen von engelmanntreuen „Schriftstellern"?

Und warum treten die Zwanzig nicht aus dem Verband aus, Grass und Böll an der Spitze? Weil der Verband ihnen trotz allem teuer ist und sie seine Ziele lediglich durch diesen Engelmann (und seine überwältigende Mehrheit) geschädigt sehen?

Aber wenn ein Vorsitzender und die Mehrheit die Verbandsziele anders interpretieren als die paar prominenten Gründer, dann gibt es doch nur eins: Die Zwanzig treten kurzerhand aus. Ja, aber dann wird ja Engelmanns Mehrheit noch größer! Gewiß, aber der bescheidene Rang dieses Verbandes, dem zahlreiche wirkliche deutsche Schriftsteller sowieso nie angehörten, wird dann immer bescheidener.

Es mag Gründe für die Protestierenden geben, nicht auszutreten und lieber immer wieder zu protestieren, wenn in ihrem Namen Mist verzapft wird. Aber was für Gründe? Ich komme nicht drauf. Ich bin kein Diplomat. Aus einem von mir mitbegründeten Verband bin ich ausgetreten und habe ganz undiplomatisch meinen Grund publiziert. Aber die Gründe für das Verbleiben mißbrauchter Männer im VS wüßte ich wirklich gern. Wer kann mir helfen?

Film: Der Außenseiter

Showdown mit Belmondo

Ein Mann sieht rot: Belmondo als Kriminalkommissar, der ewigen Hemmnisse durch den Rechtsstaat überdrüssig, greift zum Ballermann und befördert den Oberboß der Rauschgifthändlerbande ins ewige Drogennirwana. Und setzt dazu sein ewiges Jungenlächeln auf. Wer kann ihm da noch böse sein? Ein Mann sieht aber auch rosa: wieder der gleiche Belmondo, was seine Filmzukunft angeht. Denn allmählich mag man nicht mehr glauben, daß er, der mittlerweile auch schon ein halbes Jahrhundert auf dem Buckel hat, den nie alternden Donnerhelden noch lange mimen kann.

Auf die Frage, wie es denn weitergehen solle, ob er denn der ewigen Actionplots nicht überdrüssig sei und etwa mit dem verwaisten Platz von Jean Gabin liebäugele, hat Belmondo bisher immer nur die Antwort gehabt, er wolle das bleiben, was er sei. Nun ja, wen die Götter hassen, dem erfüllen sie seine Wünsche. Und Pech für einen Regisseur, der in den Bannkreis eines Monomanen gerät, der offenbar über den Tellerrand nicht hinausschauen kann. Wie für Jacques Deray etwa, der 1970 mit Belmondo noch den sehr anschauenswerten Krimi „Borsalino" gemacht hat.

Das ist dreizehn Jahre her. In dem neuen Film ist Deray zum Stichwortgeber der Klischeefigur geworden, zu der Belmondo sich selbst gemacht hat. Daß eine Geschichte praktisch nicht stattfindet, hätte dabei nicht unbedingt von Übel sein müssen. Schließlich kann man durch hingeworfene Handlungsfetzen die Phantasie des Zuschauers anregen und aus Bruchstücken allmählich ganze Charaktere zusammensetzen. Nicht so aber, wenn der Held Belmondo heißt und man weiß, was einen erwartet: eine smarte Figur, schnell mit den Fäusten, siegreich bei den Damen, immer einen flotten Spruch auf den Lippen.

Alles was Deray macht, ist, Belmondo die Bühne freizuräumen für immer neue Auftritte, die sich in permanenter Weise ähneln. Ein Showdown ohne Ende: Belmondo vermöbelt einen Gangster nach dem anderen (auch mal einen Kollegen, der sich an einer Frau vergreift), wobei sich lediglich das Kaliber der Waffen vergrößert. Spannung will da nicht aufkommen, wenn sich alles bloß im Kreise dreht. Eine öde Einmann-Show, in der Belmondo die Reste seines Mythos zelebriert.

SVEN HANSEN

Trierer Symposium: Chinas Ärger mit Karl Marx

Eine Theorie zur Volksberuhigung?

Als japanische Journalisten Chinas Generalsekretär Hu Yaobang kürzlich in Peking fragten, was denn unter einem Sozialismus chinesischer Prägung zu verstehen sei, antwortete Hu: „Das heißt für unsere Partei und unser Volk, sich nicht vom Dogmatismus oder Bücherwissen leiten zu lassen, also von der Praxis und nicht von einer abstrakten Definition. Zugleich sagen wir den anderen Staaten, die sich als sozialistisch bezeichnen, daß sie uns nicht kopieren sollen."

Diese Umschreibung läßt erkennen, daß die sozialistische Volksrepublik noch immer um ihr Verhältnis zur marxistischen Lehre, die chinesischem Eigenverständnis nach ihr geistiges Fundament bildet, ringt. Der traditionelle Marxismus-Leninismus, seit 1949 als Staatsreligion betrachtet, beginnt nämlich erst jetzt wieder unter der neuen pragmatischen Politik zu einem Forschungsgegenstand zu werden, der auf seine Verwendbarkeit abgeklopft werden darf. Dabei setzt sich Chinas Führung heute darüber hinweg, ob jede neue Maßnahme sich mit Marx legitimieren läßt oder nicht. Seine kritische Rezeption aber steht nicht nur aus politischen Gründen auf schwachen Beinen. Das Gesamtwerk von Marx liegt nämlich erst seit dem hundertsten Todestag des deutschen Revolutionstheoretikers in diesem Jahr in China in einer vollständigen wissenschaftlichen Übersetzung vor.

Dieser Wandel in der Annäherung Chinas an Marx spiegelt sich auch in den Auslandsbeziehungen. War das Geburtshaus von Karl Marx in Trier bislang nur eine Pilgerstätte, so hat sich jetzt die Zusammenarbeit mit dem angeschlossenen Studienzentrum kräftig entwickelt. Im Mai dieses Jahres kamen erstmals chinesische Forscher zu einem internationalen Marx-Symposion nach Trier. Im Gegenzug schickten die Trierer eine Ausstellung über das Leben von Marx nach Peking. Worauf die Chinesen dem Marx-Haus eine Übersicht zur Verfügung stellten, die anhand von 220 Erstausgaben, Fotos und Dokumenten – oft Unikaten, die in China als Staatsschatz gelten – „Die Verbreitung des Marxismus in China" dokumentiert. Und im Rahmen dieser Ausstellung fand jetzt ein Symposion zum gleichen Thema statt, zu dem ebenfalls wieder die wichtigsten Marx-Übersetzer aus Peking kamen.

Bislang hatte die Rezeption seines Werkes in China der Marx-Forschung viele Rätsel aufgegeben. Dabei standen zum einen übersetzungstechnische Fragen im Vordergrund, denn die chinesische Sprache konnte den marxistischen Wortschatz nur in wenigen Fällen durch die tonale Umschreibung neu bilden (etwa Luoqi für Logik). Sonst mußte sie die neuen Wörter in bereits bekannte Bedeutungswörter zerlegen (etwa Lehre vom gemeinsamen Besitz für Kommunismus). Zum anderen aber muß bedacht werden, daß China zur Zeit von Marx ein feudal geprägtes, überwiegend agrarisches Land war, für das „Das Kapital" wie die Kundschaft von einem fremden Stern wirken mußte. In der Vergangenheit klammerten chinesische Untersuchungen solche Fragestellungen weitgehend aus.

Die Trierer Ausstellung vermittelt da nun ein differenzierteres Bild. Über Jahrzehnte kämpften chinesische Übersetzer mit der mühsamen Übertragung der Werke von Marx. Erst 1938 konnte „Das Kapital" – eine Glanzleistung der Übersetzungskunst – fertiggestellt werden. Allerdings muß es für die bäuerlichen Guerrillatruppen ungefähr ebenso dienlich gewesen sein wie die Übertragung der militärpolitischen Schriften Engels ein Jahr später. Denn die erfolgreiche Guerrillastrategie fand ihre Grundlagen in den 36 Kriegslisten des altchinesischen Philosophen Sun Zi. In den Übersetzungen zuerst aus den oft falschen japanischen Vorlagen, dann aus dem Englischen und schließlich aus dem Russischen potenzierten sich die Fehler. Erst nach der Gründung der Volksrepublik begann eine systematische Überprüfung, zu der – recht spät erst – auch die deutschen Originale herangezogen wurden.

Der Name von Karl Marx taucht zum ersten Mal fünfzehn Jahre nach seinem Tode in einem chinesischen Buch auf. Es ist ein Buch von Benjamin Kidds, das von dem in Shanghai lebenden britischen Missionar R. Timothy 1899 ins Chinesische übersetzt wurde. Das Buch trug den Begriff der klassischen chinesischen Philosophie „Lehre von der großen Harmonie" als Titel, und Marx wurde als Begründer einer Theorie vorgestellt, die zur „Beruhigung der Volksmassen" diene.

Erst drei Jahre später korrigierten der Sozialreformer Liang Qichao und 1903 besonders Ma Yunbu, der den Begriff des „Klassenkampfes als Schlüssel der Geschichte" als eine Grundaussage von Marx hervorhob, dieses falsche Bild. Es war jedoch nicht der „Marxismus" der diese Sozialrevolutionäre anzog, sondern die Idee einer egalitären Philosophie. Der Marxismus bildete jedoch nur eine kleine Randströmung in dem breiten Spektrum der über Europa oder Japan nach China eindringenden Idee. Entsprechend stritten sich Chinas Republikgründer Sun Yatsen und die Sozialreformer Liang Qichao, was unter Sozialismus in China überhaupt zu verstehen sei.

Die Stärken der Ausstellung liegen in der Dokumentation dieses Zeitraumes und der fruchtbaren Phase der kulturellen Revolution 1919, bevor sich dann in der Verbindung mit dem Leninismus und der Kombination von Theorie, Praxis und Organisation der Marxismus nach 1930 zum Programm formierte. Seitdem dient er der Legitimation einer Revolution, die erfolgreich war, weil sie sich nicht an ihn hielt, sondern an die Gegebenheiten Chinas.

Das Symposion ließ offen, wie sich künftig die Marx-Rezeption in China entwickeln wird. Sicher ist jedoch, daß gegenwärtig eher die Modernisierung des Landes als – wie in der Kulturrevolution – der „Klassenkampf" im Vordergrund stehen. Dabei wird man mit Marx und Mao argumentieren, in der Praxis jedoch pragmatisch handeln.

JOHNNY ERLING

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Magazine Hebdo"

„Riecht nach Giscard"

Der Krieg der französischen Wochenmagazine gilt als ein Kampf „H contra H": die Hersant-Gruppe mit „Figaro Magazine" (Auflage 550 000), „Madame Figaro", „France Magazine" (530 000, Wochenendausgabe der Tageszeitung „France-Soir") gegen die Gruppe Hachette-Filipacchi mit „Paris-Match" (900 000) und dem Damenmagazin „Elle". Nur politisch ist da kein Pfeffer drin. Seit der Herausgeber des „Figaro Magazine", Louis Pauwels, sich aus einem ganzen Bündel von Gründen von der „Neuen Rechten" getrennt hat, gibt es politisch und weltanschaulich zwischen den fünf genannten Magazinen keine wesentlichen Gegensätze mehr.

Das Interesse der politischen Beobachter konzentriert sich deshalb auf zwei von kleineren Presse-Gruppen getragene Neugründungen von Wochenmagazinen: „Les Nouvelles" (bisher neun Ausgaben) und „Magazine Hebdo" (bisher sieben Ausgaben). Beide wollen Sprachrohr für politische Lager sein, die weder bei Hersant noch bei Hachette zu Worte kommen: „Les Nouvelles" für die Linke, „Magazine Hebdo" (F-75008 Paris, 33 Rue Goujon) für die Rechte.

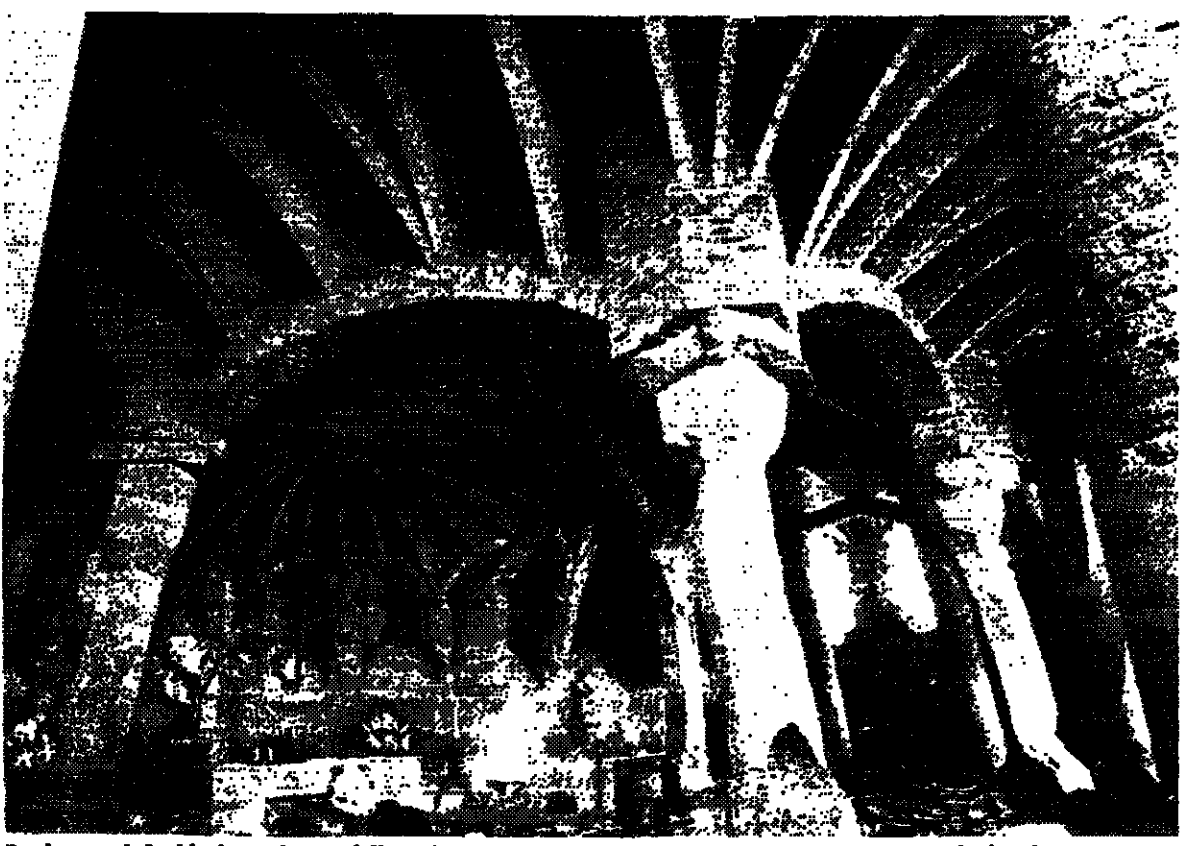
Über die Schwierigkeiten von „Les Nouvelles" haben wir bereits berichtet. Angesichts der Pleitewirtschaft der Volksfrontregierung und der wachsenden Gereiztheit der Bevölkerung gegen alles „Rote" ist es heute in Frankreich ein zweifelhaftes Vergnügen, ein linkes Organ zu machen, das mehr als ein paar Intellektuelle ansprechen soll. Wie der Wind weht, sieht man schon am prallen Inseratenteil des „Magazine Hebdo" („Hebdo" von hebdomadaire = wöchentlich), der die beiden Großkonzerne sehr beunruhigt.

Noch mehr beschäftigt die politischen Beobachter jedoch, daß an einer ganzen Reihe von Schlüsselposten des „Magazine Hebdo" Vertreter der Neuen Rechten sitzen, die ähnliche Funktionen im „Figaro Magazine" hatten, dieses Blatt aber während der letzten zwei Jahre aus Protest gegen die „laue" Haltung von Pauwels verließen.

„Magazine Hebdo" hat in der ersten Nummer seinen Standort als den einer „gelassenen Rechten" umschrieben. Das hatte um so mehr Gewicht, als es der jugendliche Herausgeber Alain Lefebvre selbst so formulierte. Er hat sich einen kleineren Konzern von Frauen- und Jugendzeitschriften aufgebaut, der ihm einige Bewegungsfreiheit verschafft. Das Durchschnittsalter seiner Redaktion dürfte kaum über dreißig Jahren liegen. Das ist denn auch bisher der Hauptunterschied zum unmittelbaren Konkurrenten „Figaro Magazine". Dieses Wochenmagazin wirkt neben dem keß gemachten „Magazine Hebdo" etwas altväterlich. Das ist wohl der Hauptgrund, weshalb die Inserenten das neue Magazin so verwöhnen: Nach der zur Zeit in Frankreich vorherrschenden Werbeideologie sind die „jungen Aufsteiger" die wichtigste Bezugsgruppe.

Ein solcher junger Franzose hatte im Münchner Hauptbahnhof mitbekommen, wie ich im Auslandspresse-Kiosk vergeblich nach dem „Magazine Hebdo" suchte. Er ließ fallen: „Da haben Sie nichts versäumt – dieses Magazin riecht nach Giscard ..." Ein Linker, dachte ich. Er aber fuhr fort: „Wissen Sie, ich bin für Chirac!" Ob es bei der vorsichtigen Rechten des „Magazine Hebdo" bleibt? Darüber sind sich die Auguren nicht einig.

ANTON MADLER



Design und Architektur sind bei ihm nicht zu trennen: Gaudis Kirche der Güell-Kolonie in einer Vorstadt Barcelonas FOTO: KLETT-COTTA

Gaudi als Designer – Ausstellung des badischen Kunstvereins in Karlsruhe

Von Kopf bis Fuß auf Stil bedacht

Am 1. Juni 1926 wurde der 74jährige Antoni Gaudi in Barcelona von einer Straßenbahn überfahren. Er befand sich auf einem Bettelgang, um Geld für seine Kirche zu sammeln. Die Kirche „Sagrada Familia" blieb bis heute unvollendet; doch auch das unvollendete Bauwerk hatte Gaudis Namen in aller Welt berühmt gemacht. Pevsner nannte ihn „das einzige Genie des Jugendstils". Ein Genie war dieser Katalane zweifellos; aber auf den Jugendstil läßt es sich nicht begrenzen – und auch nicht auf die Architektur. Was immer Gaudi baute, Paläste, Villen, Wohnhäuser, Gartenanlagen, Kirchen, Kapellen, er hat sie bis ins letzte Detail innen und außen durchgeplant und verwirklicht; nichts hat er ausgelassen von der Türklinke bis zum Fahrstuhl, vom Schuhabstreifer bis zum Wetterhahn.

Neugier und besondere Erwartungen waren also berechtigt, als der badische Kunstverein in Karlsruhe eine Ausstellung „Gaudi als Designer" ankündigte. Die formale Phantasie und ihre ideale handwerkliche Verwirklichung werden naturgemäß im kleinen Detail evidenter als in der monumentalen Architektur. Man dürfte sich auf Pretiosen der Formgebung und der Kunstfertigkeit gefaßt machen. Aber leider mußte man in der Ausstellung derlei Erwartungen rasch zurückstecken. Es sind nur Fotos zu sehen und sieben kleine originale Messingstücke.

Die Ausstellung wurde von der Architektenkammer Barcelona zusammengestellt und besteht aus 220 Fototafeln, alle schwarzweiß, bis auf ein paar farbig wiedergegebene Glasfenster. Der Katalog setzt Spanisch- oder Englischkenntnisse voraus; auch in Karlsruhe hat man sich nicht die Mühe gemacht, die Texte zu übersetzen. Das ist natürlich nur ein halber Genuß und eine halbe Information. Denn es kommt ja nicht nur auf die Formen an – ihren wunderbaren Reichtum erkennt man auch im Foto –, sondern gleichermaßen auf die Farbe und das Material; gerade darin erweist sich ja das erfinderische Genie des Designers wie des Architekten Gaudi, der ohne Farbe nicht auskommt und Materialien verwendet und austauscht gegen alle Konvention und Erfahrung, der Dinge aus Stein bildet, die vordem nur in Metall denkbar waren oder umgekehrt. Keramik, Glas, Holz verändern sich förmlich unter neuen Funktionen. Volkstümliche Korbflechtereien begegnen uns im Güell-Park als Materialgeflecht, ebenso verwandeln sich Netze aus Seil in eisernes Gitterwerk, um nur wenige Beispiele zu nennen. All das teilt sich im Schwarzweißfoto nicht mit.

Gleichwohl bleibt die Ausstellung interessant und verdienstlich. Denn all diese Einzelheiten mit ihrem faszinierenden Formenreichtum sind gemeinhin auch Kennern Gaudischer Bauten weithin unbekannt. Hier nun sind – wie gesagt – vom Schuhabstreifer bis zum Wetterhahn auf dem Güell-Palais, vom Türschloß bis zu den Büromöbeln und den Porzellanfliesen im Haus Calvet wahre Design-Kunststücke, desgleichen an Gittern, Geländern, Türen und Treppen, an Täfelungen und Stuckdecken wenigstens in Großfotos zu bewundern, von denen man sonst keine Vorstellung hätte.

Wie wenig übrigens der Designer Gaudi von dem Architekten zu trennen ist, läßt das Buch von Ignasi de Solà-Morales „Gaudi" (Klett-Cotta, Stuttgart, 128 S., 168 Abb., 68 Mark) erkennen, das jetzt gerade in deutscher Fassung erschien. Es stellt alle wesentlichen Arbeiten in ihrer Durchdringung von innen und außen als eine Art architektonisches Gesamtkunstwerk vor, das sich vor allem dem Willen des Gestalters zu unterwerfen hatte. (Die Ausstellung geht bis zum 20. 11. 83; Katalog 19 Mark).

EO PLUNIEN

Von Harnoncourt restaurierter Originalton: Händel, Bach, Purcell

Die Herde weidet im Sechsachteltakt

Nikolaus Harnoncourt, der Staranwalt für alte Musik, bestellt das Terrain der originalen Aufführungspraxis schon längst nicht mehr allein. Das Paket neuer Harnoncourt-Aufnahmen, das die Hamburger Teldec aus betriebsinternen Jubiläums-Gründen jetzt veröffentlichte, enthält auch Händels „Messias" – und von diesem Werk existieren inzwischen nicht weniger als vier Aufnahmen mit Original-Instrumenten.

Genügend Gelegenheit also zum Vergleich – nicht nur mit Karajan und anderen Vertretern jenes freieren Barock-Verständnisses, sondern eben auch mit Gleichgesinnten. Und da ist eine interessante Entdeckung zu machen: Gegenüber den Versionen seiner englischen Kollegen Christopher Hogwood und John Eliot Gardiner klingt Harnoncourts „Messias" nämlich erstaunlich unasketisch und klangprächtig, fast könnte man sagen: romantisch. Da werden keine Tempi überhetzt (wie es Gardiner gelegentlich passiert), da wird liebevoll und klangbewußt ausmusiziert, während die forscheren Tempi der Harnoncourt-Konkurrenten manchmal Defizite an Sinnlichkeit und Ausdruckskraft zur Folge haben.

Sein besonderes Augenmerk richtet Harnoncourt seit je auf die strikte Einhaltung der Tempi von Tanzsätzen, die seiner einleuchtenden Auffassung nach auch als Tänze wiedererkennbar sein müssen. Namentlich dort werden infolgedessen die Auffassungs-Unterschiede zwischen Harnoncourt und seinen Kollegen deutlich; der Sechs-Achteltakt der berühmten Arie „Er weidet seine Herde" beispielsweise hat bei Harnoncourt – und nur bei ihm – jenen weichen wiegenden Siciliano-Charakter, der von Händel zweifellos gemeint ist.

Natürlich sind Harnoncourts Platten nicht nur eine Lektion über die richtigen Tempi von Tanz-Sätzen. Die überragende Bedeutung des Österreichers liegt darin, daß er seine Hörer lehrt, *Leidenschaftlichkeit* in einer Musik wahrzunehmen, die nicht über das Ausdrucks-Repertoire des 19. Jahrhunderts, die weder über Wagner-Tuben noch über die harmonische Errungenschaft des Tristan-Akkords verfügt. Mit welch glühender Intensität auch vor 250 Jahren schon Musik gemacht wurde, läßt sich nicht nur beim „Messias", sondern auch bei Bachs Kantate „Der zufriedengestellte Äolus" oder bei Henry Purcells Oper „Dido und Äneas" nachhören: statt eingeebneter, polierter Klangflächen harte, aggressive Artikulation; statt Schwelgerei in vermeintlich schönen Klängen radikale Textverdeutlichung und polyphone Transparenz. Der Eingangschor der Bach-Kantate etwa war wohl überhaupt noch nie so engagiert, so plastisch zu hören.

Ein ähnliches Aha-Erlebnis, wie Harnoncourt es seinem Publikum seinerzeit durch die spektakuläre Neudeutung von Bachs Brandenburgischen Konzerten bescherte, steht Barock-Liebhabern auch bei Händels zwölf Concerti grossi opus 6 bevor. Nicht nur, daß bestimmte Raum- und Echo-Effekte durch die überlegte Instrumenten-Aufstellung überhaupt erst hörbar gemacht werden. Bei Harnoncourt klingt's berstend vor Vitalität, prickelnd, aufwühlend. Bei ihm wird nachvollziehbar, warum Händel seine Hörer nach der vorhergehenden Gemüts-Erregung in Harmonie entlassen wollte, weshalb er die Konzerte meist mit einem konventionellen Menuett beschloß.

Doch selbst diese beruhigenden Menuett-Ausklänge verfügen in Harnoncourts Interpretation noch über genügend musikalischen Zündstoff. Wer also bloß barocke Hintergrund-Musik fürs sonntägliche Frühstück sucht, sollte um diese Platten einen möglichst großen Bogen machen.

Harnoncourt und sein ausgezeichneter Concentus musicus Wien sind übrigens demnächst auch live zu hören: am 16. 11. beginnen sie in Nürnberg eine Deutschland-Tournee, mit Stationen am 17. in Kassel, vom 18. bis zum 20. in Frankfurt, am 27. 11. in Bad Godesberg.

STEPHAN HOFFMANN

Georg Friedrich Händel: Der Messias, Teldec 6.35617 (3 LP); Händel: 12 Concerti grossi op. 6, Teldec 6.35603 (3 LP); Johann Sebastian Bach: Der zufriedengestellte Äolus, Teldec 6.42915; Henry Purcell: Dido und Äneas, Teldec 6.42919.



Der malende Senator: Renato Guttuso arbeitet an den Varese-Fresken FOTO: E. EISELT

Jesus und PLO: R. Guttuso erneuert die Fresken von Sacro Monte

Wer Menschen malt, malt Heiliges

Die Landart wurde zur Zeit der Gegenreformation in Norditalien erfunden. Zum Schutz und zur Stärkung des katholischen Glaubens gegen die protestantische Gefahr, die in den Waldensertälern des Aostatals brütete und vom Norden her über die Berge stieg, verwandelte man acht Hügel im Voralpenland in Heilige Berge, in Sacri Monti. Kapellen mit den Stationen der Heilsgeschichte führen jeweils zu einem Wallfahrtsort auf der Spitze. Neben Gruppen überlebensgroßer naturalistischer Skulpturen enthalten diese Kapellen auch mehr oder minder bedeutende Fresken.

In der dritten Kapelle des Sacro Monte oberhalb von Varese hat nun der Zahn der Zeit ein Fresko aus dem 17. Jahrhundert zernagt. Deshalb bat der zuständige Geistliche, der Exsekretär von Papst Paul VI., den wohl bekanntesten der italienischen Maler, Renato Guttuso, hier ein neues Wandbild anzufertigen. Andere bedeutende Künstler sollen ihm folgen, um dem Sacro Monte neuen Glanz zu geben.

Renato Guttuso ist nicht nur ein großer realistischer Maler, dessen Bilder in den glühenden Farben seiner sizilianischen Heimat oft soziale Themen haben, er ist auch als glühender Vertreter der kommunistischen Partei Mitglied des Senats. Daß Kommunismus in Italien anders ist als in anderen Ländern, ist bekannt. Daß ein 70jähriger kommunistischer Senator jeden Morgen auf ein Gerüst steigt, um „Die Flucht nach Ägypten" zu malen und sein Werk dem Heiligen Berg zu schenken, ist schon eher erstaunlich. Es wird, wie die Anfänge zeigen, ein großes Kunstwerk werden.

Befragt, wie sich das evangelische Thema mit seinem politischen Credo verträgt, antwortete Guttuso: „Es ist ein zeitloses und ganz aktuelles Thema: Palästinenser auf der Flucht. Wer Menschen malt, malt immer etwas Heiliges. Mein Bild soll von der Not der Vertriebenen aller Zeiten erzählen." Joseph und Maria samt Jesuskind also als Palästinenser. Das ist gewiß eine recht neuartige Deutung. Vor allem weil dabei offenbleibt, ob sie vor einer PLO oder zu ihr flüchten.

MONIKA VON ZITZEWITZ

JOURNAL

Theaterwissenschaftler aus dem Amt entlassen

SAD, **Moskau**

Der international angesehene sowjetische Theaterwissenschaftler Professor Juli Kargalitskij ist aufgrund der Betätigung seines Sohnes in Dissidentenkreisen amtsenthoben worden. Kargalitskij wurde nach Darstellung von Freunden und Kollegen am Lunatscharskij-Institut für Theaterwissenschaft vor einen Disziplinarausschuß gestellt und dann entlassen. Ein Versuch, Professor Kargalitskij von seinem Posten zu entfernen, war bereits im vorigen Jahr unternommen, jedoch nach massiven internationalen Protesten aufgegeben worden. Der Sohn des angesehenen Wissenschaftlers, Boris, hatte an Diskussionen einer Gruppe der „Neuen Linken" teilgenommen, die aus marxistischer Sicht Kritik an der sowjetischen Gesellschaft übt.

Das Leben Oskar Schindlers als Film

dpa, **Berlin**

Unter dem Titel „Ein Engel in der Hölle" bereitet die Berliner CCC-Film ein Filmprojekt über das Leben des deutschen Industriellen Oskar Schindler vor, der in den Kriegsjahren in Polen etwa 1300 Menschen das Leben gerettet hat. Schindler setzte sich im Krieg dafür ein, daß in seiner Tuchfabrik zahlreiche jüdische Arbeitskräfte eingestellt wurden, die er so vor dem Tod retten konnte. Für die Rolle des Schindler wurde Günter Lamprecht engagiert. Drehorte des Films sind u. a. Polen und Israel.

Das Jahrbuch der Shakespeare-Gesellschaft

DW. **Bochum**

Die „Deutsche Shakespeare-Gesellschaft West" hat jetzt ihr Jahrbuch für 1983 vorgelegt. Das übergreifende Thema der Vorträge ist das Geschichtsverständnis des Dramatikers. Hilde Spiel analysiert die Rolle des „Fürstendieners" Shakespeare; G. R. Elton untersucht, inwieweit sich die Realität des 15. Jahrhunderts in den Königsdramen niedergeschlagen hat; die Historien im Zusammenhang mit dem Informationsstand von Shakespeares Publikum hat Ulrich Broich zum Thema genommen. Weitere Aufsätze behandeln unter anderem Darstellungsproblematik und Rezeptionsgeschichte einzelner Figuren und Dramen; Theater- und Bücherschau sowie eine Zusammenstellung von Aufführungskritiken runden den von Werner Habicht herausgegebenen Band ab.

Kulturzentrum in Nizza im Frühjahr fertig

AFP, **Nizza**

Das Nationale Zentrum für Zeitgenössische Kunst in Nizza (CNAC), das als regionales Gegenstück zum Pariser Centre Georges Pompidou gedacht ist, wird im März 1984 eingeweiht. Die Eröffnungsausstellung mit Arbeiten von rund 100 Künstlern ist dem Thema „Schriften in der Malerei" gewidmet. Im Sommer folgen Arbeiten des Surrealisten Georges Ribbemont-Dessaigne, der 1984 hundert Jahre alt geworden wäre. Das Centre National d'Art Contemporain wird auf dem Terrain der Villa Arson eingerichtet.

Ein Kunstpreis des Konkreten

PHG, **Berlin**

Zum zweiten Male stiftet Tetra Pak, einer der großen deutschen Hersteller für Verpackungsmaterialien, einen Preis zur Förderung konkret-konstruktivistischer Kunst. An dem Wettbewerb können sich Maler und Zeichner der Bundesrepublik Deutschland, die nicht älter als 40 Jahre sind, beteiligen. Den Vorsitz der Jury hat Professor Dieter Honisch, Direktor der Berliner Neuen Nationalgalerie. Die Bekanntgabe der Ausschreibung erfolgte am Wochenende aus Anlaß einer eintägigen mit großem Aufwand aufgezogenen Kunstausstellung, inmitten einer Produktionshalle von Tetra Pak in Berlin-Heiligensee. Zu dieser Veranstaltung hatte der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker die Schirmherrschaft übernommen.

Der Rumpf bohrte sich metertief in den Boden

Flugzeugabsturz bei Flensburg forderte vier Opfer

HEINZ STÜWE, Flensburg

Marinefunkstation Hürup bei Flensburg, Montag nachmittag, 16.30 Uhr. Hauptgefreiter Ralf Zymelka steht am Fenster seiner Stube und blickt in Nebel und Regen. „Mensch, was liegt denn da?" ruft er seinem Kameraden zu. Von einem nahen Bunker, auf den die beiden Marinesoldaten klettern, können sie das helle Metallteil deutlich als Stück einer Flugzeugtragfläche erkennen. „Obwohl wir nichts gehört hatten, waren wir uns sofort klar, daß da ein Flugzeug abgestürzt sein müsse", erzählt der Soldat später.

Inzwischen hatte auch ein Wachmann das Wrackteil bemerkt. Zymelka holt seinen Sanitätskoffer, rennt zu seinem Auto und fährt bis an die Begrenzung des 17 Hektar großen Bundeswehrgeländes. Von hier aus sieht er dann in 400 Meter Entfernung ein zerschmettertes Flugzeugwrack. Vom Dach seines Pkw aus hat der Hauptgefreite den Zaun schnell überwunden und ist als erster an der Maschine, nur etwa 400 Meter von den 164 Meter hohen Sendemasten der Funkstation entfernt. Er findet die Überreste eines kleinen Sportflugzeuges, das sich bis zu den Tragflächen in den Acker gebohrt hat. Nur die blauweiße linke Tragfläche und das Heck sind noch zu erkennen. Die gesamte Maschine ist auf etwa zwei Meter Länge zusammengestaucht. Die Plexiglashaube des Cockpits liegt einige Meter entfernt.

Polizei und Feuerwehr stellten schnell fest, daß sich die Insassen, von denen keiner überlebte, noch in der Maschine befanden. Da sich der Flugzeugrumpf mit der Personenkabine in den Boden gebohrt hatte, konnten die Opfer nicht aus dem Blechknäuel herausgeschweißt werden. Selbst ihre Zahl war zunächst nicht festzustellen. Vom Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel, wo die einmotorige Piper PA 28 gestartet war, erfuhr man dann, daß es sich um vier Dänen aus Skive/Jütland handelte. Der 57jährige Pilot Windfeld-Lömborg aus Skive, seine 47jährige Ehefrau, der Inhaber einer Reinigungsmittelfabrik (48) und sein Marketing-Chef (29) waren auf dem Rückflug von Hamburg nach Skive. Bei extrem schlechter Sicht hatte sich der Pilot offensichtlich verflogen. Kurz nach 16.00 Uhr befand sich die Maschine bereits über dänischem Gebiet bei Tondern.

Mit der Frage: „Wie ist das Wetter bei euch?" meldete sich der Pilot um 16.25 Uhr bei der Flugüberwachung in Flensburg/Schäferhaus. Neben den aktuellen Wetterdaten bekam er von dort ohne besondere Aufforderung den für das Richtungspeilverfahren erforderlichen QDM-Wert für Flensburg, da man annahm, daß er dort landen wollte. Bei einem weiteren Funkkontakt stellte der Tower fest, daß die Maschine nicht die erwartete Position hatte, sondern in entgegengesetzter Richtung flog. Danach brach der Kontakt ab. Die Polizei nimmt an, daß der Pilot auf weniger als 160 Meter Höhe heruntergegangen war, um sich durch Bodensicht zu orientieren. Dabei muß das Flugzeug dann zehn Kilometer südöstlich von Flensburg eines der 25 Millimeter dicken Stahlabspannseile der Sendemasten gestreift haben.

Genaue Aufschlüsse über die Unfallursache sollen Nachforschungen der *Flugunfalluntersuchungsstelle* des *Luftfahrtbundesamtes* ergeben. Fest steht, daß zum Unfallzeitpunkt extrem schlechte Sicht herrschte. Die Spitzen der Sendemasten ragten, wie Anwohner bestätigten, ab ca. 40 Meter in die tiefhängenden Wolken. Augenzeugen gibt es nicht.

Aufgrund eines technischen Defektes liegen über den Funksprechverkehr mit dem Flughafen Flensburg keine Tonbandaufzeichnungen vor. Augenzeugen des Unfalls gibt es nicht. Lediglich ein Wachmann der militärischen Anlage hatte am Montagnachmittag Motorengeräusch gehört und dann ein weißes Teil vom Himmel fallen sehen. Um das Wrack mitsamt den Insassen förmlich auszugraben, wurden Spezialmaschinen angefordert. Pioniere der Bundeswehr legten mit einem Bagger schließlich den Flugzeugrumpf, der eineinhalb Meter tief im Erdreich steckte, frei. Danach begann für die Helfer eine grauenvolle Aufgabe: Sie mußten die völlig entstellten Körper der Toten aus einem wahren Blechknäuel herauslösen. „Es war ein schrecklicher Anblick", meinte ein älterer Polizist. Nachdem die Wrackteile auf einem Lastwagen verladen waren, zeugten nur noch einige Spuren auf dem Acker von dem schrecklichen Geschehen, bei dem vier Menschen ihr Leben lassen mußten.



„Maske in Blau" – eine der Paraderollen der Soubrette: Sie machte vielen das Leben leichter, lebens- und liebenswerter. FOTO: CONTI-PRESS

Die Heldin der heiteren Unvernunft wird 70

Von KLAUS GEITEL

Sie war die Frau vieler Träume. Sie war so ausgelassen. Sie war so burschikos. Sie schien die ganze Welt immer gleich unterhaken zu wollen: ein singender, springender Kumpel. Wo Marika Rökk hinsang, da wuchs Pußtagras. Heute wird „die Rökk" 70 Jahre alt.

Sie ist so wundervoll unheroisch. In ihr fließt vom hellen Kopf bis zum fleißigen Zeh Operettenblut: dieser ganz besondere Saft, der heute kaum noch jemandem so in den Adern rollt. Marika Rökk war eine Heldin der heiteren Stunden selbst in politischer Finsternis.

Sie machte vielen das Leben leichter, lebenswerter, liebenswerter – und dafür liebte man sie. Die Rökk hatte überhaupt kein Talent zum Gejammer. Sie hielt der fröhlichen Unvernunft die Stange, wohl wissend, daß die Vernunft blutig außer Kraft gesetzt war. Sie sang und tanzte besseren Zeiten entgegen, und als die zur Stunde Null endlich kamen, machte sie ganz einfach dort, wo sie hatte aufhören müssen, weiter.

Ihre Talente ließen sich schlecht auseinanderrechnen. Natürlich – es gab Operettendiven, die sangen weit betörender als die Rökk. Darüber hinaus gab es die eleganten tanzenden Revuestars, zu denen die Rökk gleichfalls nicht zählte. Ihre Mondänität blieb immer ein bißchen kleinbürgerlich, ihr kratzbürstiges Naturell streckte sich schwer nur ins Repräsentative. Sie war und blieb im Grunde Soubrette: heitere Gegenspielerin des „Hohen Paars", aber diese Position baute sie eisern aus.

Bald war sie es allein, die in ihren Filmen den Ton angab: jeder Rökk-Film ein Markenzeichen für Flottheit, Unterhaltungseifer, heitere Zielstrebigkeit.

Für ihre Diktion allein schon liebte man sie. Sie hatte einen Augenaufschlag in der Stimme, der die Herzen dahinschmelzen ließ. Der ungarische Beiklang ihres Sprechens und Singens war auf bezaubernde Art exotisch.

Um sie war Erfolg, und Georg Jacoby, ihr Mann, wußte ihn vom Regiestuhl zu kommandieren. Er setzte seine Frau und ihren Kunsteifer immer aufs neue üppig ins Bild, auch wenn es im Grunde nicht allzu originell zuging in diesen Filmen.

Was verschlugs's: Man kam, um die Rökk zu sehen in ihrer nie wechselnden Lieblingsrolle – als Rökk. Und die spielte sie glänzend.

Sie war bezaubernd mit ihren 23 Jahren im Film vom „Bettelstudenten". In ihm drehte sie noch nicht auf. Sie zeigte ihr „Heißes Blut" später nachdrücklich vor: in „Hallo Janine", in „Hab mich lieb", in „Die Frau meiner Träume". Man schrieb das Jahr 1944. Es hatte sich ausgeträumt. Die Rökk war erst 31, eine noch junge Frau mit einem Rattenschwanz von Revuefilmtriumphen. Mit denen war es vorbei.

Die Rökk baute sich unermüdlich eine zweite Karriere. Sie biß die Zähne zusammen. Sie filmte weiter, wenn nun auch mit geringerer Resonanz. Sie kehrte zur Bühne zurück und unterwarf sie ihrem inzwischen reiferen Charme. Das imponierte nicht minder.



Marika Rökk im vergangenen Jahr während ihres Gastspiels in Hamburg FOTO: DPA

Dennoch – eine Kultfigur vermochte sie nicht zu werden. Dafür entzog sich ihr Temperament allzusehr jenem Stil: des Artifiziellen, das künstlerisch auf Distanz hält und zu sich aufschauen läßt.

Todfeind dieses Stils ist demnach die Anbiederei. Aber gerade darin erging sich das unbezähmbare Naturell der Rökk seit jeher mit Lust. Sie vermochte immer schwer nur, mit sich zu knausern. Das führte dazu, daß man von ihr allmählich bei aller Hochachtung für ihre Leistungfähigkeit, ihren Fleiß, ihre Hingabe genug bekam.

Dennoch – aus der deutschen Operettengeschichte ist sie nicht wegzudenken: eine Entertainerin von Kopf bis Fuß und mit Leib und Seele, und hört man den Markennamen Marika, denkt man noch immer lebhafter als an die Kilius an Marika Rökk.

Farthmanns trübe Bilanz zum Arzneimittelmarkt

dpa, Düsseldorf

„Fehlentwicklungen auf dem Arzneimittelmarkt" in der Bundesrepublik Deutschland kosten die Krankenkassen Jahr für Jahr Milliarden. Medikamente sind oft nicht nur Hilfe, sondern machen ungezählte Menschen süchtig. Die Verantwortung dafür tragen die pharmazeutische Industrie, Ärzte, aber auch die Patienten. Der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Prof. Friedhelm Farthmann (SPD) legte gestern in Düsseldorf eine umfassende Bilanz vor. Sie belegt, daß die pharmazeutische Industrie mit geradezu aggressiven Werbemethoden oft überteuerte und in Einzelfällen auch schädliche Medikamente auf den Markt bringt, daß viele Ärzte zu eilfertig Rezepte ausstellen und ganz selten gleichwertigen, aber billigeren Präparaten den Vorzug geben. Sehr oft wird der Mediziner mit einer regelrechten Anspruchshaltung des Patienten dazu verleitet. In der Bundesrepublik Deutschland werden pro Jahr knapp 400 Millionen Rezepte ausgestellt. Während hierzulande kaum noch ein Arztbesuch ohne Verschreibung abgeht, stellen amerikanische Ärzte nur in zwei Drittel aller Fälle ein Rezept aus. 40 Millionen Verordnungen entfallen auf Beruhigungs- und Aufputschmittel, für die die Krankenkassen jährlich eine Milliarde Mark zahlen müssen. Statt es erst einmal mit Diät zu versuchen, werden in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung sechsmal mehr Antidiabetika gegen Zukkerkrankheit verschrieben als in England. Der Pro-Kopf-Verbrauch von risikoreichen herzwirksamen Digitalis-Mitteln ist in Deutschland achtmal höher als in den USA.

Urteil zum Überholverbot

AP, München

Ein durch Verkehrszeichen angeordnetes Überholverbot gilt links wie rechts. Das bestätigte das Hamburger Oberlandesgericht in seiner gestrigen Entscheidung, derzufolge zwischen einem Links- und Rechtsüberholverbot nicht unterschieden werden könne. Durch das Überholverbot solle nämlich nicht nur der Gegenverkehr geschützt werden, sondern auch der vorausfahrende und nachfolgende Verkehr. AZ.: 2 SS 52/83 Owi.

Hund als Blutspender

dpa, München

Ein Münchner Polizeihund hat mit seinem Blut einem vierbeinigen Amts-Kollegen das Leben gerettet. Der achtjährige Schäferhund war an der Milz operiert wurden und brauchte dringend frisches Blut.

Ermittlungen eingeleitet

dpa, München

Die Staatsanwaltschaft München hat gestern das Ermittlungsverfahren gegen den CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung in Tateinheit mit Trunkenheit am Steuer formell eröffnet. Wiesheu hatte in der Nacht zum Samstag bei einem Verkehrsunfall auf der Autobahn München–Nürnberg unter Alkoholeinfluß mit seinem Mercedes den 67jährigen Fahrer eines Fiat 500 getötet. Eine Aufhebung der Abgeordnetenimmunität des CSU-Landtagsabgeordneten war nicht erforderlich. Das Münchner Parlament hat diesen Schutz für Verkehrsdelikte abgeschafft.

ZU GUTER LETZT

Viktor Ljubowzez, der Nachrichtenchef des sowjetischen Fernsehens, ist „wegen sich häufender Fehler" von seinen Aufgaben entbunden worden. Sein letzter Fehler: Nach der amerikanischen Invasion auf der Karibikinsel Grenada zeigte das sowjetische Fernsehen einen Plan der spanischen Stadt Grenada.

Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP.

P. S. Gemeint war die spanische Stadt Granada.

Pastorentochter seit Juni verschwunden

Anke ging ohne Vorwarnung / Jährlich laufen 13 000 Jugendliche von zu Hause fort

C. GRAF SCHWERIN, Soltau

Seit fünf Monaten ist die 16jährige Anke aus Soltau spurlos verschwunden. Am 8. Juni dieses Jahres, dem ersten Tag der Sommerferien, verließ das Mädchen um halb elf Uhr morgens das Haus ihrer Adoptivmutter, der Pastorin Eva Matz in Soltau. Die Schülerin wollte bei einer alten Dame den Rasen mähen. Auf dem Weg zu der Bekannten ihrer Familie wurde das Mädchen noch zweimal gesehen. Von da ab blieb es bis heute verschwunden. Die Jugendliche hatte damals weder Geld noch Ausweispapiere bei sich.

Für die Kriminalpolizei ein Routinefall. Name und Foto des vermißten Mädchens sind zwar in den Computer eingespeist. Das ist auch alles: Kein Polizist trägt ein Foto des Mädchens mit sich, in keiner Wache wird auf diesen Fall aufmerksam gemacht. Während der ersten vier Wochen ist die Kripo noch jeder Spur nachgegangen. Alle erwiesen sich indes als falsch. So wurde der Fall zu den Akten gelegt.

Die letzte Statisitik aus dem Jahr 1980 belegt, daß etwa 13 000 Jugendliche jedes Jahr ihr Elternhaus verlassen. Die meisten melden sich allerdings nach wenigen Tagen wieder zu Hause und kehren in der Regel nach vier Wochen heim, heißt es im Bundeskriminalamt. 1980 blieben von den 13 000 Ausreißern nur noch ganze 123 verschollen. Die Erfahrung lehrt, daß diese dann aus eigener Kraft nicht mehr den Willen aufbringen, sich zu Hause zu melden. Sie brauchen jemanden, der für sie die Verbindung mit dem Elternhaus aufnimmt.

Die 16jährige Anke Matz

Anke könnte zu diesem Typ gehören. „Sie war eher unselbständig und schüchtern", sagt die Mutter. Vom Einkaufen sei sie manchmal ohne Ware nach Hause gekommen, weil sie nicht gewagt habe, danach im Kaufhaus zu fragen. Ihre Lebensunsicherheit und schwach ausgeprägte Bindungsfähigkeit führt die Adoptivmutter auf die Kindheit der Verschollenen zurück.

Anke stammt aus einer sozial ungefestigen Familie. Nach dem Tode ihrer leiblichen Mutter kam sie mit zwei Jahren in ein Kinderheim. 1976 wurde sie dann von Frau Matz in das Pastorenhaus geholt und drei Jahre später adoptiert. Das Mädchen hatte keine festen Freundschaften, ging weder in Kneipen noch in Discotheken, nahm nur gelegentlich an „Cola-Feten" der Kirchengemeinde teil. Sie gab sich gegenüber der Mutter kindlich und verschlossen und war nach deren Urteil geistig wenig interesssiert und „schwer motivierbar".

Im Kontakt mit Gleichaltrigen aber, so hatte ihre Lehrerin beobachtet, pflegt sie einen „forschen" Ton, war „draufgängerisch, frech und anmachend" gegenüber Jungen. Sie paßte sich in Jugendgruppen leicht der jeweiligen Umgebung an, suchte dort stets eine Führungspersönlichkeit. „Ein Mitläufertyp", meint die Mutter, die vermutet, daß die Tochter heute in einer Gruppe in den Tag hineinlebt und den Gedanken, zu Hause anzurufen, immer weiter von sich schiebt. Am 1. August sollte ihre Tochter ein Lehre beginnen. Sie hat den Termin verstreichen lassen. Frau Matz hat nur noch wenig Hoffnung, ihre Tochter wiederzusehen.

Vier Jahre Haft für Bochumer Apotheker

Erstes Urteil im „Rezepte-Skandal" / Insgesamt laufen 894 Ermittlungsverfahren

WILM HERLYN, Bochum

Es ist schon ungewöhnlich, wenn ein Angeklagter Wege beschreibt, auf denen man Betrügereien, wie er sie erfolgreich begangen hat, in Zukunft begegnen könnte. Genau das tat der Apotheker Ulrich Affeldt (35) aus Bochum in der Untersuchungshaft. Der Mann, der geständig ist, durch Rezeptschwindel Krankenkassen um mehr als 550 000 Mark begaunert zu haben, machte jetzt folgenden Vorschlag: Die Pharma-Industrie sollte eine Folie auf den Medikamenten-Packungen anbringen, die der Apotheker vor der Ausgabe auf die Rezepte kleben müßte. Die Krankenkassen wiederum sollten dann nur noch Rezepte vergüten, die ein solches „Klebezeichen" hätten. Und: „Für den Apotheker wären die Pakkungen ohne Folien wertlos, es wäre für ihn nicht mehr lukrativ, andere Dinge auszuhändigen."

Was da der Herr Apotheker vornehm mit „anderen Dingen" umschrieb, sah in der Praxis so aus: Abends, nach Dienstschluß, beugte sich Ulrich Affeldt über eine besondere Art der Buchführung: Auf Karteikarten übertrug er sorgfältig Ein- und Ausgang von Rezeptkunden, um ihnen bei späteren Besuchen ihren angeblichen Soll-Stand vorzuhalten. Dann drängte er sie, zum Ausgleich ihrer „Schulden" weitere Rezepte zu besorgen. Bei diesen dunklen Geschäften sollen ihm etwa 50 Prozent des Rezeptwertes als Reingewinn zugeflossen sein. Die willigen Patienten wurden gut entlohnt, meist mit Schnaps und Kosmetika.

Ganz ungewöhnlich scheint das Geschäft „Rezept gegen Bargeld" in Deutschland nicht zu sein – nur weitete es sich in Bochum über die Maßen aus. Die ersten Fälle begannen relativ harmlos: Für Pflaster und Tupfer etwa bekommt ein Arzt pro Patient 30 Pfennig von der Krankenkasse ersetzt. Das reicht in den wenigsten Fällen. Um die Differenz nicht selbst zahlen zu müssen, schreiben die Mediziner hin und wieder Rezepte auf Patientennamen aus und holen sich das Material bei der Apotheke.

Schließlich lieferte diese dann aber statt Tupfer und Pflaster auch schon einmal medizinische Instrumente, Alkoholika und gar das kalte Büfett zur Konfirmation des Sohnes . . .

Aufgeflogen waren die Kungeleien durch den Hauptkunden von Affeldt, einen Frührentner. Der Knappschaftsversicherte schob dem Apotheker weit mehr als zehnmal ein Rezept für das Krebspräparat „Methotrexat 500" über den Ladentisch. Aber das Medikament half bei dem Frührentner nichts – er ließ sich Methotrexat nie spritzen. Er ist gar nicht krebskrank.

Der Apotheker reichte das Rezept bei der Krankenkasse ein – und kassierte. Und da das Präparat sehr teuer ist – 2455,99 Mark für eine kleine Packung –, kletterte die Schadenssumme rasch auf 200 000 Mark – ein lukratives Geschäft, das aber eines Tages eher zufällig aufflog.

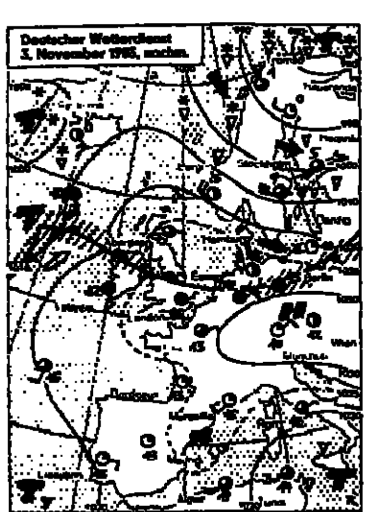
Im Zuge der Ermittlungen stießen die Fahnder auf ein Wespennest. Insgesamt 894 Ermittlungsverfahren gegen Apotheker, Ärzte, angestellte Hilfskräfte und Rezeptkunden mußte die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Bochum einleiten. Die gesamte Schadenssumme liegt bei zwei Millionen Mark.

Das Bochumer Landgericht zeigte sich gestern weder von dem Geständnis noch von den Vorschlägen des Angeklagten beeindruckt und verurteilte den Apotheker zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren sowie zu zweijährigem Berufsverbot.

Mit diesem Prozeß ist allerdings ein Ende noch nicht abzusehen. Die Staatsanwaltschaft arbeitet an weiteren Anklageschriften gegen 13 Ärzte und Apotheker.

WETTER: Herbstlich

Wetterlage: Zwischen hohem Luftdruck über Südosteuropa und tiefem Druck über Nordeuropa gelangt wolkenreiche Meeresluft in den Norden Deutschlands. Der Süden bleibt unter Hochdruckeinfluß.



Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet: In der Nordhälfte Deutschlands meist starke Bewölkung, gebietsweise auch neblig trüb und gelegentlich leichter Sprühregen. In der Südhälfte morgens gebietsweise neblig, tagsüber heiter bis wolkig und trocken. Nachmittagstemperaturen 9 bis 14 Grad C. Nächtliche Tiefstwerte zwischen 10 Grad im Norden und nahe dem Gefrierpunkt im Süden. Im Norden schwacher bis mäßiger Wind aus südlichen Richtungen, im Süden schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	29°
Bonn	12°	Kopenh.	10°
Dresden	12°	Las Palmas	22°
Essen	12°	London	15°
Frankfurt	11°	Madrid	13°
Hamburg	13°	Mailand	14°
List/Sylt	11°	Mallorca	20°
München	10°	Moskau	6°
Stuttgart	9°	Nizza	16°
Algier	19°	Oslo	9°
Amsterdam	14°	Paris	13°
Athen	20°	Prag	11°
Barcelona	15°	Rom	12°
Brüssel	14°	Stockholm	9°
Budapest	12°	Tel Aviv	30°
Bukarest	16°	Tunis	14°
Helsinki	5°	Wien	12°
Istanbul	18°	Zürich	7°

***Sonnenaufgang am Freitag:** 7.19 Uhr, Untergang: 16.52 Uhr, Mondaufgang: 6.20 Uhr, Untergang: 16.58 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.



„Hell's Angels" verboten

Rockergruppe sicherte Lebensunterhalt mit Straftaten

dpa/AP, Hamburg

Knapp drei Monate nach einem Großeinsatz der Hamburger Polizei gegen die Rockergruppe „Hell's Angels" hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gestern den als „Motor-Club" eingetragenen Verein verboten. Die Verfügung ist nach Absprache mit den Innenministern der Länder ergangen.

Wie das Bundesinnenministerium mitteilte, ist die Verbotsverfügung dem Vorsitzenden des Vereins, der mit weiteren 12 Mitgliedern in Untersuchungshaft sitzt, bereits zugestellt worden. Gleichzeitig hat die Polizei das Clublokal „Angel Place" in der Hansestadt durchsucht und das Vereinsvermögen sichergestellt. Unmittelbar nach der Inhaftierung der „Hell's Angels" am 10. August hatte Hamburgs Innensenator Alfons Pawlczyk (SPD) bereits angekündigt, daß er sich beim Bundesinnenminister um ein Verbot der Gruppe bemühen wolle. Den „Hell's Angels" wird neben der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, räuberische Erpressung, Nötigung, Freiheitsberaubung und Zuhälterei vorgeworfen.

Nach den Regeln des Vereins galt es als verpönt, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Die Mitglieder beschlossen deshalb 1978 zur Sicherung ihres Lebensunterhalts, auch Straftaten zu begehen. Nach Angaben der Hamburger Kripo bezeichneten sich die „Hell's Angels" selbst als größte Zuhälterorganisation im Vergnügungsviertel St. Pauli. Mit brutalen Mitteln hätten sie Frauen zur Prostitution gezwungen und bei Wirten „Schutzgelder" zwischen 1500 und 2500 Mark erpreßt. Gegen die Zahlung einer „Fernbleibegebühr" hätten die Rocker Lokalinhabern zugesichert, daß bei ihnen künftig nicht mehr als zwei „uniformierte" Mitglieder der Organisation erscheinen würden.

Die verbotenen „Hell's Angels" sind eine von 34 Rockergruppen in aller Welt, die diesen Namen führen und sich mit dem gemeinsamen Emblem – einem behelmten Totenkopf und Adlerschwingen – schmükken. Die Stammorganisation der Höllenengel im kalifornischen Oakland wacht streng darüber, daß nicht jede beliebige Motorradgang sich als „Hell's Angel" bezeichnet. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es seit Beginn der siebziger Jahre außer in der Hansestadt auch in Stuttgart einen Ableger dieser Organisation.

12 Meilen vor Island sank die „Kampen"

Schiffsdrama um deutschen Mehrzweckfrachter / Kapitän und sechs Seeleute ertrunken

D. F. HERTEL, Hamburg

Vor der Südküste von Island ist Dienstag abend der Hamburger Mehrzweckfrachter „Kampen" in Seenot geraten und kurz darauf untergegangen. Der Kapitän und sechs seiner Leute überlebten das Schiffsunglück nicht. Sechs Mann wurden von isländischen Fischereifahrzeugen geborgen, sie sind inzwischen wieder wohlauf.

Die „Kampen" befand sich mit einer Ladung von 5300 Tonnen Hausbrandkohle auf der Fahrt von Amsterdam zum kleinen isländischen Hafen Akranes nördlich von Reykjavik an der Fazafloi-Bucht. Zwölf Seemeilen südlich von Portland an der Südspitze von Island funkte das Schiff gegen 19.45 Uhr Mitteleuropäischer Zeit (MEZ) SOS. Eine Viertelstunde später kenterte es und versank in der stürmischen See.

Eine Viertelstunde vor dem Notruf hatte Kapitän Helmut Thomsen (52) noch ein Seefunkgespräch mit seinem Reeder Günther Schulz in Wedel bei Hamburg geführt. Er berichtete, daß das Schiff mehrere Stunden lang quer zum Wind getrieben hatte. Die Schwerölmaschine war stillgelegt worden, weil die Leitungen mit Rückständen verstopft waren und gereinigt werden mußten. Es ist nach Auskunft von Experten nicht ungewöhnlich, wenn ein Schiff bei schwerer See längere Zeit nur langsame Fahrt macht.

Der Kapitän sagte weiter, daß beim Treibenlassen „offenbar über die Backbordseite Wasser in die Luken gekommen" sei. Eine Erklärung dafür gab er nicht. Die 25 Tonnen schweren Lukendeckel schließen normalerweise absolut dicht. Ein Einsatz der Lenzpumpe war nicht möglich, da das Wasser-Kohle-Gemisch die Pumpe verstopft hätte.

Der Kapitän, der zu diesem Zeitpunkt mit langsamer Fahrt auf die isländische Küste zufuhr, um im Grundar-Fjord Zuflucht vor dem Wetter zu suchen, kündigte ein weiteres Gespräch um Mitternacht an. Dazu kam es dann nicht mehr. Reeder Schulz informierte sofort die isländische Küstenwacht und die US-Luftwaffe auf Island von der möglichen Gefährdung seines Schiffes. So kam es, daß zum Zeitpunkt des Untergangs der „Kampen" mehrere Schiffe in unmittelbarer Nähe waren.

Bei Windstärke 8 aus Westsüdwest mit Schneeschauern und Wellenhöhen bis zu sieben Metern gelang es der Besatzung nicht, die Rettungsboote auszusetzen. Das Backbordboot war vom Seegang zerschlagen, das Steuerbordboot konnte wegen der Schlagseite nicht zu Wasser gelassen werden. Die 13 Männer sprangen mit angelegten Schwimmwesten in das eiskalte Wasser. Elf von ihnen klammerten sich an einer aufblasbaren Rettungsinsel fest, die anderen beiden schwammen in der Nähe. Nach ersten Berichten von der Insel Vestmannseyja, wohin die Überlebenden gebracht wurden, konnten alle 13 Mann noch lebend aus dem Wasser geborgen werden. Sieben von ihnen aber erlagen dann ihrer Unterkühlung. Die sechs Überlebenden werden am Wochenende nach Hamburg heimgeflogen.

Die „Kampen" war ein funkelnagelneues Schiff. Es war erst im März von einer Werft in Schanghai an die Reederei Schulauer Schiffahrtskontor abgeliefert worden. Die Reederei hatte insgesamt zehn Schiffe dieses Typs bestellt. Zwei weitere befinden sich in Fahrt, ein weiteres wird auf der Jungfernreise mit Fracht aus Australien demnächst im Heimathafen Hamburg erwartet. Die Schiffe sind 106 Meter lang und können 6200 Tonnen Ladung befördern.